



# 130. Sitzung

Wiesbaden, den 2. Mai 2007

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	9053	Frage 748 – Abg. Lothar Quanz . . . . .	9060
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	9057	<b>E.ON-Starkstromtrasse</b>	
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	9053	Lothar Quanz . . . . .	9060, 9061
Bürgermeister Michael Merle . . . . .	9053	Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	9060, 9061
Hessentagspaar Nadine und Stefan Häuser . . . . .	9054	Sigrid Erfurth . . . . .	9060
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	9056		
16. Vorlage der Landesregierung betreffend den <b>Be-</b>		Frage 749 – Abg. Jürgen Frömmrich . . . . .	9061
<b>richt an den Hessischen Landtag zur Umsetzung</b>		<b>Bahnstrecke Frankenberg – Korbach</b>	
<b>des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes nach</b>		Sigrid Erfurth . . . . .	9061, 9062
<b>§ 6 Abs. 7 HGIG</b>		Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	9061, 9062
– Drucks. 16/7186 – . . . . .	9056		
<i>Von der Tagesordnung abgesetzt</i> . . . . .	9056	Frage 750 – Abg. Sarah Sorge . . . . .	9062
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	9056	<b>Verordnung zum Teilzeitstudium</b>	
		Sarah Sorge . . . . .	9062
1. <b>Fragestunde</b>		Minister Udo Corts . . . . .	9062
– Drucks. 16/7149 – . . . . .	9057		
<i>Abgehalten</i> . . . . .	9065	Frage 751 – Abg. Judith Lannert . . . . .	9062
Vizepräsident Frank Lortz . . . . .	9065	<b>Blauzungenkrankheit</b>	
		Judith Lannert . . . . .	9062
Frage 743 – Abg. Bernhard Bender . . . . .	9057	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	9063
<b>Hilfe nach „Kyrill“</b>		Martin Häusling . . . . .	9063
Bernhard Bender . . . . .	9057		
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	9057	Frage 752 – Abg. Klaus Dietz . . . . .	9063
Heinrich Heidel . . . . .	9057	<b>Borkenkäferplage</b>	
		Klaus Dietz . . . . .	9063
Frage 744 – Abg. Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	9058	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	9063
<b>Fingerabdruckscanner</b>		Bernhard Bender . . . . .	9063
Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	9058	Martin Häusling . . . . .	9063
Minister Volker Bouffier . . . . .	9058		
		Frage 753 – Abg. Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	9064
Frage 745 – Abg. Lothar Quanz . . . . .	9058	<b>Auslaufen von Hauptschulen</b>	
<b>Berufliches Gymnasium in Bebra</b>		Sarah Sorge . . . . .	9064
Lothar Quanz . . . . .	9058, 9059	Ministerin Karin Wolff . . . . .	9064
Ministerin Karin Wolff . . . . .	9059		
		Frage 754 – Abg. Martin Häusling . . . . .	9064
Frage 746 – Abg. Hans-Jürgen Irmer . . . . .	9059	<b>Gentechnische Verunreinigung</b>	
<b>Osterferiencamps</b>		Martin Häusling . . . . .	9064, 9065
Hans-Jürgen Irmer . . . . .	9059	Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	9064, 9065
Ministerin Karin Wolff . . . . .	9059, 9060		
Lothar Quanz . . . . .	9060	2. Regierungserklärung des Hessischen Ministers für	
		Wissenschaft und Kunst betreffend „ <b>Wissen schafft</b>	
Frage 747 – Abg. Alfons Gerling . . . . .	9060	<b>Zukunft – die Hochschulen als Schlüssel zur Exzel-</b>	
<b>Diamorphin-Projekt in Frankfurt am Main</b>		<b>lenz“</b> . . . . .	9065
Alfons Gerling . . . . .	9060	<i>Entgegengenommen und besprochen</i> . . . . .	9082
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	9060	Minister Udo Corts . . . . .	9065
		Michael Siebel . . . . .	9069

	Seite		Seite
Sarah Sorge . . . . .	9073	55. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Klimaschutz in Hessen endlich wirksam voranbringen</b>	
Nicola Beer . . . . .	9076	– Drucks. 16/7214 zu Drucks. 16/6996 – . . . . .	9093
Eva Kühne-Hörmann . . . . .	9079	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9082	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein <b>Gesetz zur Änderung der Hessischen Landeshaltsordnung</b>		56. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Konzepte für die Schule von morgen statt Fortsetzung des Schulkampfs von gestern</b>	
– Drucks. 16/7196 – . . . . .	9082	– Drucks. 16/7215 zu Drucks. 16/7067 – . . . . .	9093
<i>Nach erster Lesung dem Haushaltsausschuss überwiesen</i> . . . . .	9088	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
Norbert Schmitt . . . . .	9082, 9088	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	9084, 9085	57. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Schulvielfalt statt Zwangseinheitsschule</b>	
Heike Hofmann . . . . .	9084	– Drucks. 16/7216 zu Drucks. 16/7114 – . . . . .	9093
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	9085	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
Roland von Hunnius . . . . .	9087	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9088	58. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>sechsstreifiger Ausbau der BAB 45 bis 2020</b>	
4. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Hessisches Gesetz zur Neuausrichtung des öffentlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens</b>		– Drucks. 16/7218 zu Drucks. 16/6809 – . . . . .	9093
– Drucks. 16/7234 – . . . . .	9088	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwiesen</i> . . . . .	9092	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	9088	59. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Voraussetzung für den sechsstreifigen Ausbau der BAB 45 schaffen</b>	
Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	9089	– Drucks. 16/7219 zu Drucks. 16/7120 – . . . . .	9093
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	9090	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	9091	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
Dieter Posch . . . . .	9091	60. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>ÖPNV-Angebot und kommunale Selbstverwaltung stärken – im Interesse von Fahrgästen, Mittelstand und Beschäftigung</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092	– Drucks. 16/7220 zu Drucks. 16/7073 – . . . . .	9093
51. Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7203 zu Drucks. 16/6169 – . . . . .	9092	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9092	61. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>unnötiges Leiden von Tieren verhindern</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092	– Drucks. 16/7212 zu Drucks. 16/6694 – . . . . .	9092
52. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Religionsfreiheit und Tierschutz sind kein Gegensatz</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9092
– Drucks. 16/7211 zu Drucks. 16/6557 – . . . . .	9092	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9092	53. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Klimaschutz ohne Kompromisse verantwortungsbewusst gestalten</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092	– Drucks. 16/7213 zu Drucks. 16/6957 – . . . . .	9092
53. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Religionsfreiheit und Tierschutz sind kein Gegensatz</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7211 zu Drucks. 16/6557 – . . . . .	9092	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9092	54. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Klimaschutz ohne Kompromisse verantwortungsbewusst gestalten</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092	– Drucks. 16/7213 zu Drucks. 16/6957 – . . . . .	9092
53. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>unnötiges Leiden von Tieren verhindern</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7212 zu Drucks. 16/6694 – . . . . .	9092	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9092	54. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Klimaschutz ohne Kompromisse verantwortungsbewusst gestalten</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092	– Drucks. 16/7213 zu Drucks. 16/6957 – . . . . .	9092
54. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Klimaschutz ohne Kompromisse verantwortungsbewusst gestalten</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7213 zu Drucks. 16/6957 – . . . . .	9092	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	55. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Klimaschutz in Hessen endlich wirksam voranbringen</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9092	– Drucks. 16/7214 zu Drucks. 16/6996 – . . . . .	9093
55. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Klimaschutz in Hessen endlich wirksam voranbringen</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7214 zu Drucks. 16/6996 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	56. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Konzepte für die Schule von morgen statt Fortsetzung des Schulkampfs von gestern</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093	– Drucks. 16/7215 zu Drucks. 16/7067 – . . . . .	9093
55. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Klimaschutz in Hessen endlich wirksam voranbringen</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7214 zu Drucks. 16/6996 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	57. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Schulvielfalt statt Zwangseinheitsschule</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093	– Drucks. 16/7216 zu Drucks. 16/7114 – . . . . .	9093
56. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Konzepte für die Schule von morgen statt Fortsetzung des Schulkampfs von gestern</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7215 zu Drucks. 16/7067 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	58. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>sechsstreifiger Ausbau der BAB 45 bis 2020</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093	– Drucks. 16/7218 zu Drucks. 16/6809 – . . . . .	9093
57. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Schulvielfalt statt Zwangseinheitsschule</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7216 zu Drucks. 16/7114 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	59. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Voraussetzung für den sechsstreifigen Ausbau der BAB 45 schaffen</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093	– Drucks. 16/7219 zu Drucks. 16/7120 – . . . . .	9093
58. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>sechsstreifiger Ausbau der BAB 45 bis 2020</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7218 zu Drucks. 16/6809 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	60. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>ÖPNV-Angebot und kommunale Selbstverwaltung stärken – im Interesse von Fahrgästen, Mittelstand und Beschäftigung</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093	– Drucks. 16/7220 zu Drucks. 16/7073 – . . . . .	9093
59. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Voraussetzung für den sechsstreifigen Ausbau der BAB 45 schaffen</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7219 zu Drucks. 16/7120 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	61. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>unnötiges Leiden von Tieren verhindern</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093	– Drucks. 16/7221 zu Drucks. 16/7118 – . . . . .	9093
60. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>ÖPNV-Angebot und kommunale Selbstverwaltung stärken – im Interesse von Fahrgästen, Mittelstand und Beschäftigung</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093
– Drucks. 16/7220 zu Drucks. 16/7073 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	62. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Reformen für neue Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum in Hessen</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093	– Drucks. 16/7222 zu Drucks. 16/7079 – . . . . .	9093
61. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>unnötiges Leiden von Tieren verhindern</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9094
– Drucks. 16/7221 zu Drucks. 16/7118 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9093	62. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Reformen für neue Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum in Hessen</b>	
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093	– Drucks. 16/7222 zu Drucks. 16/7079 – . . . . .	9093
62. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Reformen für neue Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum in Hessen</b>		<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9094
– Drucks. 16/7222 zu Drucks. 16/7079 – . . . . .	9093	Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	9094		
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	9093		

Seite	Seite
63. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>starke Standortpolitik für Deutschland</b> – Drucks. 16/7223 zu Drucks. 16/7119 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9094 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094	– Drucks. 16/7271 zu Drucks. 16/6770 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9094 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094
69. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Sprachtest im Herkunftsland</b> – Drucks. 16/7266 zu Drucks. 16/6321 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9094 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094	74. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>verlässliches Netzwerk für Eltern und Kinder schaffen</b> – Drucks. 16/7272 zu Drucks. 16/7116 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9094 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094
70. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>drohende Schließung von hessischen Standorten der Bundespolizei</b> , dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Landesregierung setzt sich für den Erhalt der hessischen Standorte der Bundespolizei ein</b> und dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Reform der Bundespolizei</b> – Drucks. 16/7267 zu Drucks. 16/6693, zu Drucks. 16/6958 und zu Drucks. 16/7123 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9094 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094	75. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>echte Wahlfreiheit für Familien herstellen – Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder endlich einführen</b> – Drucks. 16/7273 zu Drucks. 16/6947 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9094 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094
71. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger</b> – Drucks. 16/7268 zu Drucks. 16/6960 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9094 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094	76. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Hessen braucht eine familienpolitische Offensive</b> – Drucks. 16/7274 zu Drucks. 16/6956 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9095 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094
72. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Senkung des Mehrwertsteuersatzes von Arzneimitteln auf 7 %</b> – Drucks. 16/7270 zu Drucks. 16/6073 – . . . . . 9094 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9094 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9094	77. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Eltern nicht gegeneinander auspielen – Wahlfreiheit unter gleichwertigen Wegen der Kindererziehung</b> – Drucks. 16/7275 zu Drucks. 16/7077 – . . . . . 9095 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9095 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9095
73. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Landesprogramm Elternkompetenz &amp; Kindeswohl</b>	78. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Wahlfreiheit realisieren – überholte Konzepte der Lebenswirklichkeit von Familien anpassen</b> – Drucks. 16/7276 zu Drucks. 16/7122 – . . . . . 9095 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 9095 Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 9095

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Lothar Quanz

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Tarek Al-Wazir  
Michael Denzin  
Jürgen Frömmrich  
Volker Hoff  
Margaretha Hölldobler-Heumüller  
Dr. Andreas Jürgens  
Jürgen May  
Kordula Schulz-Asche  
Mathias Wagner (Taunus)

(Beginn: 14.02 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich zu unserer Plenarwoche und heute zur 130. Plenarsitzung mit einer Zeitverzögerung von einem Tag. Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße gleich speziell wichtige Persönlichkeiten.

Wir haben seit 1961 die Tradition des Hessentages, und wir haben im Landtag die Tradition, dass uns vor dem Hessentag – danach hat es wenig Sinn – die gastgebende Stadt in Gestalt ihrer drei Repräsentanten für den Hessentag besucht. Deswegen freue ich mich ganz besonders, die diesjährigen Repräsentanten der gastgebenden Stadt Butzbach herzlich zu begrüßen. Ich begrüße zunächst das Hessentagspaar, Nadine und Stefan Häuser aus Butzbach.

(Allgemeiner Beifall)

In ihrer Begleitung begrüße ich herzlich den Bürgermeister der Stadt Butzbach, Herr Merle, auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Zu der Tradition gehört auch, dass die Gäste das Wort bekommen – kurz, heftig, schmerzlos, aber ausreichend tragfähig. Aus der Erfahrung des letzten Jahres habe ich den Satz hinzugefügt. Herr Bürgermeister Merle, darf ich Sie bitten, zu uns zu sprechen?

**Michael Merle, Bürgermeister der Hessentagsstadt Butzbach:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kartmann – ich musste jetzt aufpassen, dass ich nicht sage: „Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher“; denn wir sind in Butzbach Kollegen –, sehr verehrte Landtagsabgeordnete, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch, sehr geehrte Mitglieder der Hessischen Landesregierung! Für die Stadt Butzbach steht uns vom 1. bis 10. Juni ein einmaliges Großereignis bevor, das wir alle – so meine, aber auch die feste Überzeugung aller Butzbacherinnen und Butzbacher – zu einem großen Erfolg führen werden: der Hessentag 2007. Mit unseren Gästen werden wir Anfang Juni zehn unvergessliche Tage erleben. Wir Butzbacherinnen und Butzbacher erwarten Gäste nicht nur aus Hessen, sondern aus ganz Deutschland und, so zeichnet sich schon heute ab, auch aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland.

Eine ganz besondere Freude wird es der Stadt Butzbach sein, neben der Hessischen Landesregierung auch die Landtagsfraktionen mit dem Landtagspräsidenten Norbert Kartmann an der Spitze begrüßen zu können. Letzterer dürfte von allen Landtagsabgeordneten den kürzesten Anfahrtsweg haben. Ich habe letzte Woche mitbekommen, dass er angedroht oder angekündigt hat, mit dem Fahrrad anzureisen.

(Heiterkeit und Beifall – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was ist mit der Rückfahrt? – Minister Jürgen Banzer: Doping ist überall!)

Seitens der Stadtverwaltung und der Bevölkerung wurde in den letzten Monaten alles dafür getan, dass sich die Hessische Landesregierung, aber auch der Hessische Landtag in der Hessentagsstadt Butzbach wohlfühlen werden. Butzbach wird demnach vom 1. bis 10. Juni fak-

tisch die Landeshauptstadt unseres Bundeslandes Hessen sein. Auch der Hessische Rundfunk zollt diesem Umstand Tribut: Auf der Wetterkarte der Hessennachrichten wird Butzbach für zehn Tage eingezeichnet sein.

Allen Besucherinnen und Besuchern des diesjährigen Hessentages rufe ich, ausdrücklich auch im Namen meiner Magistratskolleginnen und -kollegen und der städtischen Gremien insgesamt, schon heute ein herzliches Willkommen zu.

Jeder der in diesem Saal Anwesenden kann sich sicher noch an die beeindruckenden Bilder von der Fußballweltmeisterschaft im letzten Sommer erinnern: „Die Welt zu Gast bei Freunden“. Selten fand ich einen Slogan so passend. Die Welt war wirklich zu Gast bei Freunden. Die Fußballweltmeisterschaft wurde ein Volksfest, das einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung geleistet und ihren Slogan in beeindruckender Form umgesetzt hat. Wir Butzbacher werden unsere Gäste ebenfalls als Freunde empfangen und mit ihnen gemäß dem aktuellen Hessentagslogan Hand in Hand den Hessentag feiern.

Die meisten wissen es sicherlich: Der Grundgedanke des Hessentages ist ein integrativer. Der Hessentag wurde 1961 durch den damaligen Hessischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn ins Leben gerufen. Ziel der Veranstaltung war zunächst, Alteingesessene und Zuwanderer zusammenzubringen und den zahlreichen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen ein Gefühl für ihre neue Heimat zu verschaffen. Aber auch Hessen selbst hatte einen Nachholbedarf in Sachen Zusammengehörigkeitsgefühl – war dieses Bundesland doch erst 1945 durch Entscheidung der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs aus Gebieten entstanden, die 400 Jahre oder länger nichts miteinander zu tun hatten und vor allem getrennte Entwicklungen genommen hatten. Georg August Zinn verstand es, die verschiedenen deutschen Landsmannschaften in Hessen und mit den Hessen zu integrieren – getreu dem Motto Georg August Zinns: „Hesse ist, wer Hesse sein will“.

Warum verweise ich auf diesen Grundgedanken des Hessentages? Der Hessentag in seinem ursprünglichen Aufbau und Ablauf ist so heute nicht mehr denkbar; denn auch der Hessentag musste sich dem Wandel der Zeit anpassen. Gleichwohl ist die identitätsstiftende Brauchtumpflege bis heute ein wichtiges Element des Hessentages, ob beim Landeskindertrachtentreffen oder beim Hesenabend – übrigens beides Veranstaltungen, die traditionell im Vorfeld des Hessentages durch die Hessische Vereinigung für Tanz und Trachtenpflege in der Hessentagsstadt durchgeführt werden. Sie führten den Besuchern dieser Veranstaltungen in Butzbach wieder einmal vor Augen, wie vielfältig, bunt und interessant das hessische Brauchtum sein kann und auch ist. Die Verknüpfung von Tradition mit der Moderne macht offenkundig die besondere Attraktivität und den Reiz des Hessentages aus.

Für die Hessentagsstadt Butzbach und die gesamte Region Wetterau ist das Fest ein wichtiges Ereignis, auf das sich die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger bereits seit mehreren Jahren vorbereiten. Butzbach mit seinen rund 26.000 Einwohnern, flächenmäßig die zweitgrößte Stadt Hessens, begreift den Hessentag als Chance für seine zukünftige Entwicklung. In einer eindrucksvollen Leistung wurde von der Stadt gemeinsam mit den Straßenbausträgern des Bundes und des Landes ein Straßenbauprogramm in Höhe von 6,7 Millionen € umgesetzt. Genauso wichtig sind dabei die Ausbaumaßnahmen in der Altstadt, die Straßenbaumaßnahmen hier sowie die restlichen Infrastrukturmaßnahmen innerhalb des Sanie-

rungsgebietes. Die Altstadt hat teilweise ein neues Gesicht bekommen – auch unter dem Gesichtspunkt der guten Begehrbarkeit für Alt und Jung, für beeinträchtigte Verkehrsteilnehmer und für die Besucher der schönen historischen Altstadt insgesamt.

Die Subventionen aus dem Förderprogramm des Landes für den Straßenausbau, speziell in der Innenstadt, belaufen sich auf rund 1,5 Millionen €. Zum Hessentag wird Hoch-Weisel, auch ein wichtiger Veranstaltungsort für die Fachwelt, Schwerpunkt der Dorferneuerungsszene sein: 650.000 € für das historische Rathaus, bei einem Zuschuss von rund 400.000 € durch das Land Hessen, und 130.000 € für den Ausbau des Lindenberglplatzes sind ein eindrucksvolles Investitionsvolumen nur an diesen beiden Standorten. Insgesamt wurden für das Projekt in Hoch-Weisel 3 Millionen € investiert, bei rund 50-prozentiger Förderung durch das Land.

Anlässlich der heutigen Veranstaltung möchte ich mich für die Förderung und Unterstützung dieser Maßnahmen durch das Land Hessen im Namen der Stadt Butzbach bei der Hessischen Landesregierung bedanken. Die aufgeführten Maßnahmen haben die Stadt Butzbach, die durch den Abzug der US-Streitkräfte einen enormen Strukturwandel zu bewältigen hat, in ihrem Entwicklungsprozess hervorragend unterstützt und nach vorne gebracht.

Die Liste der Investitionen in die Infrastruktur der Stadt Butzbach lässt sich mühelos erweitern: Der Umbau des Landgrafenschlosses zum Verwaltungsgebäude, der Ausbau der alten Turnhalle, der Umbau des Ballhauses sowie der Ausbau des Gebäudes Marktplatz 2 zum Kultur- und Tourismuszentrums gehören in den Kanon der Aufzählung aller investiven Maßnahmen im Vorfeld der Bewerbung zum Hessentag, wie aber auch in den Zeitraum der unmittelbaren Vorbereitung auf den Hessentag.

Zum Ende meiner Ansprache darf ich Sie alle nochmals herzlich zum 47. Hessentag nach Butzbach einladen. Es erwartet Sie alle eine attraktive, gastfreundliche Stadt, die sich – das darf man als gebürtiger Marburger und überzeugter Hesse feststellen – nahtlos in die Reihe der schönsten hessischen Städte einreihet. Nutzen Sie das abwechslungsreiche kulturelle Programmangebot des Hessentages, und fühlen Sie sich in der Hessentagsstadt Butzbach wohl. Ich hoffe, Sie kommen als Gast und gehen als Freund, sodass Sie in Anlehnung an Georg August Zinn sagen können: Butzbacher ist, wer Butzbacher sein will. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank für diese herzliche Einladung, Herr Bürgermeister. Wir werden alle kommen, Sie werden es nicht verhindern können, und wir sind alle Butzbacher. Das ist eine Drohung, wenn alle 110 Abgeordneten Butzbacher wären. Aber wir sollen Freunde Butzbachs sein.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Mit dem Fahrrad kommen!)

– Darauf komme ich gleich, dazu kann ich nur gute Tipps geben. – Nadine und Stefan, ihr beide habt das Wort. Bitte schön.

#### **Stefan Häuser:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident Kartmann, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Hessischen Landtags, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Roland Koch, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir grüßen Sie recht herzlich aus Butzbach, der Perle der Wetterau. Während ich als echter Butzbacher Bub schon vor 30 Jahren durch die Wälder streunte, musste ich meine schöne Frau erst zur Butzbacherin machen, was sie inzwischen auch mit Leib und Seele ist.

Beide sind wir heute sehr stolz, als Repräsentanten unserer schönen Heimat vor Ihnen stehen zu dürfen. Wir freuen uns sehr, dass wir heute die Gelegenheit haben, uns im Hause des Hessischen Landtags als Repräsentanten des 47. Hessentages vorzustellen und einen Eindruck davon zu vermitteln, was die Besucher in Butzbach erwartet.

Zunächst möchten wir uns – auch im Namen der Butzbacher Bürgerinnen und Bürger – bei der Hessischen Landesregierung recht herzlich bedanken, denn ohne ihre Unterstützung wäre unser Hessentag nicht möglich. Es ist einfach fantastisch, wie die Stadt für den Hessentag herausgeputzt wird. Historisches Fachwerk strahlt in neuem Glanz, Sträucher und Blumen blühen in der ganzen Stadt. Der Hessentag hat schon jetzt unser Stadtbild nachhaltig geprägt, und wir Butzbacher sind auf unser schnuckeliges Städtchen schon jetzt richtig stolz.

#### **Nadine Häuser:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Hessentagspaar möchten wir beide Sie auf Butzbach und seine Umgebung ein bisschen neugierig machen. Gemeinsam wollen wir unseren Gästen eine wunderschöne Stadt präsentieren. Butzbach kann als Mittelpunkt einer reizvollen und fruchtbaren Landschaft auf eine lange Geschichte und eine traditionsreiche wirtschaftliche Entwicklung zurückblicken. Neben üppigen Wiesen und Feldern in der Wetterau mit seltener Flora bietet Butzbach auf ca. 40 % seiner Gesamtfläche ein intaktes Waldgebiet, das der Erholung und Entspannung dient. Ein großer Teil des Waldes gehört zum Naturpark Hochtaunus und ist für die Einheimischen und Gäste aus nah und fern ein beliebtes Ausflugsziel.

Unser Städtchen mit seinen 13 Stadtteilen und seinen fast 26.000 Einwohnern bietet seinen Besuchern eine Vielfalt an Sehenswürdigkeiten. Schlendern Sie doch einmal durch den historischen Stadtkern mit seinen zahlreichen Fachwerkhäusern. Über den Marktplatz mit seinem Marktbrunnen gelangen Sie zur schönen Wendelinskapelle, der ältesten Fachwerkkirche Hessens. Versäumen Sie nicht, unser Landgrafenschloss zu besuchen, den heutigen Sitz der Stadtverwaltung. Genießen Sie die Ausstrahlung der winkligen Gässchen und der malerischen Plätze. Erleben Sie eine lebendige Altstadt an einem Markttag, wenn die umliegenden Selbsterzeuger ihre Produkte anbieten.

Entspannen Sie sich bei einer der vielen kulturellen Veranstaltungen oder bei einem Einkaufsbummel. Setzen Sie sich in ein Straßencafé, und lassen Sie sich vom Flair der Stadt überzeugen. Wenn Sie im Sommer eine Erfrischung brauchen, dann packen Sie die Badehose ein, und erfrischen Sie sich im herrlich gelegenen Schrenzerbad, das eines der schönsten Freibäder in Hessen ist.

**Stefan Häuser:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Hessentagspaar verkörpern wir beide die Zeit von Dr. Friedrich Ludwig Weidig, der Anfang des 19. Jahrhunderts in Butzbach lebte, die Stadt als Lehrer prägte und dessen pädagogisches und politisches Wirken weit über seine Zeit hinausreichte.

Weidig gründete den ersten hessischen Turnplatz in Butzbach und war ein Freund von Georg Büchner. Er hatte mit diesem 1832 die berühmte politische Flugschrift „Der Hessische Landbote“ herausgebracht. Seine Tätigkeit bei der Vorbereitung des Hambacher Festes wurde ihm nicht belohnt: Er durfte aus politischen Gründen nicht teilnehmen. Dort wurde zum ersten Mal die schwarz-rot-goldene Flagge erhoben, das Symbol für die Demokratisierung Deutschlands. Weidig ist insbesondere als demokratischer Kämpfer des Vormärz bekannt.

Unsere Kleidung wurde nach einem Porträt des bekannten Butzbacher Ehepaars Steinhäuser aus dem Jahr 1840 von zwei Butzbacher Schneiderinnen nachgeschneidert. Somit wird durch das Kostüm eine Verbindung zwischen gestern und heute geschaffen, wie sie besser nicht sein könnte.

**Nadine Häuser:**

Hier eine kurze Beschreibung unserer Kleidung. Die Herrenbekleidung besteht aus einem dunkelblauen Frack mit breit umgelegtem Revers, einem weißen Hemd mit Vatermörderkragen, einer schmalen, zur Schleife gebundenen Krawatte, einer eng ansitzenden geknöpften Weste mit tiefem Ausschnitt und einer hellen Hose.

**Stefan Häuser:**

Das Kleid der Dame ist ringsum bodenlang. Der Körper ist eng eingehüllt; die Schultern sind eng und tief angesetzt. Das Dekolleté ist breit und auf den tief aufsitzenden Ansatz der Ärmel heruntergerutscht. Es ist mit Spitze versehen und mit einem kragenartigen Besatz, der Berthe, eingefasst. Der Rock ist ringsum in gleichmäßige Falten gelegt und wird von weiten Baumwollröcken gestützt. Die Ärmel sind relativ eng gesmukt und mit Spitze besetzt.

**Nadine Häuser:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verheiratet sind wir schon ein paar Jahre. Genauer gesagt, haben wir im Juli 1998 geheiratet. Es wird ja mittlerweile Mode, dass die Hessentagspaare verheiratet sind. Das, finden wir, ist auch gut so. Im Januar 1999 ist unsere Tochter Lea Sophie geboren.

Stefan ist 35 Jahre alt und im Butzbacher Stadtteil Ostheim aufgewachsen. Bis heute hat er Ostheim nicht verlassen. Er ist in Butzbach zur Schule gegangen und erlernte den Beruf des Reprografen und arbeitet bei der Union Investment Service Bank in Frankfurt.

**Stefan Häuser:**

Nadine mit ihren 31 Jahren ist zugezogen. Geboren ist sie in Lich, im Herzen der Natur. Dort ist sie zunächst auch zur Schule gegangen und wechselte dann auf eine Schule in Butzbach. Erlern hat sie den Beruf der Arzthelferin, ist

aber heute als Angestellte bei einer Kelterei in unserem Wohnort beschäftigt.

Als Hessentagspaar haben wir uns beworben, weil wir Butzbach vertreten und darstellen möchten. Wir wollen allen Menschen klarmachen, dass es sich lohnt, Butzbach zu besuchen. Vom 1. bis 10. Juni wird Butzbach traditionell die Hauptstadt Hessens sein. Wir haben es als eine spannende Geschichte angesehen und waren uns sofort darüber einig, dass eine solche Gelegenheit nicht wiederkommt und wir die Bürger dieser Stadt als ehrliche und gute Gastgeber repräsentieren möchten – zumal wir schon lange Jahre in Butzbach tief verwurzelt sind und einen speziellen Einblick in die Tradition und die Geschichte der Stadt haben.

Gerade ich als Butzbacher Bub kenne die Leute, die Vereine, die Stadtteile und auch die politischen Gremien Butzbachs. Von daher wird es uns sicherlich leichtfallen, mit vielen Menschen rund um Butzbach Kontakt aufzunehmen. So hoffen wir, als Sympathieträger für den Hessentag 2007 zu werben.

Wir waren als Botschafter in den letzten Wochen und Monaten sehr viel unterwegs. Überall, wo wir mit Menschen ins Gespräch kommen, sind alle von der Größe und Bedeutung dieses Landesfestes überrascht.

**Nadine Häuser:**

Wir sehen unsere Aufgabe nicht nur als Pflicht, sondern als eine tolle Aufgabe und ein einmaliges Erlebnis. Wir lernen jeden Tag, an dem wir unterwegs sind, andere Menschen kennen, denen wir von Land und Leuten und natürlich auch vom bevorstehenden Hessentag berichten. Wir genießen jeden Tag und werden mit Sicherheit auch später noch viel von diesem einmaligen Erlebnis erzählen können. Es liegt uns am Herzen und ist uns hoffentlich gelungen, nicht nur Menschen aus Hessen, sondern auch aus anderen Bundesländern auf unsere Region und damit auch auf Butzbach aufmerksam zu machen. Denn es gibt eine Zeit nach dem Hessentag.

Bei uns in Butzbach sagt man, kleine Geschenke erhalten die Freundschaft. Deshalb haben wir Ihnen ein kleines Präsent mitgebracht, damit Sie sich immer an uns erinnern, wenn Sie es sehen. Wir freuen uns schon heute und laden Sie recht herzlich ein, vom 1. bis zum 10. Juni unsere Gäste in Butzbach zu sein.

Ganz besonders möchten wir uns für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. Wir wünschen Ihnen noch einen schönen Tag. Auf ein Wiedersehen in unserer charmanten Hessentagsstadt 2007. – Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Liebes Ehepaar Häuser, herzlichen Dank für diese charmante Einladung.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

– Dass Sie etwas zu essen, nämlich Schokolade, beigelegt haben, hat Herrn Bökel besonders gefreut. Wir haben in Butzbach ohnehin viel zu essen, wie man sieht.

(Allgemeine Heiterkeit – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht alle!)

– Herr Kaufmann, wenn einer so viel isst wie ich, können die anderen sich nur noch den Rest aufteilen, das ist klar.

Ich will für den Hessischen Landtag zum Ausdruck bringen, dass wir alle sehr froh sind, dass dieser Hessentag – wie alle anderen auch – funktionieren wird. Ich glaube, dass wir – ohnehin mitten in Hessen liegend – einen wunderbaren Hessentag der kurzen Wege haben werden. Die Wege werden so kurz sein, dass es schon fast zu eng wird. Insofern ist das Fahrrad, deshalb komme ich darauf zurück, ein nicht unsinniges Fortbewegungsmittel – prinzipiell, aber auch speziell für den Hessentag. Von mir zum Fraktionsstand und zum Landtagsstand im Hessenzelt sind es zweieinhalb Kilometer. Bevor man vom Parkplatz dorthin gelaufen ist, bin ich mit dem Fahrrad zweimal da gewesen. Das ist der entscheidende Vorteil.

(Zuruf)

– Da könnte ich auch laufen, keine Frage. Lieber Herr Ministerpräsident, ich kann Sie auf dem Gepäckträger mitnehmen. – Aber ich will damit zum Ausdruck bringen, dass die ganze Stadt viel arbeitet. Insofern darf auch ich Sie ganz persönlich zu diesem Hessentag einladen.

Für unsere Gäste habe ich zwei Dinge mitgebracht. Für Sie, Herr Bürgermeister der – für zehn Tage – Landeshauptstadt, den Parlamentsschlips. Lassen Sie sich von der Staatskanzlei keinen anderen andrehen. Sie müssen unseren tragen.

(Allgemeiner Beifall)

Für unsere Ehepaar Häuser, Nadine und Stefan Häuser, ein Schmuckstück fürs Haus für die Zeit danach: eine Leuchte, die den normalen Alltag beleuchten wird. – Euch dreien alles Gute, viel Arbeit und viele Gäste. Danke schön für euren Besuch.

(Allgemeiner Beifall – Präsident Norbert Kartmann überreicht die Präsente.)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Meine Damen und Herren, bevor wir mit der Sitzung fortfahren, darf ich Sie bitten, sich von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Im Alter von 78 Jahren verstarb am 3. April 2007 in Maintal der frühere FDP-Landtagsabgeordnete Peter Jochen Kruse.

Geboren wurde Peter Jochen Kruse am 15.02.1929 in Wismar, Mecklenburg-Vorpommern. Nach seinem Abitur studierte er in Hamburg und München Rechtswissenschaften. Ab 1960 war er selbstständiger Rechtsanwalt und Notar in Dörnigheim. Peter Jochen Kruse gehörte von 1973 bis 1974 dem Hessischen Landtag an.

Unser Mitgefühl gilt ganz besonders seiner Frau, seinen beiden Kindern und seinen Enkelkindern. – Meine Damen und Herren, Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Die Tagesordnung vom 24. April 2007 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 78 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können, sind vier Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen, die Tagesordnungspunkte 65 bis 68. Die

Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und Aktuelle Stunde verständigt. Der Landtag beschließt darüber gemäß § 32 Abs. 6 seiner Geschäftsordnung. Gibt es hierzu abweichende Vorstellungen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden die Aktuellen Stunden am Donnerstag um 9 Uhr abgehalten.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am Freitag!)

– Hier steht „Donnerstag“. Was gilt?

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Freitag!)

– Bleiben wir also beim Freitag. Die Aktuellen Stunden werden am Freitag um 9 Uhr abgehalten, wie beschlossen und vom Kollegen Kaufmann lautstark bekundet.

#### **Beim Tagesordnungspunkt 16:**

#### **Vorlage der Landesregierung betreffend den Bericht an den Hessischen Landtag zur Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes nach § 6 Abs. 7 HGIG – Drucks. 16/7186 –**

ist es zu Verzögerungen bei der Drucklegung gekommen. Da diese Vorlage erst am Montag verteilt wurde, haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und ihn in der nächsten Plenarsitzungswoche zu besprechen. Stimmt das? – Gut.

Noch eingegangen und an Sie bereits in der letzten Woche verteilt ist zu Tagesordnungspunkt 18 ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucks. 16/7255, zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Richterwahlausschuss fachlich besetzen – Unabhängigkeit der Justiz stärken, Drucks. 16/7069.

Des Weiteren ist noch ein Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Online-Durchsuchungen, Drucks. 16/7265, eingegangen. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 79 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, mit den Tagesordnungspunkten 17 und 25 zum selben Thema aufgerufen werden.

Weiterhin ist eingegangen ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Biokraftstoffbesteuerung muss korrigiert werden, Drucks. 16/7280. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 80 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird – was ich sehe –, mit dem Tagesordnungspunkt 42 aufgerufen werden.

Damit gilt die Tagesordnung in dieser erweiterten Form als genehmigt.

Zum Ablauf der Sitzung. Wie im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung vermerkt, tagen wir heute bis 18 Uhr. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde, Drucks. 16/7149; danach geht es weiter mit Tagesordnungspunkt 2, Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst betreffend „Wissen schafft Zukunft – die Hochschulen als Schlüssel zur Exzellenz“.

Entschuldigt ist heute Staatsminister Hoff wegen einer Sitzung in Berlin zur Vorbereitung der Sitzung des Bundesrates.

Meine Damen und Herren, einen runden Geburtstag konnte unsere Kollegin Frau Abg. Ypsilanti am 08.04. begehen, einen ganz, ganz runden Geburtstag. Dazu herzlich



che Gratulation und alles Gute, Glückauf und Gottes Segen.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenfalls ein ganz, ganz runder Geburtstag konnte am 19.04. von Frau Abg. Dr. Judith Pauly-Bender begangen werden. Auch ihr alles Gute, herzliche Gratulation und Gottes Segen.

(Allgemeiner Beifall)

Im Namen des gesamten Hauses wünsche ich Ihnen alles Gute.

So, meine Damen und Herren, jetzt kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 1:**

**Fragestunde – Drucks. 16/7149 –**

Wir beginnen mit **Frage 743** des Abgeordnetenkollegen Bender. Bitte sehr.

**Bernhard Bender (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie wird sie den von „Kyrill“ geschädigten Kommunen in Hessen helfen?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Umweltminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Bender, bei der Bewältigung der Schäden durch den Sturm „Kyrill“ vom 18. Januar dieses Jahres erhalten die Kommunen in Hessen von Beginn an beratende und operative Unterstützung durch den Landesbetrieb Hessen-Forst und die örtlich zuständigen Forstämter.

Die Sofortmaßnahmen wurden unverzüglich eingeleitet, die Aufarbeitung und die Vermarktung des Sturmwurfholzes koordiniert, Nasslagermöglichkeiten geschaffen.

Die Wiederaufforstung der Sturmwurfflächen erfolgt in der Regel im Frühjahr 2008. Auch hier werden die kommunalen Waldbesitzer von Hessen-Forst im Rahmen der forsttechnischen Leitung und des forsttechnischen Betriebes intensiv unterstützt.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Herr Minister, die Privaten werden durch ein Förderprogramm unterstützt. Womit begründet die Landesregierung die Ungleichbehandlung von kommunalen Waldbesitzern und dem Großprivatwald?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Bender, wir haben uns entschieden, hier den Privatwald intensiv zu fördern, denn wir glauben, dort sind die Schäden am schwierigsten zu überwinden.

Wir sind aber auch der Meinung, dass unser Angebot durch Hessen-Forst an die kommunalen Wälder ein interessantes Angebot ist. Der Markt ist anders als 1989, als wir „Wiebke“ und „Vivian“ hatten, und als 1999, als „Lothar“ über unseren südlichen Landesteilen wütete. Der Markt nimmt das Holz auf, sodass wir davon ausgehen, dass zumindest die Kommunen, die von Hessen-Forst betreut werden, bei Fichte den gleichen Preis erzielen wie im vergangenen Jahr, bei den anderen Holzarten sogar steigende Preise. Daher können die Kommunen dies verkraften.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Weitere Zusatzfrage, Abg. Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Herr Minister, hat die Hessische Landesregierung bei dieser Entscheidung die Kommunalen Spitzenverbände beteiligt, und wie war deren Stellungnahme?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Bender, soweit ich weiß, gab es ein Gespräch des Finanzministers mit unserem Hause, in dem wir uns über diese Sofortmaßnahmen im Umfang von etwas über 8 Millionen € geeinigt haben. Wir haben uns auch darauf geeinigt, wohin diese Mittel der Größenordnung nach gehen sollen, also in den privaten Bereich.

Ob eine Beteiligung der kommunalen Verbände stattgefunden hat, kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke sehr. – Zusatzfrage, Abg. Heinrich Heidel.

**Heinrich Heidel (FDP):**

Herr Minister, liegen der Landesregierung Zahlen vor, wie sich die Schäden im Privatwald, im Kommunalwald und auf Hessen-Forst aufteilen, die durch „Kyrill“ entstanden sind, wo gibt es, Ihrem Wissen nach, die größten Schäden bei Einzelkommunen, und wie hoch sind sie?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Heidel, die Zahlen für die Privaten und die Kommunen müsste ich Ihnen nachliefern. Vom Grundsatz

her ist es aber so, dass etwa 50 % der Schäden im staatlichen Wald festzustellen waren, 25 % im Kommunalwald und 25 % im Privatwald.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke sehr. – Weitere Zusatzfragen gibt es nicht.

**Frage 744, Abg. Zeimetz-Lorz.**

**Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Gibt es bereits erste Erfahrungen mit den Fingerabdruckscannern, die zeigen, dass man sie bei der öffentlichen Vorstellung zu Recht als Leuchtturmprojekt bezeichnete?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Innenminister.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Kollegin, ich will zunächst auf zwei Umstände hinweisen, die mir besonders wichtig erscheinen.

Zum einen ist jede Identitätsfeststellung natürlich ein Eingriff in die Grundrechte der Menschen. Wenn man vergleicht, wie lange das früher gedauert hat – mit Abrollen, Fingerfarbe und Ähnlichem mehr –, und heute sieht, dass das in wenigen Sekunden durch Auflegen auf eine Glasplatte erfolgt, so ist das schon wirklich eine Revolution.

Das Zweite ist: Dadurch, dass wir das mobil verwenden, können wir diese Identifikationsmöglichkeiten überall einsetzen. Damit sind wir wesentlich schneller.

Beides ist in der Tat eine Revolution gegenüber dem, was es vorher gab.

In einer dritten Bemerkung will ich Ihnen zwei Beispiele vortragen.

Während der Fußballweltmeisterschaft haben wir das an 36 Geräten im Pilotverfahren eingesetzt. Dabei konnten wir im Rahmen von 543 Anfragen 89 Treffer erzielen und entsprechende Personen – die entweder mit Haftbefehl gesucht wurden oder zur Fahndung ausgeschrieben waren – ermitteln und dingfest machen.

Nach dem Verlauf der Pilotphase haben wir in Hessen ab dem 01.03.2007 weitere knapp 200 Geräte eingesetzt und dabei in einem Zeitraum von knapp sechs Wochen 1.676 Treffer erzielt. Diese Treffer sind deshalb so interessant, weil dabei unter anderem auch Zweifelsfälle geklärt werden konnten – in denen jemand einen Pass vorgelegt hat, der z. B. gefälscht war oder der zwar echt, aber verfälscht worden war.

Die gemeinsame „Ermittlungsgruppe Ausländerrecht“ hat auf diese Weise 45 Personen identifiziert, die per Haftbefehl gesucht wurden, die mit falschen Papieren ausgestattet waren und nach juristischer Abarbeitung in ihr Heimatland abgeschoben werden konnten.

Im Ergebnis ist das eine außerordentlich wirksame Maßnahme, die – das will ich abschließend noch einmal sagen – die Menschen bei der Identifikation kaum mehr beeinträchtigt, aufgrund modernster Technik in maximal einer

Minute aber eine sichere Identifikation und damit polizeiliches Handeln ermöglicht.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz.

**Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Gibt es Polizeibehörden in anderen Bundesländern, die dieses Fast Identification System bereits einsetzen?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Im Rahmen unserer Zusammenarbeit mit Hamburg und mit Baden-Württemberg, mit denen wir das POLAS-Abfragesystem entwickelt haben, beginnen die Polizeibehörden beider Länder jetzt mit dem Einsatz dieses Systems. Hessen war das erste Land, das dieses System eingesetzt hat. Wir haben es auf der CeBIT vorgestellt, und praktisch alle Ländern haben Kooperationswünsche geäußert. Ich gehe davon aus, dass dieses System sukzessive überall in Deutschland eingeführt wird.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz.

**Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Noch eine kurze Frage: Kam es im Zusammenhang mit dem Einsatz der Scanner schon zu spektakuläreren Verhaftungen und der Ergreifung von Straftätern?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Kollegin, das Spektakuläre einer Verhaftung hängt immer an deren medialer Verwertung. Es gibt einen Fall, wo wir einen Serientäter mithilfe dieses Systems zweifelsfrei ermitteln konnten. Er konnte trotz vieler Ausweise, die er bei sich trug, einwandfrei identifiziert werden. Es handelt sich um eine Person, die schon vielfach strafrechtlich in Erscheinung getreten war und mit mehreren Haftbefehlen gesucht wurde. Das war sicherlich spektakulär.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

**Frage 745, Abg. Lothar Quanz.**

**Lothar Quanz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Gründe führten zur Ablehnung des Antrags des Kreises Hersfeld-Rotenburg, an den beruflichen Schulen in Bebra zum Schuljahr 2007/2008 ein berufliches Gymnasium einzurichten?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kultusministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Quanz, in § 144a Abs. 2 des Hessischen Schulgesetzes wird, wie Sie wissen, für die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe oder eines beruflichen Gymnasiums eine Jahrgangsbreite von mindestens 80 Schülerinnen und Schülern zur Bedingung gemacht. Bei großzügiger Zählung der Anmeldungen für das geplante berufliche Gymnasium in Bebra kamen jedoch nur 67 mögliche Schülerinnen und Schüler zusammen, sodass eine Einrichtung nicht gestattet werden konnte.

Da zudem in Sontra und Heringen die gymnasialen Oberstufen in ihrem Bestand wegen zu geringer Jahrgangsbreiten gefährdet sind – dort ist eine Jahrgangsbreite von durchschnittlich mindestens 50 Schülerinnen und Schülern vorgeschrieben –, gab es ein weiteres Argument gegen eine Neueinrichtung, da sonst eine zusätzliche Konkurrenzsituation für diese beiden Oberstufen entstanden wäre.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Frau Ministerin, ist es richtig, dass in der Presse Zahlen veröffentlicht wurden, aus denen sich ergibt, dass weit über 90 Anmeldungen vorgelegt haben, dass das Schulamt dann aber entsprechend aussortiert hat?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kultusministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Quanz, als wirkliche Anmeldung kann ich nur die Anmeldung von Schülerinnen und Schülern betrachten, die für die Oberstufe geeignet sind, sodass die genannte Zahl von über 90 Schülerinnen und Schülern unter diesem Gesichtspunkt niemals richtig war.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Kollege Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Liegen Einsprüche von Eltern gegen die Ablehnung vor?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kultusministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege, ich weiß von keinem Einspruch.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

**Frage 746**, Herr Abg. Irmer.

**Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie den Start der Osterferiencamps?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Ministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Irmer, Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss bis zum Schuljahr 2007/2008 um ein Drittel zu senken. Seit 1999 konnte die Prozentzahl bereits von fast 23 % auf unter 15 % gesenkt werden.

Als weiteren Schritt zu diesem Ziel führte Hessen Osterferiencamps in zwei Formen durch. Insgesamt 29 hessische Haupt- und Realschulen sowie Gesamtschulen boten rund 800 versetzungsgefährdeten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, durch intensives Lernen und Methodentraining die eigene Motivation zu fördern und so die Chance zu erhalten, die Versetzung in die nächste Jahrgangsstufe bzw. den Schulabschluss doch noch zu erreichen. Die Teilnahme war für alle Schülerinnen und Schüler freiwillig. Dazu gab es drei externe Osterferiencamps mit insgesamt 150 Teilnehmern aus 33 Schulen. Diese wurden gemeinsam mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung durchgeführt.

Die Resonanz auf die Durchführung der Osterferiencamps war ausgesprochen positiv.

Der Hessische Landtag hat für die Durchführung der schulbezogenen und auch der schulformübergreifenden Osterferiencamps insgesamt eine halbe Million Euro zur Verfügung gestellt.

Die Landesregierung wird nun das Projekt evaluieren. Die Schulen sind aufgefordert, zum Schuljahresende statistisch zu erheben, wie viele der Schülerinnen und Schüler, die an den Osterferiencamps teilgenommen haben, versetzt wurden oder ihren Abschluss erreicht haben. Die Auswertung kann mit Beginn der Sommerferien erfolgen. Ein Modellversuch an zwei hessischen Schulen im vergangenen Schuljahr hatte positive Resultate. Daher wurde das Modell in diesem Jahr auf weitere Schulen ausgeweitet und hat, wie in der Presse landesweit zu lesen war, ein außerordentlich positives Echo gefunden.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Kollege Irmer.

**Hans-Jürgen Irmer (CDU):**

Teilt die Landesregierung mein Bedauern darüber, dass die Mitglieder der sozialdemokratischen Landtagsfraktion im Fachausschuss nicht in der Lage waren, dem Antrag auf Einrichtung eines Osterferiencamps zu zustimmen?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Staatsministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Irmer, die Landesregierung ist immer begeistert, wenn Maßnahmen im Landtag breit getragen werden. Unabhängig vom Abstimmungsverhältnis im Ausschuss bleibt aber das Ergebnis der Camps als sehr erfolgreich, erfrischend und landesweit positiv zu bewerten.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Kollege Lothar Quanz.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er entschuldigt sich jetzt!)

**Lothar Quanz (SPD):**

Teilt die Staatsministerin mein Urteil, dass es besser ist, zwischen Ostermontag 2006 und Karfreitag 2007 alle diese Schüler zu fördern, statt an wenigen Tagen in den Ferien?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Staatsministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Lieber Kollege Quanz, wir tun beides.

(Widerspruch bei der SPD)

Beides zeitigt, wie Sie merken, große Erfolge. Die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen leisten mit großem Aufwand und Engagement individuelle Förderung und auch Förderung über das ganze Schuljahr, und gleichermaßen setzen wir, wie wir aus Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler wissen, einen kleinen Impuls, sich in diesem Schuljahr noch einmal besonders anzustrengen und das Ziel aus eigener Kraft zu erreichen. Beides steht ergänzend zueinander.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Es gibt keine weiteren Zusatzfragen.

**Frage 747**, Herr Abg. Alfons Johannes Gerling.

(Heiterkeit)

**Alfons Gerling (CDU):**

Herr Landtagsvizepräsident, ich frage die Landesregierung:

*Ist die Weiterführung des Diamorphin-Projektes in Frankfurt am Main sichergestellt, und wird sie sich an der Finanzierung des Projektes beteiligen?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Sozialministerin.

**Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Die Weiterführung des Diamorphin-Projektes in Frankfurt ist sichergestellt. Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte in Bonn hat eine Ausnahmegenehmigung bis 30. April 2010 erteilt. Nach diesem Bescheid können bis zu 150 Klientinnen und Klienten in den nächsten drei Jahren mit Diamorphin behandelt werden. Derzeit befinden sich 59 Suchterkrankte in der Behandlung.

Die Hessische Landesregierung hatte ursprünglich eine Förderung des Projektes bis zum 30. Juni vorgesehen. Da wir uns aber gemeinsam mit der Stadt Frankfurt am Main dafür eingesetzt haben, das Projekt weiterzuführen, haben wir im Vorfeld sichergestellt, dass wir es auch weiterhin fördern können.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfragen? – Keine.

**Frage 748**, Herr Abg. Lothar Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Positionen vertritt sie zu dem Antrag der E.ON, eine Starkstromtrasse von Niedersachsen durch den Werra-Meißner-Kreis bis nach Mecklar im Kreis Hersfeld-Rotenburg zu planen und zu bauen?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Wirtschaftsminister.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abgeordneter, in Hessen ist bislang kein Antrag der E.ON, eine Starkstromtrasse von Niedersachsen durch den Werra-Meißner-Kreis bis nach Mecklar im Kreis Hersfeld-Rotenburg zu planen und zu bauen, gestellt worden. Es ist bekannt, dass in Niedersachsen raumordnungsrechtliche Anträge für den Bau einer Hochspannungsfreileitung von Walle im Raum Braunschweig bis an die hessische Grenze zur Fortführung bis nach Mecklar im Raum Waldeck-Frankenberg/Kassel gestellt worden sind. Da in Hessen keine prüffähigen Anträge vorliegen, kann hierzu auch keine offizielle Position bezogen werden.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Erfurth.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, halten Sie ein länderübergreifendes Abstimmungsverfahren in dieser Sache für erforderlich?

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Das Vorhaben ist ja nicht unbekannt. Es ist durch die E.ON Netz AG öffentlich bekannt gemacht worden. Auch mein Haus ist vor Monaten von dieser Grundüberlegung in Kenntnis gesetzt worden. Diese Projektion bezieht sich auf eine Studie der Bundesnetzagentur, in der es darum

geht, aufgrund des Ausbaus insbesondere der erneuerbaren Energien in Norddeutschland Verbindungsleitungen in Form von Hochspannungsleitungen in andere Räume zu planen und zu bauen. Die Leitung, die hier in Rede steht, gehört zu diesem Konzept. Das ist jedenfalls aus den Worten der Netzbetreiber deutlich geworden. Mecklar ist als Standort auch in anderem Zusammenhang in der Diskussion. Wie zumindest einige Fachkundige bereits wissen, gibt es dort Planungen für den Bau eines gasbasierten Kraftwerks.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Herr Staatsminister, teilen Sie meine Sorge, dass, wenn in Niedersachsen Fakten geschaffen sind, wir dann in Hessen kaum noch Möglichkeiten haben, eine solche Starkstromtrasse zu verhindern?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Abg. Quanz, ich habe gerade deutlich gemacht, dass E.ON Netz solche Übertragungsleitungen vor allem mit dem Ausbau der erneuerbaren Energie – Stichwort: Windenergie – begründet. Ich wundere mich über Ihre Frage, da Sie als SPD den Ausbau der Windenergie massiv fordern, dann aber auf Übertragungsnetze verzichten wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Quanz.

**Lothar Quanz (SPD):**

Herr Minister, es geht nicht darum, zu verhindern, dass Strom, der auf Basis regenerativer Energien rekrutiert ist, auch in die Fläche transportiert wird. Es geht um die Fragen der Gesundheitsgefährdung, der Landschaftsverhandlung und um Alternativen.

(Lebhafte Zurufe von der CDU: Oh! – Glockenzeichen des Präsidenten)

Starkstromtrassen sind sicherlich ein fragwürdiges Landschaftsbild. Deswegen geht es um dezentrale Energieversorgung. Aber das ist nicht das Thema.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Von E.ON müssen wir erwarten dürfen, dass eine Erdverkabelung möglich ist. Teilen Sie diese Einschätzung, und können wir gemeinsam in Richtung Niedersachsen verhandeln?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich habe eben deutlich gemacht, dass uns kein Antrag, keine Planungsunterlagen auf dem Tisch liegen und auch nicht mitgeteilt worden sind. Deswegen möchte ich mich nicht zu einer Phantomdebatte äußern.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke sehr. – Es gibt keine weitere Frage.

**Frage 749, Abg. Frömmrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.** Wer übernimmt das? – Frau Erfurth, bitte.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie weit ist der Stand des Verfahrens zur Reaktivierung der Bahnstrecke Frankenberg – Korbach, bzw. welche Probleme stehen dem Ziel der Reaktivierung zurzeit noch im Wege?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Wirtschaftsminister.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Frau Abgeordnete, über die Reaktivierung und den Ausbau der Nahverkehrsinfrastruktur auf der Strecke Korbach – Frankenberg – Cölbe über Marburg wurde am 10.08.2005 ein Planungs-, Bau- und Finanzierungsvertrag abgeschlossen. Vertragspartner sind der Landkreis Marburg-Biedenkopf, der Landkreis Waldeck-Frankenberg, der Nordhessische Verkehrsverbund, die DB Netz AG und das Land Hessen. Im Rahmen dieses Vertrages laufen seitdem die Planungen für den NVV und den Landkreis Waldeck-Frankenberg, die von den beiden Gebietskörperschaften vorfinanziert werden. Die erforderliche Nutzen-Kosten-Untersuchung ist in Bearbeitung und wird voraussichtlich im Juli 2007 abgeschlossen sein und damit eine Grundlage für eine Entscheidung der Landesregierung über eine Mitfinanzierung bei der Infrastruktur bilden. Dann wird der NVV mit seinen kommunalen Gesellschaften nach den bisher vorliegenden positiven Grundsatzbeschlüssen endgültig über die Bestellung und Finanzierung der zusätzlichen Verkehrsleistungen auf dieser Strecke entscheiden.

§ 5 Abs. 6 des genannten Vertrages aus dem Jahre 2005 lautet:

Nach Abschluss der Planungen wird das Gesamtprojekt nochmals wirtschaftlich betrachtet. Ergeben sich hierbei Verschlechterungen in der Wirtschaftlichkeit, so entscheiden die Vertragspartner neu über die Realisierung der Bauausführung.

Vor Abschluss der vereinbarten Planungen, Untersuchungen können deshalb keine Aussagen über die Möglichkeit einer Realisierung des Projekts getroffen werden. Ich selbst bin aber sehr optimistisch.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Bitte sehr, Frau Kollegin Erfurth.

**Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, eine Zusatzfrage. Wie haben sich die Kürzung der Regionalisierungsmittel und die damit verbundene Reduzierung von Zugleistungen auf die Reaktivierung ausgewirkt, oder sind hieraus noch Auswirkungen zu erwarten?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Da die Verkehre noch nicht bestellt sind, konnten hier auch keine Kürzungen vorgenommen werden bzw. waren nicht zu befürchten. Deswegen ist die Frage der Bestellung nicht eine Frage der verfügbaren Bestellbudgets, sondern vor allem eine Frage der wirtschaftlichen Planung im Hinblick auf die Akzeptanz dieser Strecke. Die Hessische Landesregierung unternimmt jedenfalls alles, dass diese Strecke erhalten bzw. ausgebaut wird, und hat deshalb auch dieses Konzept mit der DB AG entworfen, der DB Regio, also einer Tochter der DB, im Sinne einer regionalen Autonomie diese Aufgabe als Vertragspartnerin der übrigen hier eben zitierten Vertragspartner zu übertragen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. Es gibt keine Zusatzfragen.

**Frage 750**, Frau Abg. Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Treffen die Angaben aus Hochschulkreisen zu, dass sie demnächst einen Erlass oder eine Verordnung zum Teilzeitstudium plant, um die nach der Änderung der Immatrikulationsverordnung in den Hochschulen und bei den betroffenen Studierenden bestehenden Unsicherheiten und offenen Fragen bezüglich der Teilzeitstudienmöglichkeiten zu klären?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Wissenschaftsminister.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, Frau Abg. Sorge, meine Damen und Herren! Ja, es trifft zu. Nachdem die Hochschulen das Ministerium nun darum gebeten haben, auch ohne das Erfordernis von Satzungsänderungen weiterhin Teilzeitstudienmöglichkeiten nach den bisherigen Voraussetzungen eröffnen zu können, befindet sich ein Anhörungsverfahren an den Hochschulen zu einer entsprechenden Verordnung unmittelbar vor der Einleitung. Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass die Hochschulen, jedoch im Wege der Satzung, von den Regelungen der Verordnung abweichen können, wenn und soweit sie dies wollen, und schränkt insofern die intendierte hochschulautonome Gestaltung des Teilzeitstudiums nicht ein. Sie sieht ebenfalls eine Möglichkeit zur Ermäßigung der Studienbeiträge für Teilzeitstudierende vor.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Frau Abg. Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Entnehme ich dieser Tatsache, dass Sie Ihre Meinung, die Sie als Wissenschaftsminister, aber auch als Jurist vertreten haben, dass es keiner Verordnung bedürfe, nicht mehr vertreten?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Es ist ein ausdrücklicher Wunsch der Hochschulen gewesen, weil sie meinen, dadurch die Arbeit zu reduzieren. Sie sagen, wenn sie davon Ausnahmen wollen, werden sie das per Satzung beschließen. Es ist also umgekehrt. Man kann diesen wie auch den anderen Weg gehen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Können Sie noch sagen, wann diese Verordnung herauskommen wird?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Minister.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Es ist kurz vor dem Anhörungsverfahren. Ich schätze, das wird noch rechtzeitig vor dem Wintersemester sein, sodass z. B. die Maßnahmen zur Ermäßigung von Studienbeiträgen greifen werden.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke sehr. – **Frage 751**, Frau Kollegin Lannert.

**Judith Lannert (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Absicht der EU-Kommission, an den Transportbeschränkungen zur Verhinderung der Ausbreitung der Blauzungenkrankheit festzuhalten, obwohl die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zu dem Schluss gelangt ist, dass diese Maßnahmen hierauf keine oder nur beschränkte Auswirkungen besitzen?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Umweltminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Lannert, die Ausbreitung der Blauzungenkrankheit kann nur durch Transportbeschränkungen verhindert werden. Die Blauzungenkrankheit wird durch Gnitzen, also Insekten, übertragen, die selbst bei massenhafter Insektizidanwendung nicht flächendeckend bekämpft werden können. Es muss daher sichergestellt werden, dass festgestellte Virusausscheider nicht aus den Schutzzonen in freie Gebiete verbracht werden.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, hält die Landesregierung das Risikomanagement für effizient? Denn die Zahl der Fälle steigt. Können Sie sagen, wie viele Fälle es in Hessen gibt?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, es gibt für uns keine Alternativen. Da wir gegen die Blauzungenkrankheit Insektizide nicht flächendeckend einsetzen können und auch nicht wollen, bleibt nur die Möglichkeit, die Verbringung von Tieren in andere Gebiete zu verhindern und so die Ausbreitung der Krankheit zumindest einzuschränken. Verhindern werden wir sie wahrscheinlich nicht mehr können.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – **Frage 752**, Herr Abg. Dietz.

**Klaus Dietz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Gibt es nach ihrer Ansicht konkrete Anzeichen für eine bevorstehende Borkenkäferplage?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Umweltminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Dietz, aufgrund des Jahrhundertsessers 2003 und seiner Folgewirkungen hatten wir es bereits im vergangenen Jahr vielerorts in Hessen mit einer angespannten Borkenkäfersituation zu tun. Bei dieser Ausgangslage muss in Verbindung mit dem warmen Sommer 2006 und den warmen Wintermonaten 2006/2007 von einer erheblichen Borkenkäfergefahr im Frühjahr 2007 ausgegangen werden. Zudem hat sich die Situation durch die Orkanshäden zu Beginn des Jahres – die Sturmhölzer bieten optimalen Brutraum – nochmals verschärft.

Zur Vermeidung einer sich ausweitenden Borkenkäferkalamität hat Hessen-Forst daher in Zusammenarbeit mit der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt eine vorbeugende Strategie entwickelt. Dabei werden unter anderem alle geeigneten Möglichkeiten zur Aufarbeitung, Lagerung und Vermarktung, inklusive Abfuhr, zur Verminderung des Risikos genutzt. Angesichts der durch „Kyrill“ verursachten Holz mengen wird es auch zum Einsatz von Insektiziden als Bestandteil des integrierten Waldschutzes kommen. Die Information und Beratung aller betroffenen Waldbesitzer vor Ort wird durch den Landesbetrieb Hessen-Forst und durch die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt in ihrer Abteilung Waldschutz sichergestellt.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke sehr. – Zusatzfrage, bitte sehr, Herr Kollege Bender.

**Bernhard Bender (SPD):**

Durch den Sturm sind die Arbeitskapazitäten von Hessen-Forst schon so weit ausgenutzt, dass Fremdunternehmer eingesetzt werden können. Mit welchen Arbeitskräften wollen Sie dieser Borkenkäferplage gerecht werden? Sollen neue Arbeitskräfte eingestellt werden? Unternehmer sind nicht verfügbar.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abgeordneter, wir werden keine neuen Arbeitskräfte einsetzen. Wir haben uns über das Thema bereits im Zusammenhang mit „Kyrill“ und dessen Aufarbeitung unterhalten. Hessen-Forst hat für diese Aufarbeitung über 70 Vollernter im Einsatz gehabt, die gut gearbeitet haben. Wir sehen keine Notwendigkeit, zusätzliche Arbeitskräfte einzusetzen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, wie viel Prozent des Sturmholzes wird bis zum Jahresende aufbereitet sein?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, das kann man im Augenblick noch nicht sagen. Eine 100-prozentige Aufarbeitung wird es wahrscheinlich auch deshalb nicht geben, weil nicht alles Sturmholz aufgearbeitet wird. Die Bäume, die z. B. noch erheblichen Bodenkontakt haben, wo also die Wurzeln

noch im Boden sind, werden nicht aufgearbeitet, weil die Wasserversorgung dort sichergestellt ist.

Ich denke, dass ein großer Teil des Sturmholzes bis Ende des Jahres aufgearbeitet sein wird. Aber es wird auch ein Teil noch in den Wäldern sein.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Danke sehr. – **Frage 753** des Abg. Wagner. Das übernimmt die Kollegin Sorge, bitte sehr.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Hauptschulen bzw. Hauptschulzweige sind seit 2005 aufgrund der Vorgaben des § 144a des Hessischen Schulgesetzes bereits ausgelaufen bzw. werden auslaufen oder sind vom Auslaufen bedroht?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kultusministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin Sorge, prinzipiell kann man nicht unterscheiden, ob § 144a oder die übrigen Kriterien vernünftiger Schulentwicklungsplanung zum Auslaufen eines Zweiges führen. Aus den unterschiedlichen Gründen sind an sechs Schulen Hauptschulzweige ab Klasse 5 oder 7 ausgelaufen. Je eine folgt im nächsten und übernächsten Schuljahr.

Wie Sie sehen, handelt es sich um eine vergleichsweise überschaubare Zahl. Man könnte gelegentlich geneigt sein, zu fragen, wie viele Schulen in Hessen geschlossen würden, wenn die Einheitsschule eingeführt würde; denn die Konzentration von Angeboten in der Einheitsschule hätte zweifelsohne wesentlich gravierendere Folgen.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kultusministerin, Sie haben angekündigt, dass Sie alle Hauptschulklassen zu SchuB-Klassen machen wollen, für die andere Richtwerte gelten. Werden Sie bei der Schließung von Hauptschulen oder Hauptschulzweigen die Richtwerte der SchuB-Klassen zugrunde legen, oder werden Sie für die nächsten Jahre die Werte zugrunde legen, die im aktuellen Schulgesetz stehen?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Kultusministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin, als Teil der Legislative werde ich Ihnen nicht sagen müssen, dass das gültige Gesetz bei den Hauptschulen, um die es ging, zur Anwendung gekommen ist. Es betrifft nur zwei Fälle in die Zukunft hinein. Für die Zukunft sind gegebenenfalls neue Richtlinien zu setzen.

Es bleibt aber dabei, dass es nicht nur um Richtwerte geht, also nicht nur um § 144a, sondern grundsätzlich um eine vernünftige, ausgewogene Schulentwicklungsplanung.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Da es, wie Sie gerade gesagt haben, um eine grundsätzlich ausgewogene Entwicklungsplanung geht, und wenn man weiß, dass in Zukunft alle Hauptschulklassen SchuB-Klassen werden sollen, wäre es sinnvoll, diese Richtwerte zugrunde zu legen und nicht die Richtwerte, die aktuell nach dem Schulgesetz vorgesehen sind. Das ist keine Sache von Legislative oder Exekutive, sondern es ist die Frage, ob hier eine vernünftige Schulplanung gemacht wird.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Frau Staatsministerin.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin Sorge, wir sind im Bereich der Perspektive für die Hauptschule der Zukunft. Dafür bedarf es erstens der konzeptionellen Weiterentwicklung, zweitens gesetzlicher Voraussetzungen, drittens notwendiger Verordnungen und dann der jeweiligen Umsetzung dieser Verordnungen. Ich halte in diesem Zusammenhang fest, dass die durchschnittliche Klassengröße bei der Hauptschule auch heute bereits 19,6 Schüler beträgt und sich damit weit unterhalb der Klassenhöchstgrenze befindet.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Ich sehe keine Zusatzfrage. – **Frage 754**, Herr Abg. Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Inwieweit werden pflanzliche Speiseöle, die meist in großen Gebinden von der Gastronomie bzw. dem Lebensmittel-einzelhandel eingekauft und dann verwendet bzw. abgefüllt werden, auf gentechnische Verunreinigungen und die Einhaltung der gesetzlichen Kennzeichnungspflicht überprüft?*

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Umweltminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, pflanzliche Speiseöle wie Sojaöl, Rapsöl oder Maiskeimöl können auch aus gentechnisch veränderten Soja-, Raps- und Maispflanzen gewonnen werden. Um die Öle in möglichst reiner Form zu erhalten, unterliegen die pflanzlichen Öle in vielen Fällen einer Raffination, bei der unerwünschte Substanzen abgetrennt werden. Bei diesem Schritt werden Proteine und Erbsubstanzen zerstört bzw. entfernt, deren Analyse die



Unterscheidung von gentechnisch verändertem und konventionellem Soja, Raps und Mais ermöglichen würde.

Zur Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Kennzeichnungspflicht im Sinne der Verordnungen der EU über gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel bzw. die Rückverfolgbarkeit gentechnisch veränderter Organismen können daher analytisch am Produkt Öl nur in wenigen Fällen zwingende Aussagen getroffen werden. Die Kontrolle pflanzlicher Öle auf gentechnisch veränderte Organismen und deren Bestandteile erfolgt daher in der Regel durch Einsehen entsprechender Begleitdokumente und Unterlagen zur Rückverfolgbarkeit in den Ölmühlen bzw. durch Überprüfung entsprechender Unterlagen beim Importeur und Inverkehrbringer.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank. – Zusatzfrage, Herr Kollege Häusling.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, wurde bei Kontrollen nicht gekennzeichnetes Öl gefunden, das im Handel entsprechend eingesetzt wurde?

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Staatsminister.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, solche Fälle sind mir nicht bekannt.

**Vizepräsident Frank Lortz:**

Weitere Zusatzfragen gibt es nicht. – Dann ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe **Punkt 2 unserer Tagesordnung** auf:

**Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst betreffend „Wissen schafft Zukunft – die Hochschulen als Schlüssel zur Exzellenz“**

Das Wort hat der Wissenschaftsminister, Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wissen schafft Zukunft. Im Regierungsprogramm 2003 bis 2008 der CDU vom 28. März 2003 werden als grundlegende Zielsetzungen genannt – ich zitiere –:

Hochschul- und Wissenschaftspolitik bleibt auch in den kommenden fünf Jahren ein Schwerpunkt unserer Arbeit. Eckpunkte unserer Politik sind dabei die weitere Etablierung des Wettbewerbsgedankens, die Erhöhung der Autonomie und die weitere Verbesserung der Qualität. ... Die Forschungslandschaft in Hessen wollen wir weiter stärken.

Meine Damen und Herren, das haben wir in den vergangenen vier Jahren getan. Alle im Regierungsprogramm aufgeführten Ziele sind erreicht und vielfach übertroffen worden. Bei weiteren wissenschaftspolitischen Heraus-

forderungen hat Hessen die Initiative ergriffen und bundesweit beispielgebende Projekte auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg, die die Landesregierung gegen mancherlei Widerstände und vor allem von der Opposition bekundete Skepsis binnen eines Jahres mit einem überragend positiven Ergebnis abgeschlossen hat. Viele Anfragen anderer Länder zeigen, dass dieses Projekt größtes Interesse gefunden hat.

Zusammen mit drei Präsidenten der hessischen Universitäten habe ich die Einrichtung von Zentren für geisteswissenschaftliche Forschung und Lehre in den Fächern Orient-, Ostasien- und Südosteuropawissenschaften auf den Weg gebracht. Genau in diesen Fächern werden in einer globalisierten Welt Veränderungen erwartet, die ihren Umbau in einer sehr kurzen Zeit erforderlich machen. Die drei Universitäten haben, vom HMWK großzügig unterstützt, wesentliche Aktivitäten entfaltet und werden noch mit Ablauf dieses Jahres – Sie können sich das in Marburg anschauen – die zentralen Professuren in den Zentren besetzen können. Auch in der Zentrenbildung liegen wir bundesweit vorne.

Mir geht es heute aber weniger um einen Blick zurück, um auf das Erreichte und die Umsetzung unseres Regierungsprogramms hinzuweisen, sondern um den Blick nach vorne, um die Frage, welches Leitbild wir in Hessen der Entwicklung unseres Hochschulwesens zugrunde legen.

Wer die Zukunft des hessischen Hochschulwesens gestalten will, der muss sich fragen, wie die akademische Landschaft im Jahre 2020 aussehen wird. Wahrscheinlich werden wir in dieser Entwicklungsperiode eine wesentlich stärkere Ausprägung der Hochschulen mit individuellen Profilen und unterschiedlichen Schwerpunkten erfahren. Wir werden ohne Zweifel eine Verschärfung des Wettbewerbs der Hochschulen in Deutschland untereinander erleben, und dies unter Einbeziehung der Entwicklung des internationalen Bildungsmarktes. Dieser wird deutlich mehr Dimensionen umfassen als etwa nur den Studierenden- und Dozentenaustausch gängiger Prägung. Um dabei vorne mitzuspielen, haben wir unsere Zusammenarbeit beispielsweise mit den USA, China und Vietnam konzentriert und intensiviert. Wir wollen in Hessen diesen Wettbewerb und geben deswegen in Hessen den Hochschulen mehr Autonomie.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, dass die Hochschulen sich stärker differenzieren und ihr eigenes Profil entwickeln, um sich im Wettbewerb zu behaupten. Dies setzt allerdings voraus, dass wir die Hochschulen in ihrer Infrastruktur und ihrer finanziellen Ausstattung weiterhin in die Lage versetzen, diesen Wettbewerb national und international zu bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Eine zukunftsgerichtete Wissenschaftspolitik muss ausgehen von einer nüchternen Analyse des gegenwärtigen Zustands des deutschen Wissenschaftssystems. Das deutsche Wissenschaftssystem ist in vielen Bereichen international konkurrenzfähig, nimmt in nicht wenigen Forschungsfeldern auch international eine Spitzenstellung ein. Dennoch müssen wir eine noch nicht ausreichende Finanzierung des deutschen Wissenschaftssystems, gemessen am

internationalen Maßstab, feststellen, vor allem hinsichtlich der Forschungskapazität an den Hochschulen.

Unzureichende Förderung und Finanzierung der Forschung impliziert unzureichende Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Qualität des wissenschaftlichen Nachwuchses ist Basis der Dynamik und der Innovationskraft des deutschen Wissenschaftssystems, auch aller forschungsbasierten tätigen Unternehmen. Je besser wir also den wissenschaftlichen Nachwuchs ausbilden, seine Qualifizierungschancen vor allem durch Graduiertenschulen verbessern und damit auch attraktiv sind für hochkarätige ausländische Nachwuchswissenschaftler, desto besser sichern wir die Zukunft des deutschen Wissenschaftssystems und am Ende – zwei Schritte weiter gedacht – natürlich unserer Wirtschaft.

Ich will in diesem Zusammenhang ein spezifisches Problem ansprechen, nämlich den Anteil von Frauen an den qualifizierten Positionen unseres Wissenschaftssystems. Wir haben bis heute im internationalen Vergleich eine so eklatante Unterrepräsentanz von Frauen in der Wissenschaft, dass wir – ich sage das mit großem Bedauern – davon ausgehen müssen, dass das intellektuelle Potenzial unserer Gesellschaft im akademischen Bereich nur unzureichend genutzt wird. Hier müssen wir alle gemeinsam deutlich aufholen.

Jede hoch qualifizierte Frau, die Wissenschaftlerin werden will und aus den verschiedensten Gründen, die ich hier nicht im Einzelnen darlegen will, es nicht wird, ist ein gravierender Verlust für die deutsche Wissenschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Michael Siebel (SPD))

Ich begrüße und unterstütze es deshalb sehr, dass etwa innerhalb der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder auch die Förderung von Frauen in der Wissenschaft einen herausragenden Platz einnimmt und Bewertungskriterium der internationalen Gutachterinnen und Gutachter ist.

Die Attraktivität für Frauen, im Wissenschaftsbetrieb zu arbeiten, muss auch zukünftig stärker auf die Naturwissenschaften ausgedehnt werden. Dabei werde ich sie weiter unterstützen und für die Entfaltung ihrer Selbstorganisation Mittel für ein entsprechendes Mentoring durch erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an allen Hochschulen bereitstellen – so, wie wir das bisher auf der Basis eines Pilotprojektes in Frankfurt getan haben.

Ein weiterer gravierender Strukturmangel in unserem Hochschulsystem ist das eklatante Missverhältnis zwischen der Anzahl der Studienanfänger und der Absolventen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Was der Staat dazu tun kann, um die Studienbedingungen zu verbessern, sind sicherlich mehr Mittel, um die Betreuung zu verbessern und das Bewusstsein zu schärfen – das ist ganz wichtig –, dass Lehre gleichberechtigt neben der Forschung steht.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

Mir ist in diesem Zusammenhang auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass bei aller Kritik an dem Studienbeitragsgesetz die entscheidende und wichtigste Zielsetzung ist, durch die Verbesserung der Betreuung der Studierenden den Studienerfolg zu erhöhen und die Studienzeiten zu verkürzen.

Studienabbruch ist ein volkswirtschaftlicher Verlust. Wir wissen alle, dass die Akademisierungsquote in Deutsch-

land im internationalen Vergleich zu niedrig ist und alle Prognosen zur weiteren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung uns darauf verweisen, dass Deutschland mehr akademisch ausgebildete Arbeitskräfte benötigt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Studienabbruch ist auch eine persönliche Katastrophe für jeden, der davon betroffen ist.

Ein Lebensplan scheitert, der Staat und der Studierende selbst haben viel Geld aufgebracht, und der erstrebte Erfolg ist ausgeblieben. Wir haben also allen Grund, um dieser Frage intensiv anzunehmen und dafür vor allem die Hochschulen selbst in die Pflicht zu nehmen.

Meine Damen und Herren, in den Gesprächen mit den Hochschulpräsidenten über die Umsetzung des Studienbeitragsgesetzes habe ich die Gewissheit gewonnen, dass alle Präsidenten, diejenigen eingeschlossen, die sich gegen die Studienbeiträge aussprechen, die Mittel sehr effizient und zielführend zur Verbesserung der Ausbildung einsetzen werden. Sie beteiligen an den konzeptionellen Vorarbeiten die Studierenden, soweit diese sich nicht dieser Mitwirkung versagen.

Die Hochschulen haben darüber hinaus auch die Aufgabe – und das ist wichtig –, die Studienanfänger besser zu beraten, ihnen die Chance zu geben, ihre Studieneignung zu überprüfen, um Fehlentscheidungen bei der Studienfachwahl zu vermeiden. Im Hessischen Hochschulgesetz und in den Vorschriften zur Zulassung zum Studium sind geeignete Instrumente dafür vorgesehen. Es liegt an den Hochschulen selbst, diese Instrumente zu nutzen. Ich kann mir z. B. vorstellen, dass aktuell diskutierte Studieneignungstests dafür eine effiziente und auch mit vertretbaren Kosten einsetzbare Methode bieten, den Studierwilligen eine bessere Einschätzung der eigenen Qualifikation zu vermitteln und damit auch besser geeignete Studierende zu gewinnen. An dieser Stelle sind uns die privaten Hochschulen im Übrigen schon einige Schritte voraus.

Meine Damen und Herren, die größere Eigenverantwortung der Hochschulen ist eines der Leitthemen der hessischen Wissenschaftspolitik in dieser Legislaturperiode. Ich bin der Überzeugung, dass mehr Autonomie für die Akteure vor Ort essenzielle Voraussetzung für mehr Effizienz, die längerfristige Innovationsfähigkeit und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen ist. Selbstverständlich ist „Autonomie“ nicht unbegrenzt; der Staat darf sich aus seiner Verantwortung der strategischen Steuerung in Orientierung an seinen eigenen übergreifenden wissenschaftspolitischen Zielsetzungen und insbesondere aus der Finanzierung der Hochschulen nicht zurückziehen.

Wir können auf positive Erfahrungen der Steuerung unseres Hochschulsystems in Hessen über Zielvereinbarungen zurückblicken und sind guter Hoffnung, dass die zweite Generation der Zielvereinbarungen uns auch hier einen wesentlichen Schritt voranbringt. Ich betone aber: Die staatliche Verantwortung etwa in der Frage, wie viele Studierende ausgebildet werden und welcher Fächerkanon im Lande insgesamt aufrechterhalten werden muss, darf nicht zur Disposition gestellt werden. Die erfolgreiche Zentrenbildung in den Kulturwissenschaften, die ich bereits erwähnte, konnte nur durch partnerschaftliches gemeinsames Handeln des Wissenschaftsministeriums mit den drei Universitäten gelingen – doch „autonom“ wäre sie nicht zustande gekommen und wäre am Ende gescheitert.

Ich betone an dieser Stelle auch, dass die Hochschulen der Gesellschaft gegenüber, der Landesregierung und vor allem diesem Landtag gegenüber für ihr Wirken, aber auch für den Ertrag aus den ihnen zur Verfügung gestellten Mitteln verantwortlich sind.

Mit dem TUD-Gesetz hat Hessen ein bundesweites Beispiel für die autonome Hochschule gegeben. Die schon jetzt erkennbaren und positiven Erfahrungen, die die Technische Universität Darmstadt auf der Grundlage dieses Gesetzes gemacht hat, haben uns ermutigt, den anderen hessischen Hochschulen die Option zu eröffnen, diesem Gesetz beizutreten – hierzu läuft gerade ein Anhörungsverfahren. Ich würde mich freuen, wenn auch diese von der Landesregierung vorgeschlagene Änderung des Hessischen Hochschulgesetzes die breite Zustimmung findet, die seinerzeit das TUD-Gesetz gefunden hat.

Die Umwandlung der Universität Frankfurt in eine Stiftungsuniversität ist eine weitere markante Etappe zur Stärkung der Autonomie im hessischen Hochschulwesen. Die Universität Frankfurt hat ehrgeizige Ziele. Sie wird nicht nur baulich grundlegend erneuert, sie strebt nach Exzellenz und will sich organisatorisch umstrukturieren. Sie wird diesen Weg hin zu mehr Autonomie weiterhin als Universität mit breitem Fächerspektrum und einer hohen Zahl von Studienplätzen gehen. Mit der beabsichtigten Überführung der Universität Frankfurt in eine Stiftung des öffentlichen Rechts mit körperschaftlicher Organisationsstruktur wird bewusst an die Gründungsgeschichte im Jahre 1914 angeknüpft, an das bürgerschaftliche Engagement, das damals ohne staatliche Mittel die Errichtung einer Universität möglich machte. Ich bin der Überzeugung, dass der Stiftungsgedanke eine große Ausstrahlungskraft auf die gesamte Region und darüber hinaus haben wird; und ich hoffe, dass damit am Ende sehr viel Stiftenkapital aktiviert wird.

Meine Damen und Herren, ich hatte bereits auf die finanziellen Verpflichtungen des Landes und ihre Folgen für die Qualität von Forschung und Lehre hingewiesen. Wir stehen in der Tat vor großen Herausforderungen, und die nächsten Jahre werden uns vor eine besondere Herausforderung stellen, nämlich die Bewältigung wachsender Studierendenzahlen. Darüber hinaus haben wir in der ersten Hälfte des nächsten Jahrzehnts die Konsequenzen der Verkürzung der Gymnasialschulzeit um ein Jahr zu bewältigen, die bundesweit überwiegend in einem sehr engen Zeitkorridor geplant ist.

Auf diese besonderen Herausforderungen reagieren Bund und Länder mit einem gemeinsamen Programm „Hochschulpakt 2020“. Mit dem Programm sollen bis 2010 ungefähr 90.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden, bezogen auf das Referenzjahr 2005. Die Verteilung der Bundesmittel wie auch der Studienplätze auf die einzelnen Länder erfolgt im Wesentlichen mittels des sogenannten Königsteiner Schlüssels; danach entfallen auf Hessen mehr als 8.800 zusätzliche Studienplätze, für die wir natürlich auch die Komplementärmittel zur Verfügung stellen werden.

Selbstverständlich haben wir mit unseren Hochschulen schon die erforderlichen Umsetzungsschritte, die zu verfolgenden Ziele und Strategien besprochen. Ich freue mich, feststellen zu können, dass alle Hochschulen die Größe der Herausforderung verstanden haben und sich ihr offensiv stellen wollen. Wir werden mit den Hochschulen entsprechende Zielvereinbarungen abschließen. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auf zwei Pro-

bleme hinweisen, die wir zusammen mit den Hochschulen konstruktiv lösen werden:

Erstens. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht nur die vermeintlich „billigen“ Fächer ausgebaut werden, da dies weder den Interessen der Studierenden noch gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen entspricht. Wir werden deshalb z. B. großen Wert darauf legen, dass auch zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland im internationalen Wettbewerb der Ausbau von Ausbildungskapazitäten in den Natur- und Ingenieurwissenschaften von vorrangiger Bedeutung ist.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

In diesem Zusammenhang ist an den Fachhochschulen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft auch an eine deutliche Stärkung dualer Ausbildungskonzeptionen zu denken.

Zweitens. Es herrscht bei allen wissenschaftspolitisch Verantwortlichen in Bund und Ländern die gemeinsame Überzeugung, dass die Vereinbarung über 2010 hinaus fortgeführt werden muss, dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die erwähnte Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. Es könnte nur als Versagen staatlicher Wissenschaftspolitik angesehen werden, wenn man mit dem Ziel der Verkürzung von Ausbildungszeiten die gymnasiale Schulzeit um ein Jahr verkürzt, aber den dadurch betroffenen Jahrgängen zumutet, wegen verschärfter Zulassungsbeschränkungen an der Aufnahme eines Studiums gehindert zu werden.

Meine Damen und Herren, eine weitere wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Profilbildung der Hochschulen im Bereich Forschung und Lehre ist die entsprechende räumliche Ausstattung unserer Hochschulen. Sie wissen, dass im Rahmen der Föderalismusreform die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau 2006 abgeschafft worden ist.

Wir in Hessen sind die Einzigen, die dies genutzt haben. Wir nutzen dies in Hessen für die Entwicklung eines bundesweit einzigartigen Investitionsprogramms. Frei von vielerlei bürokratischen Hemmnissen, die das Hochschulbauförderungsgesetz mit sich brachte, wollen wir die bauliche Grunderneuerung unserer hessischen Hochschulen vorantreiben. Das projektierte Investitionsvolumen für unser Programm HEUREKA beträgt für eine zwölfjährige Laufzeit 3 Milliarden €.

(Beifall bei der CDU)

Zum Vergleich: In den vergangenen zwölf Jahren wurde weniger als die Hälfte für den Hochschulbau zur Verfügung gestellt – dies trotz einer deutlichen kontinuierlichen Steigerung der Hochschulbauinvestition seit 1999.

Wir betreten mit HEUREKA konzeptionell, aber auch in der methodischen Herangehensweise, nämlich einer konsequenten Orientierung der Neubauten sowie der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen an den Nutzerinteressen, auch bundesweit gesehen Neuland. Wir wollen, um es ganz plakativ auszudrücken, „schön“ bauen, ästhetisch anspruchsvolle Bauwerke zustande bringen – ich lade Sie alle ein, zum Campus Westend zu gehen, wo wir dabei sind, dies umzusetzen –, in denen zu forschen, zu lehren und zu studieren einfach Freude macht. Da wir auf wissenschaftliche Dynamik setzen, werden wir die Gebäude so auslegen, dass sie flexibel auf veränderte Anforderungen ausgerichtet werden. Mein Kollege, Herr Finanzminister Weimar, hat dafür den sehr plastischen und eingän-

gigen Begriff der „atmenden Gebäude“ geprägt. Im Übrigen wollen wir, soweit es räumlich möglich ist, je nach Standort die Campusidee verwirklichen.

Meine Damen und Herren, HEUREKA ist mehr als ein Sanierungsprogramm, es ist wirklich ein Erneuerungsprogramm, das das hessische Hochschulwesen bis zum Jahre 2020 zu dem vermutlich modernsten in Deutschland entwickeln wird.

(Beifall bei der CDU)

Dies haben auch die Präsidenten der anderen Hochschulen anerkannt. Sie alle begrüßen dieses Programm und sagen, sie hätten seit Jahrzehnten darauf gewartet.

Wir erwarten von HEUREKA einen Innovationsschub in Forschung und Lehre. Die Verbesserung der Infrastruktur erhöht die Chancen unserer Hochschulen im nationalen und internationalen Wettbewerb um Studierende und Wissenschaftler, um Drittmittel für Forschung und Entwicklungsvorhaben; sie schafft Voraussetzungen, das Ziel der Exzellenz besser als bisher zu verfolgen.

Meine Damen und Herren, im März 2002 hat der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon die auf zehn Jahre angelegte sogenannte Lissabon-Strategie beschlossen, mit dem Ziel, dass sich die Europäische Union zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissenschaftsbasierenden Wirtschaftsregion entwickelt. Die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten der Länder haben am 13. Dezember 2006 beschlossen, in diesem Rahmen verstärkt Anstrengungen zur Entwicklung von Forschung und technologischen Innovationen zu unternehmen. Hessen wird seinen Beitrag zur Lissabon-Strategie durch eine deutliche Stärkung seiner Forschungs- und Innovationskraft mit einem eigens dazu aufgelegten Landesprogramm leisten.

Ich betone: Der Finanzminister sagt, wir würden uns dabei gesetzestreu verhalten. – Diese Forschungs- und Innovationsinitiative wird ein Landesprogramm außerhalb des Hochschulpakts und außerhalb der bestehenden institutionellen Förderung der Forschungseinrichtungen in Hessen werden. Sie wird mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet werden.

Als Ziel verfolgen wir dabei, durch eindeutige wissenschaftspolitische Impulse eine nachhaltige Veränderung der hessischen Forschungslandschaft zu erreichen. Durch die Vernetzung und Verstärkung der in Hessen vorhandenen wissenschaftspolitischen Kompetenzen werden wir die Wettbewerbsfähigkeit hessischer Wissenschaftseinrichtungen weiterhin stärken und ihre Innovationskraft für die Entwicklung der Wirtschaft und der Gesellschaft nutzen. Wir wollen den Anteil der Einrichtungen in Hessen steigern, die an der gemeinsamen Forschungsförderung des Bundes und der Länder partizipieren. Wir wollen unsere Forschungseinrichtungen in die Lage versetzen, in größerem Maße als bisher an überregionalen Forschungsprogrammen zu partizipieren, und zwar durch erfolgreiche Einwerbung von Drittmitteln.

Wir stärken auch den anwendungsbezogenen Bereich mit unmittelbarem Bezug zur wirtschaftlichen Infrastruktur. Das führt zur Schaffung hoch qualifizierter Arbeitsplätze.

In diesem Zusammenhang liegt uns besonders am Herzen, die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen zu stärken, damit sie zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen können. Dies soll durch die Förderung einer nachhaltigen Kooperation mit unseren Hochschulen erfolgen.

Die Diskussion über die Forschungsinitiative des Landes ist noch nicht ganz abgeschlossen. Dennoch sind die Konturen sichtbar. Angedacht ist eine differenzierte Förderungsstrategie:

Erstens. Wir wollen wissenschaftliche Zentren fördern, die zu bestimmten im Fokus stehenden Themen Kooperationen zwischen den Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf der Basis schon exzellent entwickelter Forschung herstellen.

Zweitens. Wir wollen des Weiteren durch gezielte Förderung von Schwerpunkten dort, wo in ersten Ansätzen wissenschaftliche Exzellenz bereits erkennbar ist, einen Entwicklungsprozess in Gang setzen, der im Ergebnis zu einer dauerhaften Schwerpunktsetzung an den Hochschulen oder zur Ausbildung weiterer wissenschaftlicher Zentren führen kann.

Drittens. Wir wollen Modelle und Pilotprojekte zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und den Hochschulen auf den Weg bringen.

Die Mittel sollen in einem Verfahren mit Wettbewerb vergeben werden. Wir wollen dazu einen hochkarätigen, mit unabhängigen, nicht aus Hessen stammenden Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft besetzten Programmbeirat einrichten, der sicherstellt, dass die Entscheidungen hinsichtlich der Förderung ausschließlich nach Qualitätskriterien getroffen werden.

Nicht ohne Stolz möchte ich zu diesem Programm feststellen, dass es so etwas in der Wissenschaftspolitik des Landes Hessen bisher nicht gegeben hat. Ich sage ganz offen: Wenngleich das Abschneiden unserer Universitäten bei der Exzellenzinitiative bisher schon respektabel ist, haben wir doch auch künftig allen Anlass, ehrgeizige Ziele anzustreben. HEUREKA und die Initiative des Landes zur Umsetzung der Lissabon-Strategie markieren Meilensteine in der hessischen Wissenschaftspolitik. Sie werden einen Qualitätssprung bewirken, der dem hessischen Wissenschaftssystem bisher nie gekannte Entwicklungsperspektiven eröffnen wird. Durch die Beteiligung an dem Hochschulpakt 2020 sichern wir die Ausbildungsinteressen der jungen Generation in einer schwierigen Phase bis zum Jahr 2020. Damit stellt sich Hessen allen Herausforderungen, die es in der Wissenschaftspolitik in den nächsten Jahren geben wird.

Wir tun dies nicht reaktiv, sondern mit einer offensiven Strategie, die weit über die Tagesaktualität hinausgeht. Damit werden die Voraussetzungen zur Entwicklung der Exzellenz in allen Bereichen wissenschaftlicher Forschung und Lehre geschaffen.

Es bedarf eines langen Atems, diese Programme umzusetzen. Wir haben aber bereits unter Beweis gestellt, dass wir mit jedem Schritt und in jedem Jahr die positiven Auswirkungen dieser Initiativen werden registrieren können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin mir deshalb sicher und ich bin zuversichtlich, dass das hessische Wissenschaftssystem in der nächsten Legislaturperiode im Vergleich der Bundesländer in die Spitzengruppe der Bundesrepublik Deutschland kommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es wird national und international profiliert und wettbewerbsfähig sein.

Ich bin genauso zuversichtlich und sicher, dass an unseren Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen eine Aufbruchstimmung in Gang gesetzt werden wird, die zusätzliche Kräfte wecken und eine eigene Dynamik entfalten wird. Entsprechende Reaktionen haben wir bereits erlebt, als wir mit dem Programm HEUREKA an die verschiedenen Standorte gegangen sind.

Ich würde mich freuen, wenn die Mitglieder aller Fraktionen des Hessischen Landtags diesen Weg zum Wohle unseres Landes konstruktiv begleiten und die Initiativen unterstützen würden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat nun Herr Kollege Siebel für die Fraktion der SPD.

#### **Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich will mit etwas aus der griechischen Historie anfangen. Es ist eine Anekdote aus Griechenland, die uns überliefert, dass Archimedes von Syrakus vor mehr als 2.000 Jahren, nachdem er während eines Wannenbads das Archimedische Prinzip entdeckt hatte, freudig durch die Stadt lief und „Heureka“ ausrief. Seitdem steht dieser Begriff für das Lösen schwieriger Aufgaben.

Auch Sie stehen manchmal vor schwierigen Aufgaben. – Sie freuen sich so. Auch Sie stehen manchmal vor schwierigen Aufgaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nicola Beer (FDP))

So ähnlich muss es auch im Ministerium für Wissenschaft und Kunst oder in der Staatskanzlei zugegangen sein. Vor etwa einem Monat saß man, sicherlich nicht im Whirlpool, sondern an einem Tisch zusammen und überlegte sich, wie man diese schwierige Aufgabe bewältigen könnte. Im Ministerium brüten seit Monaten die Ministerialbeamten gemeinsam mit den Hochschulpräsidenten über der Novelle des Hochschulgesetzes und kommen nicht voran. Auf hessischen Marktplätzen tobt seit Monaten ein Kampf gegen die Landesregierung, nämlich gegen die von ihr geplante Einführung der Studiengebühren.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kühne-Hörmann, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, Sie haben immer noch nicht wahrgenommen, dass 70 % der Bevölkerung die Einführung der Studiengebühren ablehnen. Das lehnen nicht nur die Studierenden dieses Landes ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Staatsminister, trotz leistungsorientierter Mittelzuweisung werden Sie im Land nicht mehr anerkannt. Hinzu kommt auch noch das bundesweit durchgeführte Ranking, das zum Ausdruck gebracht hat, dass sich Herr Staatsminister Corts nicht nur bei den Studierenden, sondern auch bei den Professoren im ganzen Land hinsichtlich der Beliebtheit auf dem letzten Platz befindet. Herr

Staatsminister, Herr Ministerpräsident, ich muss sagen: Da gibt es in der Tat eine schwere Aufgabe.

Dann rief jemand aus: Heureka, ich habe es. Wir machen das beim Hochschulbau genauso, wie wir es bei den Feuerwehrautos gemacht haben. Wir versprechen im Land, dass wir das, was wir momentan ausgeben, auch noch in 13 Jahren, also im Jahr 2020, ausgeben werden. Da kommt man auf die nette Summe von fast 3 Milliarden €.

(Demonstrativer Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Michael Boddenberg (CDU): Herr Kollege, wir investieren!)

Da kommen also fast 3 Milliarden € zusammen. Da hat Dirk Metz richtig gerechnet.

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist eine gute Investition!)

Da fehlten noch 600.000 €. Die wurden obendrauf getan. Daraus kann man dann ein Programm machen.

HEUREKA war also die Lösung für das schwierige Problem, das miserable Bild der Landesregierung ein bisschen zum Guten hin zu verändern. Auf der Basis von Hilfgutachten wurden dann schnell die Folien zusammengestellt. Das Ganze wurde dann „Hochschulentwicklungs- und Umbauprogramm: Erneuerung, Konzentration und Ausbau von Forschung und Lehre in Hessen“ genannt. Dann ging es weiter wie bei einer Spielshow im privaten Fernsehen. Da fehlt nämlich noch das R. Deswegen wurde aus der „Erneuerung“ die „Runderneuerung“. Damit sind die Buchstaben zusammengeführt und es ergibt sich HEUREKA. Das ist aber keine Politik. Vielmehr handelt es sich um eine Marketingstrategie,

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Nicola Beer (FDP))

die aus der Not heraus geboren wurde, dass Sie hinsichtlich der Fragen der Hochschulen ein schlechtes Image haben, da also schlecht dastehen.

(Michael Boddenberg (CDU): Herr Kollege, das scheint Sie aber zu ärgern!)

– Das ärgert mich überhaupt nicht. Vielmehr möchte ich noch einmal an das Archimedische Prinzip erinnern.

(Michael Boddenberg (CDU): Gönnen Sie den Studenten und Hochschulen doch auch einmal etwas!)

Die, die sich damit ein bisschen auskennen, wissen, dass bei Schiffen Auftrieb und Gewicht entgegenwirken. Bei Schiffen und Luftschiffen, die mit Gas gefüllt werden, ist deren Dichte geringer als die des umgebenden Mediums. Deshalb schwimmen bzw. fliegen sie.

In der Tat weiß ich einiges. Ich weiß aber noch mehr. Offensichtlich hat sich die Landesregierung das Prinzip mit der heißen Luft zu eigen gemacht. Unsere Aufgabe als Mitglieder der Opposition ist es, dies offenzulegen.

Diese Regierungserklärung war wieder einmal ein Beispiel dafür, dass diese Landesregierung Politik nach dem Prinzip zu machen gedenkt: Leuchttürme, Glamour und heiße Luft. Das ist die Hochschulpolitik der CDU. Es ist aber keine Hochschulpolitik mit Substanz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Boddenberg, da wir heute für dieses Thema etwas mehr Zeit haben, möchte ich Ihnen nicht nur mit sieben Punkten nachweisen, worin die Defizite bestehen, sondern ich will auch an der einen oder anderen Stelle ein Bild entwerfen, das zeigt, wie die Hochschulpolitik nach unserem Verständnis anders sein könnte und aussehen kann bzw. muss.

Erstens geht es dabei um die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Wir haben uns in Hessen gemeinsam auf den Weg gemacht und mit dem Modellgesetz für die Technische Universität Darmstadt einen neuen Weg beschritten. Wir haben Rechte, die bisher der Ministerialbürokratie zustanden, herausgelöst und der Hochschule in Darmstadt übertragen. Die Universität sucht jetzt ihre Professoren selbst aus. Sie stellt sie ein. Sie verwaltet und gestaltet ihre Bauangelegenheiten. Das Wichtigste aber vielleicht ist: Sie entscheidet in eigener Verantwortung über ihre inneren Strukturen.

Auf dem gerade in der vergangenen Woche stattgefundenen, von der Landesregierung initiierten Kongress zur Frage der Auswanderung deutscher Wissenschaftler sagte der ehemalige Präsident der Technischen Universität Darmstadt, Herr Prof. Wörner, dass hauptsächlich aufgrund dieser Autonomie ein neuer Geist in die Hochschule eingezogen sei. Er stellte die Akzeptanz für die Wissenschaft und den Lobbyismus für die Wissenschaft heraus. Die Autonomie habe, wie er sagte, das Bild von dem Elfenbeinturm der Wissenschaft zerstört. Das ist gut so. Es gab Gründe, weshalb wir über Jahrzehnte gegen das protestiert haben, was mit diesem Bild des Elfenbeinturms verbunden ist.

Wir haben aber aus dem Modellversuch auch gelernt. Zumindest die Mitglieder der SPD-Fraktion haben aus ihm gelernt. Wir haben gelernt, dass es falsch ist, dem als legitimes demokratisches Gremium eingerichteten Hochschulrat keine starken Rechte einzuräumen.

Er nimmt frei schwebend in einem Maß auf die Hochschule Einfluss, wie es nicht gut kommt. Das Drama, das wir momentan an der Technischen Universität Darmstadt erleben, das wir in Marburg erlebt haben und, ich sage voraus, das wir in Frankfurt erleben werden, ist doch ein Ergebnis davon, dass wir nicht mehr demokratisch legitimierte Gremien haben, die die zentralen Entscheidungen der Präsidentenwahl treffen, sondern frei schwebende. Das ist falsch, und das müssen wir nach unserem Verständnis in den Hochschulgesetzen korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Die Hochschulen haben in der SPD-Fraktion alle Unterstützung, was die Autonomie angeht, aber mit demokratischen Strukturen innerhalb der Hochschulen und ohne starke Rechte der Hochschulräte.

Ein zweiter Punkt: finanzielle Rahmenbedingungen. Wissen braucht Unterstützung. Ich nenne einmal durchaus im Sinne der kantschen Kritik der Überprüfung und der Sicht und Analyse ein paar nüchterne Zahlen. Es geht um die durchschnittliche Finanzausstattung der hessischen Hochschulen gegenüber dem Bundesdurchschnitt. Herr Staatsminister, vielleicht lesen wir unterschiedliche Untersuchungen. Das Statistische Bundesamt hat bei der durchschnittlichen Ausstattung der Universitäten pro Studierenden Hessen auf Platz 11 gesehen – mit durchschnittlich 3.800 €.

(Michael Boddenberg (CDU): Wo kommen die denn her, Herr Kollege? Das ist doch unglaublich, dass Sie das vortragen!)

– Herr Boddenberg, es ist hinter Niedersachsen mit 11.000 €. Hessen ist hinter Hamburg, dem Saarland, Schleswig-Holstein, natürlich hinter Bayern und Baden-Württemberg, aber auch hinter Nordrhein-Westfalen und Mecklenburg-Vorpommern. Herr Boddenberg, es sieht nicht anders bei der laufenden Finanzausstattung von Professoren an Universitäten aus. Hessen ist hier erneut nur auf Platz 11 mit 490.000 €, an der Spitze Nordrhein-Westfalen mit 712.000 € – Hessen hinter Niedersachsen, Berlin, Hamburg, natürlich wieder hinter Bayern und Baden-Württemberg, aber auch hinter Sachsen-Anhalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dieses hat eine Auswirkung. Herr Corts, das hat die Auswirkung – das ist in Ihrer Regierungszeit passiert –, dass Hessen bis 2003 Einwanderungsland für Studierende war, aber seit 2004 bei den Studierenden im Wandersaldo – d. h. im Vergleich zu den Abiturienten eines Altersjahrganges – ein Auswanderungsland geworden ist.

Das sind doch Fakten, die Sie nicht einfach wegreden können. Das ist ein Verlust von Qualität in unserer Hochschullandschaft. Das können Sie in Hessen mit einer Marketingabteilung und mit einer Regierungserklärung als Erfolg Ihrer Politik bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu Ihrer leistungsorientierten Mittelzuweisung. Darüber haben wir schon verschiedentlich diskutiert. Das Modell, das Sie entwickelt haben, ist doch keine Mittelzuweisung. Das ist eine Abkehr davon. Es ist ein Verteilungssystem eines bestimmten Betrages X. Die leistungsorientierte Mittelzuweisung, die Frau Wagner gemacht hat, war ein gänzlich anderes Modell gewesen.

(Beifall der Abg. Nicola Beer (FDP))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können uns darüber streiten, in welchen Schritten wir zu einer Verbesserung kommen. Wir haben Ihnen Jahr für Jahr vorgezeichnet, was an Hessens Hochschulen fehlt – zuletzt 300 Millionen € im Jahr 2004. Das sind Fakten, mit denen Sie sich auseinandersetzen müssten, aber Sie tun es nicht in Ihrer realen Hochschulpolitik.

Ein dritter Punkt: soziale Rahmenbedingungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich werde nicht müde werden, diese Landesregierung darauf hinzuweisen, dass ihr Weg der Einführung von Studiengebühren der falsche Weg ist.

(Beifall bei der SPD)

In diesen Tagen wird die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren von unten mit Erfolg gekrönt werden und werden die notwendigen Unterschriften zur Einreichung einer weiteren Verfassungsklage gesammelt sein.

(Michael Boddenberg (CDU): Ein ziemlich schleppender Vorgang, Herr Kollege!)

– Herr Boddenberg, wenn Sie das seitens der CDU diskreditieren. Ich weiß, dass in den von Ihnen regierten Kommunen den Initiativen – getragen von DGB und der Landesastenkonzferenz – alle Knüppel zwischen die Beine geschmissen worden sind, die man nur zwischen die Beine schmeißen kann.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach du liebe Zeit, als wenn die sich Knüppel zwischen die Beine schmeißen ließen!)

Und Sie als Frankfurter führen noch das Wort. Wir werden in den ersten Tagen nach der Regierungsübernahme die Studiengebühren abschaffen, weil sie sozial ungerecht sind und weil sie sich gegen die Köpfe, die wir in unserem Land mobilisieren müssen, richten.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zur sozialen Lage noch eine zweite Bemerkung machen, zum BAFöG. Die Koalitionsvereinbarung in Berlin legt fest, dass in dieser Legislaturperiode an der Ausbildungsförderung nichts verändert wird. Ich sage bewusst: Das ist für die SPD ein Erfolg gegenüber der Diskussion, die wir immer wieder aus der CDU hören, die am liebsten das BAFöG ganz abschaffen oder zumindest auf Volltdarlehen umstellen will.

Vor dem Hintergrund, dass wir aber alle Köpfe brauchen, müssen wir in Zukunft, nach 2009, auch am BAFöG in der Höhe und in der Struktur Veränderungen vornehmen. Das ist die Maßnahme, die – getragen vom Bund gemeinsam mit den Ländern – vollzogen werden muss, um wieder mehr soziale Gerechtigkeit für diejenigen, die an Hochschulen studieren wollen, walten zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Punkt. Wir brauchen Innovation, und wir brauchen Wissenstransfer. Die Wissensregion Hessen ist suboptimal aufgestellt. Wenn ich das als Oppositionspolitiker sagen würde, würden Sie sagen: Na ja, das ist geneigt.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Der Herr Boddenberg reagiert ganz pawlowsch: Der Siebel macht das mal wieder.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie scheinen viele Büttreden zu halten!)

Herr Boddenberg, nein, ich zitiere den Innovationsmonitor des Hessischen Statistischen Landesamtes. Jetzt schauen Sie einmal ein bisschen bescheidener unter sich. Dieser stellt fest, dass der Mut zu eigenständigen Investitionen im mittelständischen Bereich in Forschung und Entwicklung als eher zurückhaltend einzustufen ist. Dieser Bericht sagt, dass sich die Ausgaben für Forschung und Entwicklung im Zeitraum von 1997 bis 2003 – Herr Boddenberg, da haben Sie regiert, das wollte ich Ihnen gerade einmal sagen – nicht verändert haben, ganz im Gegensatz zu den Zentren in Bayern und Baden-Württemberg.

Staatsminister Corts hat darüber gesprochen. In Hessen liegen wir immer noch unter dem Lissabon-Ziel, 3 % des Inlandproduktes für Forschung und Entwicklung auszugeben – ganz im Gegensatz zu den Zentren in Berlin, Bayern und Baden-Württemberg, die schon seit Längerem über 3 % liegen.

(Rafael Reißer (CDU): Das erzählt er immer wieder!)

– Herr Reißer, das erzähle ich deshalb immer wieder, weil es wahr ist und Sie diese Realität offenbar nicht wahrnehmen wollen. Das ist doch Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

In Hessen steuert die Wirtschaft 82 % zu. Der Staatsfaktor beträgt nur 6 %, die Hochschulforschung 12 %.

(Michael Boddenberg (CDU): Loben Sie doch einmal die Wirtschaft!)

– Herr Boddenberg, das tue ich hiermit. Ich lobe an diesem Punkt die Wirtschaft in Hessen ausdrücklich, insbesondere die im Rhein-Main-Gebiet. Aber genauso kritisiere ich diese Landesregierung, die es offensichtlich nicht auf die Reihe bringt, ihren Anteil zur Verwirklichung der Lissabon-Strategie und des Lissabon-Zieles umzusetzen. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist festzustellen, dass in Hessen die Forschung zunehmend kapitalisiert wird. Das ist ein Punkt, der nicht in die Abteilung Lob der Wirtschaft gehört, denn Kapitalisierung der Forschung heißt, dass dies Arbeitsplätze vernichtet und somit Innovationspotenzial in der Region zerstört wird.

Es geht nicht nur um eine Bezugnahme auf die Anwendungsmöglichkeiten oder die notwendigen Abstimmungen von Ausbildungsinhalten in Bezug auf die Praxistauglichkeit der Absolventen. Es geht um die Wahrnehmung von gesellschaftlicher Verantwortung des Wissenschaftssystems auf der einen Seite und um die verfassungsmäßige Freiheit der Lehre und Forschung auf der anderen Seite. Diese wird im Rahmen der eigenverantwortlichen Organisation der Hochschulen zuerst deren Auftrag und deren Aufgabe sein und ihren Niederschlag in Zielvereinbarungen zwischen den Hochschulleitungen und den Fachbereichen finden.

Dazu gehört auch die Bildung gemeinschaftlicher Institutionen von Universitäten und Fachhochschulen. Aber gerade zwischen mittelständischen Unternehmen und Hochschulforschung muss die Kooperation in regionaler Verantwortung verbessert werden, müssen die Aktivitäten der Hessen-Agentur, des TTN, der regionalen Transfernetzwerke neu ausgerichtet werden.

Wir werden deshalb an hessischen Hochschulen den Prozess der Ideenfindung und der Patentierung bis hin zur Vermarktung des Wissens voranbringen. Den Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss über ein hessisches Verwertungsnetzwerk Hilfestellung bei der Patentierung und der Verwertung gegeben werden. Da sage ich auch: Etwaige Erträge müssen zumindest zu einem Teil den Hochschulen für weitere Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Punkt. Hessen ist ein Hochschulland der Regionen. Wir brauchen in Hessen eine Hochschulentwicklungsplanung. Wir wissen, dass 80 % der Wertschöpfung dieses Landes in Südhessen generiert werden. Wir wissen, dass 36 % der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Südhessen getätigt werden, in Mittel- und Nordhessen jeweils nur 6 %. Daraus resultiert entsprechend die Anzahl der Patentanmeldungen.

Aber ich habe bereits gesagt, dass dies nicht oder nur zu einem geringen Teil Verdienst der Hochschulen oder der Hochschulforschung ist. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Hochschulentwicklung in Hessen nicht nur als Hochschulentwicklung in Frankfurt zu verstehen ist.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Verständnis dafür, wenn der Wissenschaftsminister als Abgeordneter aus Frankfurt und als Unterbezirksvorsitzender, als Vorsitzender des Unterbezirks Frankfurt

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist lächerlich! – Nicola Beer (FDP): Kreisvorsitzender!)

– seien Sie doch nicht so aufgeregt, Herr Boddenberg, das ist alles die Realität –, ein besonderes Augenmerk auf Frankfurt legt. Deshalb wiederhole ich unsere Forderung nach einem Landeshochschulentwicklungsplan für Hessen. Wir brauchen eine abgestimmte Planung und Entwicklung der fünf Hochschulregionen mit eigenem Profil und mit einem guten University Management.

Dazu gehört der Hochschulbau. Zu den Planungen habe ich schon Entsprechendes gesagt. Dazu gehört auch, dass Sie die Chance des Hochschulpaktes 2020 aufnehmen. Sie haben nach mehrfacher Aufforderung der Opposition jetzt endlich gesagt: Ja, wir schaffen in Hessen die 8.803 Plätze. – Nach mehrfacher Aufforderung der Opposition haben Sie es jetzt kundgetan.

Herr Corts, den Hochschulpakt 2020 kann man so saft-, kraft- und ideenlos administrieren, wie Sie das getan haben, nämlich die Mittel nach dem Prinzip „Gießkanne“ auf alle hessischen Hochschulen verteilen. Sie können aber auch mit der Verwirklichung des Hochschulpaktes 2020 gestaltend wirken, indem Sie z. B. sagen: Wir versuchen über diese Methode, das Ziel 40 % der Studienplätze an den Fachhochschulen zu realisieren. – Das wäre nach unserem Verständnis ein gestaltender Hochschulpakt 2020 und nicht nur ein administrierender. Sie administrieren, und an dem Punkt verwehren Sie sich, zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sechster Punkt. Ich war überrascht, erstaunt und erfreut, dass Sie in Ihrer Rede Ihr großes Interesse am Thema Frauenförderung kundgetan haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hören die Worte gern. Aber, Herr Staatsminister Corts, darf ich Sie einmal daran erinnern, dass es Anträge der SPD-Fraktion zur leistungsorientierten Mittelzuweisung im Hinblick auf die Frauenförderung gegeben hat, Anträge, die von den Vorschlägen der Landeskonzferenz der Frauenbeauftragten an den Hochschulen getragen waren? Herr Staatsminister, darf ich Sie an die Haushaltsanträge der SPD-Fraktion erinnern, in denen wir die Förderung von Graduiertenschulen insbesondere zur Förderung des weiblichen Nachwuchses gefordert haben? Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU – Herr Corts, Sie sind Mitglied der CDU-Fraktion –, darf ich Sie daran erinnern, dass Sie all diese Anträge abgelehnt haben? Herr Staatsminister Corts, reden wir hier eigentlich noch über dieselbe Veranstaltung? Sie reden hier von Frauenförderung, und noch vor einem Jahr haben Sie sämtliche Anträge, die diesen Bereich konzeptionell voranbringen würden, abgelehnt. Das kann doch niemand ernst nehmen, das nehmen nicht einmal Sie selbst ernst.

(Beifall bei der SPD)

Herr Staatsminister, wir lassen es Ihnen nicht durchgehen, dass Sie vier Jahre allein und fast zehn Jahre in Verantwortung regieren, jetzt im Bereich der Frauenförderung sagen: „Es brennt, es brennt“, und das Feuer ist durch Ihr Versäumnis zustande gekommen.

(Nicola Beer (FDP): Zehn Jahre? – Gegenruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gefühlte zehn Jahre!)

Deshalb werden wir mit der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei den Frauen Ernst machen, durch Parameter in der Mittelverteilung, durch Graduiertenpro-

gramme, durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Betreuung von Kindern und – ich sage es an der Stelle noch einmal – durch die Abschaffung der Studiengebühren. Denn auch dies ist Förderung von jungen Frauen, insbesondere mit Kindern, an hessischen Hochschulen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mein siebter und letzter Punkt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich bitte, dann auch zum Schluss zu kommen, Herr Kollege.

**Michael Siebel (SPD):**

Wir müssen den Bologna-Prozess voranbringen. Wir sind in Hessen beim Bologna-Prozess immer noch hinten, nach dem HRK-Bericht mit 38,2 %; andere Länder liegen teilweise deutlich über 70 %. Wenn die Umsetzung des Bologna-Prozesses ein Ausweis dafür ist, dass unsere Hochschulen zukunftsfähig sind, dann hinken wir in Hessen leider immer noch hinterher – ein Ergebnis Ihrer Regierungspolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen in sieben Punkten nachgewiesen, dass das, was Sie an Regierungspolitik im Hochschulbereich vorgelegt haben, suboptimal gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahl sieben hat eine besondere Bedeutung: die sieben Zwerge, die im Märchen des Schneewittchen hinter den sieben Bergen auftreten, die sieben Weltwunder.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, ich habe schon Zeit zugelegt. Ich habe die Überziehung der Redezeit von Herrn Corts schon aufgeteilt. Ich habe Sie erst bei 21 Minuten gebeten, zum Ende zu kommen. Sie sind jetzt in der 23. Minute – nur, damit Sie wissen, dass ich Sie nicht benachteilige, sondern wie andere Redner bevorteile, indem ich das schon aufgeteilt habe. Kommen Sie bitte zum Ende. – Danke schön.

**Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, ich danke für Ihre Großzügigkeit.

Die Zahl sieben hat eine besondere Bedeutung. Es gibt die sieben Weltwunder; diese Regierungspolitik gehört nicht zu den sieben Weltwundern. Heute hat die Zahl sieben noch eine neue Bedeutung bekommen: Es gibt sieben Gründe, die Regierung Koch und ihre Hochschulpolitik am 27. Januar 2008 abzuwählen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Frau Sorge für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.



**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung hat leider wenig Neues, wenig Konkretes und noch viel weniger Innovatives enthalten. Der Minister hat eine ganze Anzahl von Problemen und Herausforderungen an die Wissenschaftspolitik gestreift. Er hat aber leider vergessen, Lösungen für diese Probleme anzubieten. Schauen wir daher doch noch einmal genauer hinter die Kulissen: Was sind heute die dringenden Anforderungen an eine zukunftsweisende Wissenschaftspolitik, und inwieweit ist Hessen diesen Anforderungen gewachsen?

Meiner Ansicht nach – aber es ist nicht nur meine, sondern die Ansicht aller, die sich in der hessischen Wissenschaft oder auch im Feuilleton bewegen – sind es die: Wir brauchen mehr Studierende und mehr Absolventinnen und Absolventen. Wir brauchen eine verstärkte Chancengerechtigkeit. Wir brauchen sehr viel bessere Studienbedingungen und eine bessere Lehre. Wir brauchen gute Forscherinnen und Forscher mit exzellenten Ideen. Wir brauchen auch eine sehr viel stärkere Förderung der Chancengleichheit von Frauen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, autonomere Hochschulen brauchen wir selbstverständlich auch. Diese sind aber kein Selbstzweck, sondern ein Weg zur Erreichung anderer wichtiger Ziele. Das Gleiche gilt für die Umstellung auf die Bachelor- und Masterabschlüsse.

Ich komme zum ersten und meiner Ansicht nach wichtigsten Punkt. Wir brauchen mehr Studierende und vor allem mehr Absolventinnen und Absolventen. Wir beten es als GRÜNE schon seit Jahren in fast jeder Rede herunter. Wir haben schon jetzt teilweise einen Fachkräftemangel. Aber neben diesem Fachkräftemangel ist noch viel schwerwiegender, dass sich die Arbeit der Zukunft entwickelt und wir diese Entwicklung heute schon mitbekommen: Wir werden in Zukunft mehr und mehr wissensbasierte Arbeit haben, und insofern müssen wir die Ausbildung unserer jungen Leute, der nachkommenden Generation, darauf umstellen. Das bedeutet logischerweise, dass das, was heute noch im dualen Ausbildungssystem geleistet werden kann, in Zukunft mindestens mit einem FH-Abschluss ausgebildet werden muss. Denken wir nur an simple Bereiche wie Kfz-Mechaniker, der heute schon mindestens ein Mechatroniker ist, wenn nicht in Richtung FH-Abschluss geht. Aber auch in anderen Berufen entwickelt sich so viel, geht so viel in Richtung Technisierung, dass es einfach logisch ist, dass es nicht nur um die Zahl der jetzt an die Hochschulen Strebenden geht, weil wir höhere Schülerzahlen haben, sondern dass es mehr Bereiche gibt, in denen wissensbasierte Arbeit stattfindet und in denen wir dieses Wissen den Menschen, die dort arbeiten sollen, auch vermitteln müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt – das ist wieder ein sehr wissenschaftspolitisches Problem –, dass durch die von uns allen gewollte Umstellung der Studiensysteme auf die Bachelor- und Masterstudiengänge, die sehr viel betreuungsintensiver sind, die Aufnahmekapazitäten de facto heruntergegangen sind, weil durch diese intensivere Betreuung mit dem gleichen Geld weniger Studienplätze zur Verfügung stehen.

Das ist die Beschreibung des Problems. Jetzt schauen wir einmal hin, wie die Lösung aussieht. Bund und Länder haben sich in hartem Ringen auf diesen Hochschulpakt geeinigt; bundesweit sollen 90.000 Studienplätze bis zum Jahr 2010 zur Verfügung gestellt werden.

Jetzt hat der Wissenschaftsminister am 18. April in meinen PC, wo die Presseerklärungen des Wissenschaftsministeriums immer relativ schnell eingehen, um 16 Uhr paarundzwanzig mal eben so eine Presseerklärung hineinflattern lassen: „Hessen richtet bis 2010 gut 8.800 zusätzliche Studienplätze ein“. Da denkt man sich zuerst: Komisch, dass er so etwas, was eigentlich sehr gut klingt, an einem Mittwoch um halb fünf irgendwie mal eben so per Presseerklärung verkündet. – Wenn man aber genauer hinschaut, merkt man, woran es liegt. Denn er wollte, dass keiner genauer hinschaut.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Michael Boddenberg (CDU): Die Presse wird auch ohne Sie gemacht!)

– Herr Boddenberg, danke für das Kompliment. – Schauen wir genauer hin:

Die Hochschulen erhalten demnach eine Pauschalzuweisung pro zusätzlich vereinbartem Studienanfänger in Höhe von jährlich 4.250 € für eine Dauer von vier Jahren.

Dann vergleichen wir doch diese 4.250 € einmal mit den sogenannten Clusterpreisen aus der leistungsorientierten Mittelvergabe, also aus dem Haushalt. Clusterpreise sind der durchschnittliche Preis, der den Hochschulen für die Ausbildung von Studierenden in bestimmten Bereichen gewährt wird. Wir sehen hier Zahlen, die schwanken von dem zugegebenermaßen teuersten Ausbildungsplatz, das ist das Cluster Medizin und Zahnmedizin, von 23.597 € bis hin – das geht in 1.000er- oder 2.000er-Schritten herunter – zu einem einzigen Cluster, in dem tatsächlich 4.250 € zugewiesen werden. Das sind die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, allerdings nur an den Fachhochschulen. Das ist der billigste Ausbildungsgang.

Hier sehen wir doch gleich das Problem: Das ist wirklich eine Billiger-Jakob-Rechnung, die Sie uns vorgestellt haben. Sie können uns doch nicht weismachen, dass Sie tatsächlich 8.800 Studienplätze zur Verfügung stellen, wenn Sie sich mit der Finanzzuweisung an dem billigsten Studiengang orientieren. Diese Rechnung geht doch hinten und vorne nicht auf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie der Abg. Nicola Beer (FDP) – Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Taschenspielertricks sind das!)

– Herr Bocklet, Sie regen sich mit Recht über diese Taschenspielertricks auf. Aber ich kann noch weitergehen. Das ist nicht der einzige Taschenspielertrick, mit dem hier gerechnet wird.

Es ist nicht nur so, dass diese Zuweisung nicht stimmt, sondern wir mussten im Ausschuss auf Nachfrage auch noch erfahren, dass der Wissenschaftsminister zu dem, was bundesweit diskutiert wird – wir brauchen höhere Kapazitäten, wir brauchen mehr Studienplätze –, ohne mit der Wimper zu zucken, sagt: Die Studienplätze, die wir heute schon haben, worauf sich aber gerade keiner angemeldet hat, also die nicht ausgelastet sind, zählen wir bei der Schaffung von neuen Studienplätzen noch dazu. – Das würde ich als Milchmädchenrechnung plus bezeichnen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Milchbübchenrechnung!)

Meine Damen und Herren, wir merken schon: So richtig ist dem Wissenschaftsminister und der Landesregierung an dem Problem „Wir brauchen mehr Studierende“ auch nicht gelegen. Denn es gibt noch ein anderes Problem, bei dem der Wissenschaftsminister genau in die falsche Richtung geht. Herr Siebel hat es eben schon angesprochen. Alle Untersuchungen zeigen es, und es ist eine Binsenweisheit: Studiengebühren – so, wie sie hier in Hessen eingeführt worden sind, ohnehin – schrecken vom Studium ab.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben schon jetzt einen ersten Rückgang der Erstsemesterzahlen zu verzeichnen. Man kann noch nicht sagen, ob das daran liegt. Wir werden es aber sehr genau weiter beobachten. Wenn wir Gespräche mit Schülergruppen haben – ich denke, wir sind nicht die Einzigen, denen es so geht –, merken wir ganz eindeutig, dass insbesondere die Schülerinnen und Schüler aus den sogenannten bildungsfernen, aus den ärmeren Schichten sagen: Wenn Studiengebühren eingeführt werden, kann ich nicht studieren – Darlehen hin oder her.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das ist doch Unfug!)

Aktuell läuft die Verfassungsklage. Auch das hat Herr Siebel angesprochen. Wir werden sehen, wie das weitergeht. Meiner Ansicht nach ist der Sinn der Hessischen Verfassung hier ganz klar: Allein die Eignung soll über die Aufnahme eines Studiums entscheiden und nicht der Geldbeutel der Eltern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht hier nicht nur darum, ob Studiengebühren falsch oder richtig sind. Es geht auch darum, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir die Leute, in denen Potenzial steckt, die klugen Köpfe, an unsere Hochschulen und weiter als Professoren in die Wissenschaft lenken. Hier liegt es auf der Hand, dass wir die Potenziale nutzen müssen – auch von denen, die heute noch nicht genug gefördert werden.

Wir diskutieren das auch in der Schulpolitik immer wieder. Es betrifft nicht nur die Hochschulpolitik, sondern es fängt viel früher an. Es kann doch nicht sein, dass wir hier die Ärmern, die hohes Potenzial haben, von einem Studium ausschließen. Genau das ist auch das Problem an Ihrem Studiengebührengesetz. Denn die wirklichen Ausnahmen, die Sie vorsehen, haben mit allem Möglichen zu tun, aber keine einzige mit dem sozialen und finanziellen Hintergrund des Studierenden.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es fällt nicht zum ersten Mal auf, dass der Wissenschaftsminister die soziale Situation von Studierenden überhaupt nicht im Auge hat. Ich erinnere nur an eine der Diskussionen um die Einführung von Studiengebühren, als er hier ganz salopp sagte, die Studierenden sollten einige Päckchen Zigaretten und ein paar Bier weglassen, dann sei das alles kein Problem. Ich finde das einen wirklich zynischen Umgang mit der Situation von Studierenden.

(Armin Klein (Wiesbaden) (CDU): Wo leben Sie denn? – Michael Boddenberg (CDU): Rauchen sie?)

In diesem Zusammenhang muss ich fragen: Wo war eigentlich der hessische Wissenschaftsminister bei der Diskussion, die jüngst zur Erhöhung des BAföG stattgefunden hat? Hier hat es eine lobenswerte Initiative des Präsidiums der Frankfurter Universität gegeben, das seine Sorge in einem Brief an die Bundesbildungsministerin Schavan ausgedrückt hat. Ich zitiere daraus:

Der Anteil der BAföG-geförderten Studierenden an der Zahl aller Studierenden ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Die Lebenshaltungskosten sind von 2002 bis 2007 um durchschnittlich 1,77 % pro Jahr gestiegen. Da die BAföG-Sätze in diesem Zeitraum nicht erhöht wurden, verminderte sich der den geförderten Studierenden für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung stehende Betrag um insgesamt 10,62 %. Bei einem Wachstum der Bruttogehälter um insgesamt 1,2 % im gleichen Zeitraum verengt sich der finanzielle Spielraum der geförderten Studierenden in besorgniserregender Weise.

Weiter heißt es in dem Brief:

In dieser Situation die BAföG-Sätze bzw. die Elternfreibeträge nicht zu erhöhen bedeutet, jungen Menschen aus dem unteren Mittelstand und aus den einkommensschwächeren Familien die Entscheidung für die Bildung und für ein Studium in erheblichem Maße zu erschweren. Wir

– das Präsidium der Johann Wolfgang Goethe-Universität –

appellieren daher dringend an Sie, das BAföG noch einmal zu überdenken und entsprechend zu revidieren. Niemand darf aus finanziellen Gründen von einem Studium ausgeschlossen werden. Wir bitten Sie, zu Ihren eigenen Worten zu stehen, damit alle jungen Menschen in Deutschland ungeachtet ihrer finanziellen Möglichkeiten entsprechend ihrer Neigung und ihren Voraussetzungen das für sie geeignete Bildungsangebot wahrnehmen können. Dies entspricht nicht nur dem Gedanken von Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit, sondern auch dem dringenden Interesse unserer Gesellschaft, dass kein Talent unter den jungen Menschen verloren geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, diesem Brief und dieser Intention ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Auch wir wollen, dass in Hessen die Klügsten und nicht die Reichsten studieren. Auch wir wollen hier alle Potenziale nutzen. Aber der Wissenschaftsminister greift lieber den Studierenden in die Tasche, als die Probleme selbst zu lösen. So ist es auch mit den Studiengebühren. Natürlich brauchen wir bessere Studienbedingungen; natürlich wollen wir eine bessere Lehre. Ich frage mich nur: Warum sollen die Studierenden das zahlen?

Noch ein Beispiel dieser Billiger-Jakob-Politik, die der Wissenschaftsminister hier an den Tag legt. Die Studierenden sollen für die verbesserten Studienbedingungen in Zukunft 500 € oder mehr pro Semester zahlen. Der Wissenschaftsminister lobt sich in einer Presseankündigung – ich weiß nicht, um wie viel Uhr sie eingegangen ist; aber sie wurde nicht groß gefeiert – damit, dass er für die exzellente Hochschullehre sage und schreibe 250.000 € zur Verfügung stellt. Das klingt erst einmal ganz nett. Das ist

nicht wenig Geld. Aber um die Lehre zu verbessern, ist es wirklich lächerlich.

Wir haben hier vor Kurzem einmal über eine Anzeige der hessischen Hochschulen und der Landesregierung im „Scientific American“, einem amerikanischen Wissenschaftsmagazin, diskutiert, die für Hessen geworben hat. Diese Anzeige im „Scientific American“ hat 237.325 € gekostet. Man kann also sagen: Die Verbesserung der Lehre ist dem Wissenschaftsminister genauso viel wert wie eine Anzeige in einer US-amerikanischen Zeitschrift.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist doch nicht wahr? Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, die Absurdität dieser heutigen Regierungserklärung – Herr Siebel hat sie bereits angesprochen – fällt beim Thema Förderung der Chancengleichheit von Frauen ganz extrem ins Auge. Deswegen will ich zum Ende meiner Rede einen deutlichen Schwerpunkt auf diesen Bereich legen. Denn auch hier geht es darum, dass wir die Potenziale, die da sind, nutzen müssen.

Sie haben in Ihrer Rede die eklatante Unterrepräsentanz von Frauen selbst angesprochen. Herr Minister, Ideen und Lösungsansätze aber bietet die Landesregierung hier nicht. Wenn Sie selbst richtig argumentieren, dass wir, die gesamte Gesellschaft, es uns nicht leisten können, wichtige Potenziale brachliegen zu lassen, dann müssen Sie sich fragen lassen, welche Ideen für die Chancengleichheit von Frauen in der Wissenschaft Sie in Ihrer Regierungszeit entwickelt haben. Meine Damen und Herren, die Antwort ist: nichts, zumindest nichts Neues. Wenn man es sich ansieht, stellt man fest, sie haben tatsächlich nur Altes fortgeführt.

Jetzt sagen Sie heute – als wäre es Ihnen beim Schreiben der Rede gerade in den Kopf gekommen –, dass Sie insbesondere in den Naturwissenschaften mehr für Frauen tun wollen und dass ein Mentoring-Programm eine gute Idee wäre. Hierfür wollen Sie sogar Mittel bereitstellen. Hallo? Herr Corts, ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, ob Sie es selbst nicht wissen oder ob Sie meinen, andere an der Nase herumführen zu können: Es gibt bereits ein gut funktionierendes Mentoring-Netzwerk für Frauen, gerade in den Naturwissenschaften. Heute stand sogar ein großer Artikel darüber auf der Campus-Seite der „Frankfurter Rundschau“. Es ist auch gut, dass es das gibt. Denn gerade in den Naturwissenschaften ist die sogenannte „gläserne Decke“, die Frauen den Aufstieg in die Führungsetagen versperrt, noch wesentlich dramatischer als in anderen Bereichen. Gerade die Mentoring-Programme sind der richtige Weg; denn es fehlt den Frauen heute nicht an der Qualifikation – da sind sie den Männern in den meisten Bereichen inzwischen schon voraus –, sondern es fehlt an den Netzwerken und Seilschaften. Es fehlt in den Köpfen der Männer die Idee, nicht nur den Kumpelkollegen, mit dem man abends ein Bier trinken geht, für eine Professur vorzuschlagen, sondern stattdessen eine gut, wahrscheinlich meist besser qualifizierte Frau.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das Mentoring-Netzwerk ist also eine gute Idee, die Sie hier heute anerkannt haben. Dann lassen Sie uns bitte konkret werden. Zurzeit ist die Situation so: Bisher wurden die Mittel für das Mentorinnen-Netzwerk aus den HWP-Mitteln, einem Förderprogramm des Bundes, gezahlt. Dieses Programm wurde im Rahmen der Föderalismusvereinbarung aber abgeschafft. Zurzeit bekommen

die Hochschulen von der Landesregierung kein Geld für dieses Programm. Die Hochschulen halten es aber aus eigenen Mitteln aufrecht, weil sie es so wichtig finden.

Nun wollen Sie wirklich eigenes Geld in die Frauenförderung stecken. Ich finde es gut, wenn Sie das hier erklären. Aber, ehrlich gesagt, fehlt mir der Glaube daran. Ich habe den Verdacht, dass es sich hier doch wieder nur um die typischen cortsschen Seifenblasen handelt. Was wollen Sie denn tun? Wir haben es auch schon öfter gefordert und angesprochen. Herr Siebel hat gerade von den SPD-Haushaltsanträgen gesprochen. Ich habe Verständnis dafür, dass man nicht unbedingt die Anträge einer Oppositionsfraktion positiv bescheidet,

(Michael Siebel (SPD): Aber wenn sie doch gut sind?)

aber zumindest könnten Sie ein hessisches Frauenförderprogramm aufsetzen, das die bisherigen HWP-Mittel ersetzt. Zumindest dies hätten Sie Anfang des Jahres vorlegen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, was ist eigentlich mit den Frauen außerhalb der Naturwissenschaften? Natürlich haben wir in den Naturwissenschaften ein extremes Problem. Aber Sie sind doch auch sonst für die Förderung von Exzellenz. Warum betreiben Sie Frauenförderung nicht auch da, wo es jetzt schon gut läuft, aber immer noch nicht fifty-fifty oder chancengerecht zugeht? Wo ist die Initiative der Landesregierung für ein Mentoring-Projekt in anderen Bereichen? Wo ist es in der Pädagogik, der Psychologie oder der Tiermedizin?

Wir haben heute einen Tagesordnungspunkt verschoben, weil der entsprechende Bericht zu spät hereingekommen ist, der Bericht zum Gleichberechtigungsgesetz, Vorlage der Landesregierung, Drucks. 16/7186. Hierin sind die aktuellen Zahlen der Professuren enthalten. In der Tat ist der Frauenanteil an den Professuren bei den Ingenieurwissenschaften mit 4,9 % eklatant niedrig. Aber bei den Sprach- und Kulturwissenschaften – in Bereichen also, in denen es klassischerweise mit dem Frauenanteil besser aussieht – liegt der Anteil der Professorinnen auch nur bei 22,6 %.

Hier sind also noch dringend Hausaufgaben zu machen. Da Sie das heute so großspurig angekündigt haben, warte ich auf ein Landesprogramm, das Sie in nächster Zeit vorlegen werden. Aber auch hier habe ich den Verdacht, dass Sie sich in Ihrer Regierungserklärung in der Manier des billigen Jakob das Verdienst der Hochschulen an die Brust heften, obwohl Sie hier ganz eindeutig kein Förderer sind, sondern eher ein Steine-in-den-Weg-Leger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, gerne lasse ich mich eines Besseren belehren – aber dann bitte konkret.

Auch beim Punkt Chancengleichheit für Frauen müssten Sie, wenn Sie die Hochschulen wirklich fit für die Zukunft machen wollen, ein Konzept haben und es ausfinanzieren. Aber, wie gesagt: Fehlannonce. Wir warten darauf und sind gespannt, ob es in ein paar Monaten auf dem Tisch liegt.

Meine Damen und Herren, in Sonntagsreden bekennt sich die Landesregierung zur Frauenförderung und zur Verbesserung der sozialen Situation der Studierenden. Ihre Politik aber richtet sie nicht an diesen drängenden Zukunftsproblemen aus, sondern im Gegenteil baut sie

bei der Frauenförderung Mittel ab und legt den Studierenden aus ärmeren Verhältnissen mit Studiengebühren noch weitere Steine in den Weg.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Schluss kommen.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme gleich zum Schluss.

Das alles wird sich rächen. Vor ein paar Tagen wurde eine neue Studie veröffentlicht, der zufolge der deutschen Volkswirtschaft bereits jetzt durch den zunehmenden Mangel an Ingenieurinnen und Ingenieuren Milliarden-einnahmen verloren gehen. Das IW, das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft, spricht in diesem Zusammenhang von einer Wachstumsbremse; im Jahr 2006 hätten 48.000 geplante Stellen für Ingenieurinnen und Ingenieure nicht besetzt werden können. Dieser Ingenieurmangel wird gesamtwirtschaftliche Folgen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Kollegin.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich bin am Schluss.

Meine Damen und Herren, schon jetzt ist diese Zahl dramatisch. Wir müssen hier gegensteuern – und nicht nur PR-Veranstaltungen der Landesregierung machen. Wir brauchen hier wirklich keine Miniprojekte, sondern einen größeren Wurf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Unverschämtheit! – Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Siebel hat auch total überzogen!)

– Herr Kaufmann, wir haben die Verlängerung schon eingebaut.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

– Mittlerweile sind es 23 Minuten.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind 21 Minuten und 20 Sekunden!)

– Dann stimmen die Uhren nicht überein. – Frau Kollegin, bitte Ihren Schlusssatz.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da hat er gepennt!)

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Danke, Herr Präsident, dann kommt mein Schlusssatz. Aber bei mir sind es auch erst 21 Minuten.

Herr Minister Corts, Sie haben schon wiederholt ganz offen gezeigt, dass es nicht Ihr Traumjob ist, Wissenschaftsminister zu sein. Leider merkt man das Ihrer Politik auch an. Gerade am Montag haben Sie wieder in der „Frankfurter Neuen Presse“ bekräftigt, dass Sie sich vorstellen können, etwas anderes zu machen, und von einem Mandat auf Zeit gesprochen. Lieber Udo Corts, das hört sich doch ganz vernünftig an. Hier herrscht endlich einmal Einigkeit: Auch ich kann mir sehr gut vorstellen, dass Sie endlich einmal etwas anderes machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Frau Sorge. – Frau Beer, Sie haben das Wort für die FDP-Fraktion.

**Nicola Beer (FDP):**

Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss sagen, die Art und Weise, in der diese Debatte vor sich hin plätschert, missfällt mir.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Sorge hat eine gute Rede gehalten!)

– Herr Kollege Bocklet, ich glaube, bisher sind wir hier viel zu wenig auf die wirklichen Inhalte eingegangen, und zwar in allen Redebeiträgen,

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

auf die Inhalte, deretwegen wir eine hochkarätige Wissenschaftspolitik in Hessen betreiben sollten.

Aus Sicht der FDP geht es nämlich im Wesentlichen um eine Leitidee. Wissenschaft, Forschung und Bildung sind die Grundlagen der Selbstentfaltungskräfte des einzelnen Menschen wie der Entwicklung unserer Gesellschaft insgesamt.

Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Dieser Standortfaktor ist insbesondere deswegen so wichtig, weil wir in der Bundesrepublik angesichts der Knappheit an Rohstoffen besonders in die Köpfe unserer Menschen investieren müssen.

(Beifall bei der FDP)

Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Bildung ist daher für uns als Liberale eine, ja die zentrale staatliche Aufgabe. Ausgaben hier sehen wir als Investitionen in die Zukunft, die individuelle Entwicklungsperspektiven eröffnen und die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft sichern.

Vor diesem Hintergrund stellt der Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft auch an die Hochschulen steigende Herausforderungen. Herr Minister Corts, deshalb benötigt die Wissenschaftspolitik ein Gesamtkonzept, nicht nur einzelne, nebeneinander gestellte Hochglanzbroschüren.

Sie haben das Programm HEUREKA angesprochen. Das habe ich ganz besonders im Auge, wenn ich an dieser

Stelle von „Hochglanzbroschüren-Politik“ spreche. Herr Kollege Siebel hat schon darauf hingewiesen: Heureka – „Ich habe es gefunden!“; die FDP sagt dazu: „Ich habe es gefunden, und zwar in den Plänen meiner Vorgängerin.“

Sicherlich ist dieses Programm grundsätzlich zu begrüßen. Insbesondere ist zu begrüßen, dass Sie die Planungen von Ruth Wagner aus der letzten Legislaturperiode fortführen. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, es darf nämlich daran erinnert werden: Es war Ruth Wagner, die die zugrunde liegende HIS-Studie in Auftrag gegeben hat, nach deren Ergebnissen es an den einzelnen Hochschulstandorten eine grundsätzliche Untersuchung der jeweiligen Entwicklungsfähigkeit und -ziele geben sollte. Es war Ruth Wagner, die in ihrer Zeit auch bereits mit der Umsetzung der Ergebnisse der HIS-Studie angefangen hatte.

Herr Minister, das heißt, so löblich es ist, dass Sie dies jetzt fortsetzen: Sie versuchen hier, ein Projekt zum dritten Mal zu verkaufen.

Viele der Projekte der einzelnen Planungen der Hochschulen, die Sie jetzt im HEUREKA-Programm zusammengefasst haben, finden sich bereits in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die Ruth Wagner unter der Geltung des ersten Hochschulpaktes mit den Hochschulen abgeschlossen hat. Sie finden sich wiederum in den Ziel- und Leistungsvereinbarungen, die Sie, Herr Corts, als Unterlage für den Hochschulpakt II abgeschlossen haben. Jetzt verkaufen Sie das nochmals, schön als Paket zusammengeschnürt, unter dem Stichwort HEUREKA. Was dabei inhaltlich gemacht wird, ist gut – allein, wir haben es gemerkt: Es ist hier eine PR-Maßnahme.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann Beispiele nennen.

Der Ausbau in Frankfurt ist nun wahrlich nicht neu und von Ihnen erfunden worden, sondern er beruht sogar noch auf Vorarbeiten der rot-grünen Landesregierung, wenn es um den Ankauf des Geländes für den Campus Westend geht. Aber die weiteren Planungen – was die Medizin und was den Ausbau des I.G.-Farben-Gebäudes wie auch den Riedberg betrifft – fallen ganz eindeutig in die Zeit Ihrer Vorgängerin.

In Kassel ist der Ausbau des Standorts durch den Ankauf des Holländischen Platzes auf Ruth Wagner zurückzuführen. Auch in Fulda ist das Stichwort Landesbibliothek/Universitätsbibliothek in diese Zeiten zu verorten.

Gut also, dass hier weiter gehandelt wird. Aber bitte tun Sie doch nicht so, als würden Sie hier nicht auf den Schultern Ihrer Vorgängerinnen stehen.

Herr Minister, allerdings wünsche ich mir, dass Sie wesentlich seriöser agieren, was die Finanzierung und vor allem die Zusagen für die Zeiträume dieser Finanzierung betrifft. Sie versprechen den Hochschulen – und diese freuen sich natürlich über solche Aussagen – Gelder über den Zeitraum von zweieinhalb Legislaturperioden hinweg. Sie selbst können im Grunde aber nur die Finanzierung zusichern, die in diesem Zusammenhang in den nächsten Haushalt eingestellt wird.

(Beifall bei der FDP)

Alles andere betrifft Parlamente, die noch in mehreren Landtagswahlen zusammengestellt werden müssen.

In diesem Zusammenhang muss ich, das kann ich Ihnen nicht ersparen, darauf hinweisen, dass sich die Hochschu-

len sicherlich sehr darauf freuen, dass so etwas kommen soll, dass man aber vor Ort genauso misstrauisch ist – wenn auch vielleicht hinter vorgehaltener Hand und nicht in den Pressekonferenzen, die Sie momentan überall im Lande gestalten –, was denn nach dem Wahltermin geschehen möge. Zu frisch ist die Erfahrung mit dem Bruch des Hochschulpakts I. Damals haben Sie bereits nach einem Jahr, kaum dass Ruth Wagner nicht mehr Wissenschaftsministerin war und trotz der Unterschrift des Ministerpräsidenten, in die Kassen der Hochschulen gegriffen und ihnen 30 Millionen € abgenommen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, zu schlecht ist die Erinnerung an die Umstellung der leistungsorientierten Mittelverteilung, die diesen Namen wahrlich nicht mehr verdient, da wir hier mittlerweile von einem Preismodell auf ein reines Verteilmodell übergegangen sind.

Deswegen wiederhole ich für die Liberalen an dieser Stelle: Wissenschaftspolitik muss mehr sein als die – zugegebenermaßen wirksame und gut gemachte – Verkäufe eines HEUREKA-Programms.

Herr Minister, wir als FDP setzen hier auf ein abgestimmtes Gesamtkonzept, das sich ganz streng an Qualitätsstandards orientiert. Wir möchten, dass Hessens Hochschulen die attraktivsten, forschungsfreundlichsten und innovativsten Hochschulen dieses Landes sind. Wir möchten Studierende wie Professoren aus der ganzen Welt gewinnen und hier in Hessen in den Forscherteams, den Hörsälen, den Labors und den Bibliotheken die besten Professoren und Studierenden versammeln. Wir wollen ein Klima schaffen, in dem diese Studierenden, diese Forscher, diese Professoren die besten Arbeits- und Studienbedingungen vorfinden, die sie an anderer Stelle eben nicht vorfinden.

Wie gesagt, unterstützen wir den Ausbau, wollen ihn aber gern seriös finanziert sehen. Zusätzlich gehören für uns weitere sieben wichtige Punkte dazu.

Erster Punkt. Wir als FDP möchten eine wirkliche Autonomie für alle, nicht nur eine Art Autonomie light, wie Sie sie mit der vierten Novelle zum Hessischen Hochschulgesetz vorgelegt haben. Wir wollen wieder eine leistungsorientierte Mittelzuweisung, die ihren Namen verdient und die ein wirkliches Preismodell, nicht nur ein Verteilmodell, darstellt.

Autonomie betrifft beispielsweise auch die Bauherrnengenschaft, vor allem aber das Thema der vollen Personalhoheit – sowohl im Hinblick darauf, ob wir im Angestellten- oder Beamtenverhältnis beschäftigen, als auch im Hinblick darauf, wie Lehrdeputate an den Hochschulen frei im Fachbereich verteilt werden können, auch im Hinblick darauf, ob Forschungssemester gepoolt werden oder z. B. sogenannte Lehrprofessuren eingeführt werden. Wir möchten durch beispielsweise solche Maßnahmen der Personalflexibilisierung eine bessere Betreuungsrelation zwischen Studierenden und Professoren erreichen und damit bessere Studien- und Arbeitsbedingungen, sowohl für Professoren als auch für Studierende.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der SPD und den GRÜNEN, bitte doch nicht wieder ein Fünfjahresprogramm. Wenn man mit der Autonomie wirklich Ernst macht, dann kann man doch nicht wieder Fünfjahresprogramme des Staates fordern, lieber Herr Kollege Siebel.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der SPD)

Stattdessen muss man mit Globalbudget und Ziel- und Leistungsvereinbarungen Ernst machen. Dann erfolgt die Steuerung der Hochschulen eben outputorientiert über Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Dann erfordert es das Geschick der jeweiligen Landesregierung – ich gebe Ihnen recht, da vermisse auch ich die eine oder andere geschickte Hand –, aus diesen zwölf Ziel- und Leistungsvereinbarungen als Mosaiksteinchen ein Gesamtbild der hessischen Hochschullandschaft so zusammzusetzen, dass wir eine ausgewogene Profilbildung in Hessen erreichen, dass wir den breiten Fächerkanon abdecken, dass wir von den großen Studienrichtungen bis hin zu exotischen kleinen Fachrichtungen alles auf höchstem Niveau in Hessen anbieten können.

(Beifall bei der FDP – Michael Siebel (SPD): Genau das fehlt doch, Frau Beer!)

– Das fehlt sicherlich der Hessischen Landesregierung, die von der CDU allein gestellt wird. Das werden Sie aber über einen Fünfjahresplan auch nicht erreichen, Herr Kollege Siebel.

Herr Minister, an der Stelle einen kleinen Seitenwink, weil Sie die Veränderung der Rechtsform der Universität Frankfurt und deren ganz besonderen Autonomiestatus angesprochen haben, den Sie den anderen Hochschulen leider nicht zubilligen wollen, was wir aber sehr begrüßen würden: Wir als FDP stehen hinter den Plänen der Universität Frankfurt. Das ist klar. Allerdings erschweren Sie uns ganz explizit die Zustimmung zu Ihrer vierten Novelle des Hessischen Hochschulgesetzes durch Ihre „Autonomie-light-Version“, die Sie den anderen Hochschulen in diesem Land zumuten wollen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD und der GRÜNE, für uns gehört zu einer wahren Autonomie der hessischen Hochschulen auch, dass wir die Studentelandverschickung der ZVS abschaffen. Wir wollen ein neues Kapazitätsrecht für Hessen.

(Beifall bei der FDP)

Ich finde es schade, Herr Minister Cortts, dass sich die CDU dies nicht traut. Ich finde es schade, dass Sie den alten Staatsvertrag fortschreiben wollen, auch wenn die Quoten ein bisschen erhöht werden. Es gibt nämlich noch kein volles Auswahlrecht der hessischen Hochschulen. Nach wie vor wird es dazu kommen, dass von den Hochschulen abgelehnte Bewerber ihnen nachher über die ZVS wieder hineingedrückt werden. Das darf nicht sein. Wir wollen, dass die Studierenden sich die beste Hochschule aussuchen können, und das bedeutet auch, dass sich die Hochschulen die Studierenden aussuchen können, die auf das Anforderungsprofil ihrer Studiengänge passen.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Haben Sie an dieser Stelle Mut. Ordnen Sie das neue Kapazitätsrecht über Ziel- und Leistungsvereinbarungen statt über die Regulative der Kapazitätsverordnung. Zeigen Sie hier mehr Mut, schreiten Sie an dieser Stelle voran.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Aus all den Gründen, die sowohl vom Minister als auch von den Kollegen Siebel und Frau Sorge genannt

worden sind, brauchen wir einen Kapazitätsaufbau angesichts der absehbar steigenden Studierendenzahlen. Wir brauchen ihn angesichts der fehlenden Absolventen, deren Mangel wir schon jetzt in der Wirtschaft schmerzlich beklagen.

Der Aufbau muss aber seriös finanziert werden. Herr Minister, an der Stelle werde ich noch mehr als bei dem HEUREKA-Programm geschüttelt. 4.250 € sind wahrlich zu wenig, um gerade in den wichtigen Bereichen Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften Studienplätze auszubauen. Woher sollen die Hochschulen das Geld nehmen, um hier Studienplätze zu schaffen? Die Kollegin Sorge hat darauf hingewiesen, dass Sie mit dieser Summe nur Studienplätze in Rechts- und Wirtschaftswissenschaften finanzieren können – nach den Preisen, die Sie im hessischen Landeshaushalt selbst festgelegt haben. Das heißt, das ist eine Light-Nummer, die Sie hier präsentieren.

Es geht aber auch anders. Wir brauchen doch nur über die Landesgrenzen zu schauen. Baden-Württemberg gibt 9.400 € pro Studienplatz aus. Die haben die erforderlichen Mittel schon in den Haushalt eingestellt. Die wissen schon, welche Plätze sie schaffen. Und vor allem: Sie wissen, Herr Minister, in welchen Bereichen sie investieren wollen. Sie, Herr Minister, sprechen von 8.800 Plätzen. Wo sind denn die zukunftsfähigen Cluster, in die Sie investieren wollen? Wir wollen in die Ingenieurwissenschaften investieren, in die Biotechnologie, in die Nanotechnologie. Herr Minister, das sind die teuren Studiencluster. Hier müssen Sie ganz erheblich nachbessern, wenn Sie, wie es die FDP fordert, Zukunftsfelder besetzen wollen.

In diesem Zusammenhang halte ich es, wie im Ausschuss schon angemerkt, für sehr fahrlässig, die privaten Hochschulen in Hessen nicht einzubeziehen. Private Hochschulen in Hessen sind keine Quantité négligeable, zu der Sie sie im Ausschuss erklärt haben. Private Hochschulen in Hessen bieten schon heute Studienplätze auf höchstem Qualitätsniveau an, und sie bieten sie vor allem – das kann uns doch nur recht sein – auf eigenes Risiko, mit eigener Finanzierung an. Von daher gesehen rate ich Ihnen sehr, etwas nachzuholen, was Ihre Kollegen in anderen Ländern schon getan haben, nämlich mit den Vertretern privater Hochschulen zu reden, sie in den Hochschulregionen mit den Vertretern öffentlicher Hochschulen an einen Tisch zu holen und zu fragen: Wie können wir diese Aufgabe, zumindest temporär – man denke an den Studentenbergr 2014/2015, der auf uns zukommt –, gemeinsam stemmen? – Den privaten Hochschulen fällt es nämlich viel leichter, Studienplätze wieder abzubauen.

Dann werden Sie aber auch um ein anderes Thema nicht herumkommen, Herr Minister: um das Thema, wie Sie das, passgenau auch auf die Mobilität von Studierenden abgestimmt, finanzieren. Da werden Sie früher oder später – ich hoffe sehr, früher – die Modelle aufgreifen, die die FDP schon längst vorexerziert hat, die mittlerweile auch vom CHE vertreten werden.

(Beifall bei der FDP)

Das Modell heißt Bildungsgutscheine: „Geld folgt Studierenden“. Wenn man die privaten Hochschulen hier einbezieht, muss klar sein, dass diese denselben Betrag von den Studierenden gezahlt bekommen müssen, die sie im freien Wettbewerb der Qualitätsangebote wählen.

Viertens: Erhöhung der Forschungsmittel. Hier wollen wir als FDP-Fraktion die Tradition von Wolfgang Gerhardt und Ruth Wagner fortsetzen. Das ist ein Punkt, sehr ver-

ehrte Kolleginnen und Kollegen, die Sie immer gern Studien mit kurzfristiger Wirkung zitieren, an dem man einen langen Atem haben muss. Denn Investitionen in die Forschungslandschaft tragen nach acht, zehn, vielleicht auch erst zwölf Jahren Früchte. Man sieht heute sehr genau, an welchen Stellen z. B. Wolfgang Gerhardt damals investiert hat: dort, wo wir heute Exzellenzcluster haben, die auch von internationalen Expertengremien so bezeichnet werden.

Wir als FDP-Fraktion möchten, dass in Hessen endlich 1 % des BIP in die Forschung investiert wird, dass wir die Lissabon-Strategie einhalten. Herr Minister, an dieser Stelle bleiben Sie aber leider fürchterlich unkonkret. Sie machen sich Gedanken darüber, mit welchen strukturell formalen Verfahren Sie die Gelder verteilen. Sie haben aber noch nicht einmal die Summe genannt, die Sie an dieser Stelle investieren wollen. Wenn Sie Investitionen in Höhe von 1 % des BIP in die Forschung in Hessen aus staatlichen Kassen sicherstellen wollen – die Wirtschaft hat hier ihre Hausaufgaben fast vollständig gemacht und hat fast 2 % zusammen –, dann sind wir bei einem Betrag von round about 90 bis 100 Millionen €. Dazu haben Sie nichts gesagt, obwohl ich davon ausgehe, dass Sie hinter den Kulissen bereits Haushaltsgespräche mit Ihrem Kollegen Weimar geführt haben. Dieser Umstand lässt mich leider aufhorchen.

Fünftens. Wir möchten, dass es auch für die außeruniversitären Forschungsinstitute eine finanzielle Planungssicherheit gibt. Wir sind für einen Forschungspakt mit den außeruniversitären Forschungsinstituten, so, wie der Hochschulpakt mit den Hochschulen existiert.

(Beifall bei der FDP)

Dafür brauchen wir an vielen Stellen gar nicht mehr Geld, sondern einfach ein bisschen mehr Grips, der hier investiert werden muss.

Sechstens: Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Dazu ist wenig gesagt worden, und ich würde es, Frau Kollegin Sorge, auch nicht nur auf Frauen kaprizieren, obwohl es natürlich zutrifft, dass Frauen eine ebenso gute Förderung verdienen. Wir möchten als FDP-Fraktion eine gezielte Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Eine gezielte Förderung sieht so aus, dass es auch eine gezielte Karriereplanung gibt, dass gezielt in Forscherteams eingebunden wird, dass interessante Forschergruppen geschaffen werden und dass trotzdem auch Freiräume für Lehrverpflichtungen existieren. Dazu gehört für uns auch, das ganz gezielt Auslandsaufenthalte einbezogen werden, aber in eine Art und Weise – deshalb spreche ich hier betont von „gezielt“ –, dass die jungen Leute nach diesen Auslandsaufenthalten gern und schnell wieder nach Hessen zurückkommen. Das heißt, wir müssen auch die Rückkehrplanung in diese gezielte Karriereplanung einbauen.

(Beifall bei der FDP)

Siebtens. Last, but not least muss der Wissens- und Technologietransfer in Hessen ganz dringend professionalisiert werden. Wir brauchen eine systematische Verwertung von Forschungsergebnissen. Es kann nicht sein, dass wir – aufgrund welcher Umstände auch immer, Herr Kollege Siebel, auch Sie haben ja in dieser Richtung argumentiert – Forschung für die Schublade in Hessen machen, dass Sachen in Hessen erfunden, vielleicht sogar patentiert werden, aber an anderer Stelle, nämlich im Ausland, verwertet werden. Wir wollen eine systematische Verwertung der Forschungsergebnisse unserer Hochschu-

len in Kooperation mit der Wirtschaft, vor allem auch mit kleinen und mittleren Wirtschaftsunternehmen.

Wir wollen, dass durch diese systematische Verwertung endlich auch ein Eigenvermögensaufbau der Hochschulen erfolgt. Sehr geehrter Herr Minister Corts, genau an dieser Stelle schließt sich der Kreis, denn nur die Hochschulen, die Eigenvermögen aufgebaut haben, die mit diesem Geld selbstständig und unabhängig agieren können, sind wirklich autonom. Genau diese Autonomie ist es, die wir meinen: Autonomie und die Mittel, die Hochschulen fit zu machen für die Zukunft, fit zu machen für die Bewältigung der Aufgaben, die die veränderten Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft ihnen abverlangen.

Deshalb sage ich an dieser Stelle zusammenfassend: Die FDP-Fraktion steht für ein schlüssiges Gesamtkonzept, orientiert an Profilbildung und Qualitätssteigerung, und nicht, wie die CDU-Fraktion, nur für Hochglanzbroschüren ohne innere Vernetzung. Herr Minister Corts, leider haben wir auch dieser Regierungserklärung wieder entnehmen müssen, der CDU fehlt der rote Faden. Es fehlt eine Leitidee, wie ich sie an den Anfang meiner Ausführungen gestellt habe.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Die FDP-Fraktion hingegen, Frau Kollegin, hat Ihnen hier in sieben Punkten ein Gesamtkonzept präsentiert, das in den einzelnen Punkten schlüssig aufeinander abgestimmt ist. Es sind nicht nur sieben Punkte, die CDU nicht zu wählen, sondern mindestens sieben Punkte, bei der nächsten Landtagswahl FDP zu wählen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Beer. – Frau Kühne-Hörmann, ich darf Ihnen für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

#### **Eva Kühne-Hörmann (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Zukunft der Wissenschaft in Hessen hatte und hat seit Regierungsübernahme für die CDU immer höchste Priorität.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben rechtzeitig erkannt, dass wir in einem rohstoffarmen Land alle Anstrengungen darauf konzentrieren müssen, in den Rohstoff Grips zu investieren, denn Innovation ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft. In keinem anderen Bundesland wurden innerhalb eines so kurzen Zeitraumes so konsequent und zielstrebig Reformen eingeleitet, um die eigene Wissenschaftslandschaft fit für morgen zu machen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das liegt auch daran, dass wir bundesweit den einzigen Ministerpräsidenten haben, der sich für Wissenschaftspolitik interessiert, der sich einmischt, sie voranbringt

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Nicola Beer (FDP) und Gernot Grumbach (SPD))

und dafür sorgt, dass im Kabinett ressortübergreifend die Wissenschaftspolitik Priorität genießt. Als Wissenschaftspolitikerin sage ich: Für diese Unterstützung bin ich außerordentlich dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber nicht nur der Ministerpräsident ist ein vehementer Verfechter der Wissenschaftspolitik, sondern – was fast noch seltener ist – dies ist auch unser Finanzminister Karlheinz Weimar.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Sehr guter Mann!)

Mit dem jetzt vorgelegten Hochschulbauprogramm für Hessen HEUREKA bis 2020 – wenn man den Begriff schon in den Mund nimmt: bei HEUREKA wird nicht die zweite Silbe, sondern die erste Silbe betont –

(Zurufe von der CDU: Sehr richtig!)

hat er erneut bewiesen, dass er ein Herz für die Wissenschaftspolitik hat, weil nämlich originäre Landesmittel in den Hochschulbau fließen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Frau Kollegin Beer und Herr Kollege Siebel, jetzt hören Sie gut zu: Das ist erheblich mehr, als Hessen nach der Föderalismusreform durch Verlagerung der Zuständigkeit vom Bund auf die Länder zustehen würde. Auch für diese Unterstützung bin ich außerordentlich dankbar.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Axel Wintermeyer (CDU): Hört, hört!)

Ein weiteres Ressort, das für den Wissenschaftsstandort von entscheidender Bedeutung ist, ist das Wirtschaftsressort unter Herrn Minister Rhiel, unter dem das wichtige Thema der Vernetzung von Wirtschaft und Forschung stattfindet: Nanotechnologie, Biotechnologie, um nur einige zu nennen.

(Michael Siebel (SPD): Das meinen Sie jetzt nicht ernst! – Zurufe der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Unser Wissenschaftsminister Udo Corts ist unter seinen Kollegen bundesweit einer der wenigen, die im Kabinett und in der CDU-Fraktion Gehör finden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Wissenschaftspolitik in Hessen. Auch das ist ein Verdienst unseres Wissenschaftsministers.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben seit 1999 ein Klima geschaffen, in dem es möglich ist, nicht nur innovative Vorschläge zu machen, sondern auch zu wissen, dass die Chance zur Realisierung besteht. An dieser Stelle will ich sagen, dass sich natürlich Präsidenten, Hochschulprofessoren und andere Gedanken gemacht haben, um die Situation der Hochschulen zu verbessern. Ich will nur drei große, herausragende Projekte nennen, die internationale und nationale Ausstrahlung haben.

Erstes Beispiel ist das TUD-Gesetz. Die TU Darmstadt hat – Herr Prof. Wörner hat das damals initiiert – eine Freiheit wie keine andere Hochschule. Selbst die Opposition hat diesem Gesetz zugestimmt, weil sie gar nicht anders konnte, und hat dieses Projekt als Projekt mit Strahlkraft vorangetrieben.

(Zurufe der Abg. Nicola Beer (FDP) und Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dieses Modellprojekt hat in diesem Haus eine eindeutige Mehrheit gefunden.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Sorge, es ist einstimmig beschlossen worden. Wollen Sie es wahrhaben oder nicht? Sie haben damals die Hand dafür gehoben. Wegen dieses Leuchtturmprojektes kommen immer noch Professoren nach Hessen, um sich darüber zu informieren, wie viel Freiheit es gibt.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Frank-Peter Kaufmann, Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Nicola Beer (FDP))

– Frau Kollegin Beer, auch Sie haben zugestimmt.

Ich würde zuhören. Denn es kommt ein weiteres Projekt, Frau Kollegin Beer, dem auch die FDP zugestimmt hat. Zweites Beispiel ist die Fusion und die Privatisierung der Universitätsklinik Marburg und Gießen. Das ist erstmalig und einzigartig in Deutschland.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Projekt ist ein Erfolgsmodell.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Wenn ich daran denke, was wir uns während der Anhörung alles haben anhören müssen, dann stelle ich fest, dass es in der heutigen Debatte recht still geblieben ist. Dieses Erfolgsmodell will doch heute selbst die Opposition in Hessen nicht mehr schlechtreden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist ein Erfolgsprojekt.

(Beifall bei der CDU)

Heute wollen Sie – SPD und GRÜNE – in Marburg und Gießen kaum zugeben, dass Sie nicht zugestimmt haben, weil das zur Kritik in der Bevölkerung führen würde.

Drittes Beispiel ist HEUREKA. Das Projekt HEUREKA ist bundesweit einmalig. An dieser Stelle will ich einige Zahlen nennen. Wenn man sich den Zeitraum von 1996 bis 2007 betrachtet, dann stellt man fest, dass im Hochschulbau 1,413 Milliarden € investiert worden sind. Im Zeitraum von 2008 bis 2019 soll mit den jetzt vorgestellten Programmen genau das Doppelte, nämlich 3 Milliarden €, investiert werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat es noch nie gegeben, weder in der Bundesrepublik noch in Hessen, dass die Hochschulen Planungssicherheit haben und dass so viele eigene Landesmittel in den Hochschulbau investiert werden.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch der Abg. Nicola Beer (FDP))

– Frau Kollegin Beer, es gibt keinen einzigen Hochschulpräsidenten, der dieses Projekt kritisieren würde. Es wird von allen gelobt. Sie sagen: So eine Planungssicherheit hat uns bisher keine andere Regierung als diese gegeben, um den Standort der Hochschulen zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Nicola Beer (FDP) und Günter Rudolph (SPD))

Das Besondere an diesem Programm ist nicht nur die Planungssicherheit. – Herr Kollege Rudolph, Sie sollten einmal nach Kassel gehen und sich vom Präsidenten Postlep das Programm erläutern lassen.

(Günter Rudolph (SPD): Ich habe gesagt: „Ohne FDP!“ Sie müssen zuhören!)

Dann werden Sie sehen, dass das auch in Ihrer Region ein Erfolgsmodell ist.



Wir wollen mit dem Projekt HEUREKA eine Campusbildung vorantreiben. Das bedeutet, dass die Universitäten und Fachhochschulen zum ersten Mal die Möglichkeit haben, ein Gesamtprojekt vorzulegen, das die Hochschule insgesamt auch örtlich anders abbildet. Diese Gestaltungsfreiheit, die einmalig ist, wird uns von allen, die vor Ort tätig sind, gedankt.

An dieser Stelle will ich einmal darauf hinweisen, dass ich von Frau Sorge und Herrn Siebel zu diesen großen Projekten relativ wenig Inhaltliches gehört habe. Herr Siebel hat sich eher mit dem Namen beschäftigt als mit dem Projekt und mit dem, was dahinter steht.

(Michael Siebel (SPD): Ich habe gesagt, dass es eine Mogelpackung ist!)

Frau Kollegin Sorge hat sich, weil man gegen viele Dinge auch nichts sagen kann, in Details verrannt. Aber gegen die großen Linien, die bei der Wissenschaftspolitik in Hessen eine Rolle spielen, können die Fachpolitiker wenig haben. Deswegen ist es schwer, dagegen zu argumentieren.

(Zuruf der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wie steht eigentlich die SPD zur Wissenschaftspolitik unseres Landes? Wie wichtig nimmt die SPD dieses Politikfeld? Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Antwort kommt aus den eigenen Reihen der SPD von einem ausgesprochenen Kenner und Befürworter der Wissenschaftspolitik, die er als Ausschussvorsitzender im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst immer konstruktiv begleitet hat. Nachdem ihn die Partei bei der Landtagsnominierung mit fünf gegen 55 Stimmen deutlich abgestraft hat,

(Sabine Waschke (SPD): Das ist das Letzte!)

erklärt Herr Holzapfel in einem Interview der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 26. April dieses Jahres – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Die SPD ist kulturfern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, da kann ich nur sagen: Stimmt, recht hat er.

(Beifall bei der CDU)

Ich zitiere weiter. Er wird gefragt:

Sie sind als Bewerber für eine Landtagskandidatur mit Pauken und Trompeten durchgefallen. Wie erklären Sie sich das?

Seine Antwort lautet:

Mein Misserfolg hat etwas damit zu tun, dass sich die Frankfurter SPD in einer beunruhigenden Weise aus wichtigen Segmenten der Stadtgesellschaft zurückgezogen hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aha!)

Hochschule und Kultur etwa, meine beiden Arbeitsfelder, werden von der Partei kaum noch wahrgenommen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr richtig!)

Und dies auch in meinem bisherigen Wahlkreis, wo sich immerhin die größte Universität des Landes und viele kulturelle Institutionen befinden. ... Vielmehr wird das Feld, auf dem ich arbeite, von der Partei zu wenig wahrgenommen. Das ist das Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Kann man davon noch mehr hören?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Siebel, Sie stehen relativ allein, anscheinend nicht nur in Ihrer Fraktion in Wiesbaden, sondern auch in der SPD in Hessen, was die Wissenschaftspolitik angeht. Das finde ich ausgesprochen bedauerlich. Für die Wissenschaftspolitik und damit für die Zukunft Hessens hatte die SPD nie eine glückliche Hand, aber unter Frau Ypsilanti hat sie nun überhaupt keine Bedeutung mehr. Meine sehr geehrten Damen und Herren, darauf werden wir an jeder Stelle hinweisen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch hinzufügen, dass es auch deswegen ganz besonders bedauerlich ist, weil die Frankfurter Universität aufgrund ihres Vorschlags, Stiftungsuniversität zu werden, einer besonderen Aufmerksamkeit bedarf und weil jedenfalls im Ausschuss bisher alle Fraktionen erklärt haben, dass sie dieses Projekt außerordentlich befürworten und vorantreiben wollen. Gerade weil das der Wahlkreis von Herrn Holzapfel ist, finde ich das besonders bemerkenswert. Ich hoffe, dass das nicht dazu führt, dass es dem Projekt schadet, sondern dass die SPD auch in dieser Frage zur Besinnung kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich will an dieser Stelle – Herr Minister Corts hat das bereits getan – noch darauf hinweisen, welche Leistungen eigentlich in der Wissenschaftspolitik vollbracht worden sind, und dies mit Zahlen belegen. Das ist eine solche Palette, dass die Zeit kaum ausreicht, um auch nur stichpunktartig alle Leistungen im Hochschulbereich aufzuzählen.

Die Hochschulausgaben liegen heute auf Rekordniveau. Noch nie zuvor ist so viel Geld in die Hochschulen gegeben worden wie unter der Regierungsverantwortung der CDU. Seit dem Amtsantritt von Roland Koch sind kumuliert rund 800 Millionen € zusätzlich in den Finanzkreislauf der Hochschulen eingespeist worden. Eine solide finanzielle Ausstattung der Hochschulen, zu der wir uns bekennen und die wir unter unserer Verantwortung eingeleitet haben, stellt den Grundstock für optimale Lehr- und Studienbedingungen dar.

Zweiter Punkt. Ich habe eben schon erwähnt: Das TUD-Gesetz ist ein einzigartiges Erfolgsmodell. Die Technische Universität Darmstadt genießt heute Freiheiten wie keine andere Hochschule in Deutschland. Wir stehen für mehr Autonomie und Eigenverantwortlichkeit statt Bevormundung und Gängelung. Aufgrund neuer interner Strukturen und einer Stärkung des Präsidiums werden Entscheidungen schneller und vor allem effizienter getroffen. Das Modell Darmstadt ist so attraktiv, dass sich auch andere Hochschulen vorstellen können, in diese Fußstapfen zu treten. Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen.

Die Fusion und anschließende Privatisierung der Unikliniken Gießen und Marburg ist ein weiterer Meilenstein unserer Politik. In Mittelhessen entsteht das modernste und innovativste Uniklinikzentrum Deutschlands, und zwar ohne Betriebsdefizite zulasten des Landeshaushaltes. Die Standorte Gießen und Marburg konnten gesichert und die medizinische Versorgung auf höchstem Niveau garantiert werden.

(Beifall bei der CDU)

Bis zum 31.12.2010 sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst behält zudem die Rechtsaufsicht. Die Hochschulmedizin in Mittelhessen hat damit eine tief greifende Stärkung erfahren, und sie wird zukünftig durch die Behring-Röntgen-Stiftung, die mit einem Stiftungskapital in Höhe von 100 Millionen € ausgestattet ist, weitere positive Strahlkraft erhalten.

Wir haben den Ausbau der Universität Frankfurt. Sie hat Symbolkraft über die Landesgrenzen hinaus. Für die dortige Standorterneuerung sind bis zur 100-Jahr-Feier 2014 Investitionen von rund 600 Millionen € zum Ausbau der Standorte Campus Westend und Campus Riedberg vorgesehen. Wir unterstützen die Pläne, die Universität Frankfurt zur modernsten Hochschule Europas zu machen.

Den Zugang zur Hochschule haben wir auch für Handwerksmeister und beruflich Qualifizierte eröffnet. Seit Dezember 2004 besitzen Personen, die eine Meisterprüfung abgelegt haben, und seit Juni 2006 gleichgestellte Personen mit vergleichbaren Abschlüssen, in Hessen eine der allgemeinen Hochschulreife entsprechende Qualifikation. Sie sind damit zu einem Studium aller Fächer an allen hessischen Hochschulen berechtigt.

Die Einführung von Studienbeiträgen ist sozial ausgewogen und gerecht erfolgt. Sie ist zudem beim Blick über die Landesgrenzen hinweg alternativlos.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts ist alternativlos!)

Sie sind auch ein Standortvorteil.

(Zurufe von der SPD: Ei, ei, ei! – Norbert Schmitt (SPD): Augen zu und durch!)

Die Sozialverträglichkeit ist auch gegeben. An dieser Stelle will ich darauf hinweisen: Wenn Frau Ypsilanti und auch Herr Siebel darauf hinweisen, sie würden die Studienbeiträge, sobald sie gewählt würden, wieder zurücknehmen, dann wünsche ich dabei, sollte es überhaupt zu einer solchen Situation kommen, gute Verrichtung deshalb,

(Günter Rudolph (SPD): Nicht so überheblich!)

weil Sie dann den Hochschulen erklären müssen, dass Sie das Geld, das bisher zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt wird, abziehen müssen und jeder Studierende mit Ihrer Politik schlechtere Studienbedingungen hat.

(Beifall bei der CDU – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Blödsinn! – Norbert Schmitt (SPD): Das ist die Unwahrheit!)

– Dann erzählen Sie bitte, wie die Ausfälle finanziert werden sollen. Da kommt nur heiße Luft.

(Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir Ihnen doch bei den Haushaltsanträgen gezeigt!)

Abschaffung ist das eine – Verschlechterung der Studienbedingungen ist das andere und keine Alternative. Das sind nicht durchdachte Konzepte insbesondere der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden weiterhin zusätzlich Anreize schaffen, indem wir Stipendiatenprogramme für die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Spitzensport mit dem Studium sicherstellen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja „super“!)

Die Novellierung des Hochschulgesetzes ist im Moment im Verfahren. Das Stichwort Tenure Track ist in der Diskussion. Das heißt, den Hochschulen soll die Möglichkeit gegeben werden, Juniorprofessoren, die sich hervorragend bewährt haben, ohne Ausschreibung auf eine Professur an derselben Hochschule zu berufen. Auch das ist ein Standortvorteil, den Hessen braucht und der auch von den Hochschulen immer wieder gefordert wird.

Wir haben den Hochschulen die Möglichkeit eröffnet, eine eigenständigere Studierendenauswahl als bisher zu treffen, und haben das rechtlich in eine solche Form gegossen, dass die Hochschulen damit umgehen können.

Wir haben im Land verteilte Orchideenfächer – der Minister hat darauf hingewiesen – gebündelt, um deren Existenz zu sichern, und durch interdisziplinäre Ausrichtung der geisteswissenschaftlichen Zentren die Attraktivität einzelner Fächer erhöht. Das ist nur eine Auswahl der erreichten Erfolge und begonnenen Projekte. Bundesweit reisen die Präsidenten und Professoren nach Hessen und schauen, was sich hier getan hat, um sich beraten zu lassen, was sie in ihren eigenen Bundesländern tun können.

Wir haben mit dieser Auswahl erreichter Erfolge und begonnener Projekte in diesem Land eine Innovation, die es hier im Wissenschaftsbereich noch nie gegeben hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden weiterhin mit Augenmaß, Mut und Tatkraft darauf hinwirken, dass der Hochschulstandort Hessen im nationalen wie im internationalen Wettbewerb nachhaltig gestärkt wird. An Hessen geht kein Weg vorbei. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): An Frau Ypsilanti führt kein Weg vorbei! Da haben Sie recht!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Kühne-Hörmann. – Meine Damen und Herren, die Rednerliste ist abgearbeitet. Die Regierungserklärung des Hessischen Ministers für Wissenschaft und Kunst betreffend „Wissen schafft Zukunft – die Hochschulen als Schlüssel zur Exzellenz“ ist abgegeben. Die Aussprache ist beendet.

Ich darf **Tagesordnungspunkt 3** aufrufen:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung – Drucks. 16/7196 –**

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs hat Herr Schmitt das Wort. Herr Schmitt, die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten.

(Beifall des Abg. Michael Siebel (SPD))

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich um einen staatstragenden Vortrag bemühen. Ich hoffe, dass das Abstimmungsverhalten der CDU und die weiteren Beratungen dann ebenso staatstragend sein werden.

Worum geht es? In der Vergangenheit hat der Rechnungshof Prüfungsberichte erstellt – sehr gute Berichte übrigens. Dem Parlament werden aber nach der heutigen

Gesetzeslage nicht alle diese Prüfberichte zur Kenntnis gegeben. Das Parlament hat nach der heutigen Rechtslage nur das Recht auf Information bzw. Unterrichtung in vier Fällen. Das sind zum einen die jährlichen Bemerkungen, die Sie alle kennen. Sie sind Gegenstand des Unterausschusses Finanzcontrolling und auch des Haushaltsausschusses. Sie werden auch immer hier im Plenum behandelt.

Dann gibt es die Sonderberichte, die besondere Bedeutung haben müssen, damit sie weitergegeben werden können und das Parlament unterrichtet wird.

Drittens gibt es die Beratungsberichte. An diesem Punkt sieht man vielleicht die Fehlkonstruktion unserer Landeshaushaltsordnung. Sie werden an die Regierung übersandt, wenn der Rechnungshof von der Landesregierung ersucht worden ist, etwas zu prüfen. Diese Berichte müssen dann aber nicht an das Parlament weitergegeben werden. Im umgekehrten Fall, wenn der Landtag den Rechnungshof ersucht, Berichte zu erstellen, wird der Landtag natürlich unterrichtet, aber gleichzeitig auch die Regierung. Damit wird deutlich: Es gibt eine asymmetrische Unterrichtungspflicht.

Der vierte Fall sind die gutachterlichen Bemerkungen des Landesrechnungshofs, z. B. zur Wirtschaftlichkeitsrechnung der Leo-Verkäufe in Hessen, die wir in der Vergangenheit gesehen haben.

Der entscheidende Punkt ist, dass es heute Berichte gibt, die vom Rechnungshof erstellt und dem Parlament nicht übersandt werden, wenn sie diesen vier Kategorien nicht unterfallen, die ich eben vorgetragen habe. Dazu gibt es nur eine einzige Lösung, die wir auch mit unserem Gesetzentwurf vorhaben, nämlich dass die zuständige Stelle das Prüfungsergebnis des Rechnungshofs auf Verlangen einer Fraktion dem Haushaltsausschuss zur Verfügung stellen muss.

Für den Hintergrund unseres Gesetzentwurfs gibt es zwei Beispiele. Beim Beispiel elektronische Fußfesseln war es so, dass der Rechnungshof einen Bericht erstellt hat, der sich sehr kritisch mit den Kosten der elektronischen Fußfessel befasst hat und zu dem Ergebnis gekommen ist: Eigentlich ist diese Maßnahme verhältnismäßig teuer und unwirtschaftlich. – Das Ministerium hat eine andere Auffassung dazu vorgetragen, nachdem bekannt wurde – das Parlament ist nicht unterrichtet worden –, dass es einen solchen Prüfbericht gibt.

Dieser Prüfbericht ist, weil die Landesregierung ihn, um es umgangssprachlich zu sagen, nie herausgerückt und den Rechnungshof auch nie ermächtigt hat, ihn ans Parlament weiterzugeben, niemals behandelt worden, weder im Ausschuss noch im Plenum. Ich finde, das ist ein erheblicher Mangel, und das macht deutlich, dass wir nur über eine Gesetzesänderung dahin kommen können, dass das Parlament auch von kritischen Rechnungshofberichten Kenntnis erhält.

Ähnlich war es übrigens bei den Amtsgerichten. Es wurde untersucht, ob die Einführung von elektronischen Verarbeitungsverfahren bei den Amtsgerichten kostengünstig ist oder nicht. Es gab sogar Presseveröffentlichungen, in denen aus dem Rechnungshofbericht zitiert wurde. Aber wiederum hat die Landesregierung es abgelehnt, dass dieser Bericht dem Parlament zur Kenntnis gegeben wurde, und wir konnten nicht darauf reagieren.

Deswegen sind wir der Meinung, dass ähnlich, wie es auf Bundesebene in der Bundeshaushaltsordnung geregelt

ist, die Möglichkeit geschaffen werden muss – wir wollen es dann auch als Minderheitsrecht ausgestaltet wissen –,

(Beifall bei der SPD)

dass eine Fraktion beantragen kann, dass solche Rechnungshofberichte dann auch vorgelegt und beraten werden können.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich spreche Sie konkret an. Sie haben hier im Lande die neue Verwaltungssteuerung eingeführt. Ich kann gar nicht zählen, wie oft wir im Haushaltsausschuss und auch in Unterarbeitsgruppen die Frage erörtert haben, wie man kontrollieren und besser steuern kann.

Meine Damen und Herren, es gibt ein hervorragendes Instrument. Geben Sie uns endlich die Möglichkeit, die Institution, die in diesem Lande ganz hervorragend Prüfungen in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit vornimmt, zu nutzen. Geben Sie uns endlich ein Instrument in die Hand, damit auch wir uns mit diesen Prüfungsberichten auseinandersetzen können und damit wir insgesamt als Parlament – ich finde, das ist nicht nur eine Frage von Regierung und Opposition – unseren Kontrollauftrag und unsere -funktion wirklich wahrnehmen können. Ein Parlament, welches dies tut, würde dem zustimmen und würde sagen: Jawohl, wir als Parlament wollen solche Prüfberichte haben.

Es kann nicht sein, dass nur die Landesregierung über Herrschaftswissen verfügt und der Landtag in ganz wichtigen Punkten wie z. B. der Wirtschaftlichkeitsprüfung von Amtsgerichten, von elektronischen Fußfesseln – oh, jetzt habe ich einen Frosch im Hals – oder auch in Bezug auf andere Bereiche der Landesverwaltung nicht unterrichtet wird.

Ich finde, es ist an der Zeit, und das wollen wir auch mit unserem Gesetzentwurf bewirken, dass sich in diesem Zusammenhang ein anderes Bewusstsein entwickelt. Deswegen fordere ich die CDU-Fraktion mit ihrer Mehrheit dazu auf, dass sie sich dem nicht verweigert. Ich weiß auch nicht, was verborgen werden soll bzw. was Sie zu befürchten hätten, wenn wir die Berichte des Rechnungshofs, die zumeist – das muss man wirklich sagen – von hervorragender Qualität sind –

(Zuruf des Abg. Günther Rudolph (SPD))

Man muss nicht immer mit den Berichten des Rechnungshofs einer Meinung sein, doch sie sind eine hervorragende Grundlage dafür, zu diskutieren, ob es in manchen Bereichen richtig oder falsch läuft. Daher ist es unsere Bitte und Forderung an Sie, und das versuchen wir mit unserem Gesetzentwurf in ein entsprechendes Gesetz umzusetzen, dazu beizutragen, dass das Parlament – wie ich es bereits erwähnt habe, ausgestaltet als Minderheitsrecht – endlich an die Prüfungsberichte herankommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Schmitt. – Jetzt wollten wir den Frosch ertränken, aber es ist nicht gelungen.

(Heiterkeit)

Herr Milde, Sie haben als Nächster das Wort für die CDU-Fraktion.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir von der CDU-Fraktion sind der Meinung, dass Ihr Gesetzentwurf von schlechtem Stil zeugt, und zwar in Bezug auf den Rechnungshof und die Frage: Wie geht man mit Prüfungsberichten um? Es hätte sich sicherlich nicht nur die CDU-Fraktion gewünscht, sondern auch die anderen Fraktionen hätten gewollt, dass man dieses Thema einmal im Vorfeld diskutiert hätte. Stattdessen haben Sie das Problem an einem Einzelfall festgemacht; denn es handelte sich um einen einzigen Fall, bei dem die SPD-Fraktion der Meinung war, dass Informationen in nicht ausreichendem Umfang und zu einem falschen Zeitpunkt geflossen seien.

Ansonsten hat sich die Praxis – das ging auch aus dem Beitrag des Herrn Kollegen Schmitt hervor –, in der bisher mit den Berichten des Rechnungshofs umgegangen worden ist, in der Tat bewährt. An dieser Stelle möchte ich auch dem Eindruck widersprechen, dass dem Parlament Berichte, die der Rechnungshof erstellt hat, seien es Prüfungsmitteilungen oder andere Berichte, nicht zugänglich gemacht worden seien. Denn bei dem, was Sie diskutieren, handelt es sich lediglich um die folgende Frage: Zu welchem Zeitpunkt wird ein Bericht im Parlament diskutiert?

An dieser Stelle möchte ich einmal die folgenden Fragen stellen: Ist es sinnvoll, dass ein Prüfungsbericht zu einem Zeitpunkt in die Öffentlichkeit gelangt, zu dem er noch nicht mit demjenigen abgestimmt worden ist, über den berichtet wird, sodass mit diesem über den Inhalt dessen, was geprüft worden ist, noch keine Rückkopplung stattfinden konnte? Muss der Inhalt des Berichts tatsächlich schon zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden?

Das läuft in einem privaten Unternehmen nicht anders. Wenn ein Wirtschaftsprüfer ein Unternehmen prüfte und vom Betriebsrat gefragt würde, was in dem Bericht alles drinstünde, da der Betriebsrat einiges gehört habe und wolle, dass ihm ein Zwischenbericht erteilt werde, dann würde der Wirtschaftsprüfer den Bericht natürlich nicht einem Dritten, oder wer auch immer sein Interesse äußern würde, zur Verfügung stellen. Er würde dies stattdessen erst zu einem Zeitpunkt tun, zu dem er selbst sicher sein könnte, dass das, was er geschrieben hat, auch den Tatsachen entspricht. Das wäre nämlich dann der Fall, wenn er diese Themen, die er in seinem Prüfungsbericht thematisiert hat, mit dem Vorstand, dem Controller oder mit wem auch immer besprochen hätte.

Ich finde, wir sollten bei diesem Thema versuchen, ohne jeglichen Schein vor dem Munde Transparenz zu schaffen. Denn es gibt im Übrigen kein einziges Bundesland, das einen ähnlichen Lösungsansatz vorsähe. Es gibt lediglich beim Bund – auch das ist angesprochen worden – in § 96 der Bundeshaushaltsordnung eine Form der Öffnungsklausel, die den Bundesrechnungshof schützen soll. An dieser Stelle handelt es sich in der Tat um etwas, worüber man während des Verfahrens zu diesem Gesetzentwurf einmal reden sollte. Denn auch wir finden, dass der Rechnungshof eine Möglichkeit haben sollte, zu reagieren, falls es zu Indiskretionen kommen und er in die Situation geraten sollte, durch die gegenwärtige gesetzliche Regelung bestimmten Dingen öffentlich nicht widersprechen zu können. In Anbetracht eines solchen Falles müssten wir uns in der Tat im Haushaltsausschuss darüber unterhalten, wie hier angemessen reagiert werden könnte.

Die CDU-Fraktion ist bereit, an dieser Stelle Transparenz zu schaffen.

Im Übrigen würden wir aber den Rechnungshof in Schwierigkeiten bringen, wenn der Gesetzentwurf so beschlossen würde, wie ihn die SPD-Fraktion eingebracht hat, nämlich in der Form, dass auf einfaches Verlangen einer Fraktion quasi jeder Bericht, in welchem Stadium er sich auch immer befände, herausgegeben werden müsste. Dann stellte sich die Frage: Wer würde im Rechnungshof darüber entscheiden, ob Berichte herausgegeben werden? Es stellte sich auch die Frage – das habe ich vorhin gesagt –: Welchen Wert kann ein Bericht zu einem bestimmten Zeitpunkt schon haben?

Insofern sind wir der Meinung: es muss ein grundsätzliches Ja dafür geben, dem Rechnungshof Reaktionsmöglichkeiten einzuräumen, allerdings lediglich in Form eines Entwurfs, der im Haushaltsausschuss beraten würde, und lediglich unter Rückkopplung mit denjenigen, die Betroffene des Prüfungsberichtes wären. Wir meinen – zumindest nach dem derzeitigen Stand; es mag sein, dass wir in diesem Verfahren noch zu anderen Erkenntnissen kommen werden –, dass die Möglichkeiten, die uns die Landeshaushaltsordnung schon heute gibt, dafür ausreichen. Wir sind der Meinung, dass der Gesetzentwurf, so wie er heute vorgelegt worden ist, nicht geeignet ist, das Problem, das Sie selbst geschildert haben, zu lösen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Milde, zu einer Kurzintervention hat sich Frau Hofmann zu Wort gemeldet. Bitte sehr, Frau Hofmann.

**Heike Hofmann (SPD):**

Herr Milde, es ist schon einmal gut, dass die CDU-Fraktion aufgrund unserer Gesetzesinitiative zum Nachdenken gekommen ist. Ich glaube, Sie sehen einen Regelungsbedarf – das haben Sie gerade zum Ausdruck gebracht –, der für mich noch nicht ganz greifbar ist, und ich will darauf etwas erwidern, dass Sie gesagt haben, Sie hätten sich im Vorfeld dieser Gesetzesinitiative einen anderen Umgang gewünscht. Sie müssen erkennen, dass es im Vorfeld unserer Initiative einen sehr umfänglichen Schriftwechsel sowohl mit dem Landesrechnungshof als auch mit dem zuständigen Ministerium gegeben hat.

Wir haben diese Frage schon häufiger im Ausschuss, aber auch bilateral erörtert, bevor wir nun als letzten Schritt – denn wir hatten keine andere Möglichkeit mehr – parlamentarisch initiativ geworden sind.

Sie haben von einem Einzelfall gesprochen, aber es ist kein Einzelfall. Herr Schmitt hat hier gerade mindestens zwei Fälle substantiiert dargelegt, wo es Schwierigkeiten gegeben hat, als Parlament unser Kontrollrecht gegenüber dieser Regierung auszuüben.

Ich stelle an Sie die Frage – wir haben in § 96 der Bundeshaushaltsordnung eine praktikable Regelung, die auf Bundesebene hervorragend funktioniert; ich habe hierzu nichts Gegenteiliges gehört, sodass wir unseren Gesetzentwurf dort entlehnt haben, denn wir wollen diese Regelung auch in Hessen einführen –: Was spricht dagegen, solch eine Regelung in Hessen zu implementieren?

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hofmann. – Herr Milde, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Frau Kollegin Hofmann, ich gehe gerne hierauf ein, weil Sie im Prinzip geschildert haben, weshalb wir dagegen sind, das Gesetz so zu ändern, wie es die SPD-Fraktion vorgeschlagen hat. Denn ein Kontrollrecht ist erst dann ein Kontrollrecht gegenüber der Regierung, wenn es sich um etwas handelt, was die Regierung herausgegeben hat und zu dem ihr die Möglichkeit gegeben wird, Stellung zu nehmen.

Wenn ich den geschilderten Fall richtig in Erinnerung habe, dann war es genau so, dass eben noch kein kommentierter Bericht vorgelegen hat. Insofern war auch nichts da, womit man Regierungshandeln in konkreter Weise hätte kontrollieren können. Daher sind wir nach wie vor der Meinung, dass der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD am Thema vorbeigeht, und in der Bundeshaushaltsordnung steht auch etwas ganz anderes drin. Da steht: „Prüfungsergebnisse von grundsätzlicher oder erheblicher finanzieller Bedeutung teilt der Bundesrechnungshof dem Bundesministerium für Finanzen mit. Der Bundesrechnungshof ist zu hören, ...“

Es wird in der Bundeshaushaltsordnung eine qualitative Einschränkung gemacht, die in Ihrem Gesetzentwurf nicht enthalten ist. Ich bin mir sicher, dass das Parlament auch nach der geltenden Haushaltsordnung keine Probleme gehabt hätte, diesen Bericht zu diskutieren, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem der Bericht, den Sie angesprochen haben, fertig gewesen und logischerweise von dem, der von ihm betroffen gewesen wäre, kommentiert worden wäre.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wenn das die Opposition sagt, dann kommen wir zusammen!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Milde. – Herr Kaufmann hat als Nächster für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicher gut, dass wir dieses Thema heute Abend in sehr unaufgeregter Atmosphäre diskutieren; denn in der Tat hat die SPD-Fraktion mit ihrem Gesetzentwurf auf einen Punkt hingewiesen, der durchaus zu diskutieren ist. Auch wir meinen, dass die Situation, wie sie die Landeshaushaltsordnung derzeit beschreibt, so nicht bleiben sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ob der Gesetzentwurf, so wie er uns konkret vorgelegt worden ist, am Ende der Weisheit letzter Schluss ist oder ob man vielleicht noch eine bessere Lösung finden könnte, das sollen die weiteren Beratungen ergeben. Ich freue mich, dass der Präsident des Bundesrechnungshofs, Herr Prof. Eibelshäuser, dieser Debatte beiwohnen und

während der Ausschussberatung vielleicht aus seiner Sicht den einen oder anderen Hinweis geben wird.

Der Rechnungshof selbst definiert sich als weder der exekutiven, der legislativen oder der rechtsprechenden Gewalt zugehörig. Man könnte jetzt frech sein und sagen, er würde sich selbst als vierte Gewalt definieren. Er definiert sich aber so, dass er sagt, er diene der Gesamtheit des Staats und wolle deshalb ein äquidistantes Verhältnis zu den drei Staatsgewalten haben. Das sollte er auch haben.

Gehen wir einmal von dieser Definition aus, die sich der Rechnungshof selbst gibt, und schauen dazu einmal in die Landeshaushaltsordnung. Dazu fallen zwei Paragraphen ins Auge. Zum einen ist dies § 88 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung. Zum Zweiten betrifft dies § 99 Landeshaushaltsordnung. In beiden steht sinngemäß das Gleiche. Ich zitiere aus § 88 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung:

Soweit der Rechnungshof den Landtag berät, unterrichtet er gleichzeitig die Landesregierung.

So weit, so gut. Das Stichwort dazu lautet: Äquidistanz. Wenn die Äquidistanz eindeutig sein soll, das also in beide Richtungen gemeint ist, dann müsste da auch der umgekehrte Fall aufgeführt sein. Dann müsste da auch stehen: Wenn der Rechnungshof die Landesregierung berät, unterrichtet er gleichzeitig den Landtag.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es aber nicht!)

Ich denke, genau das wäre eine sinnvolle Weiterentwicklung.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es! Das ist asymmetrisch!)

Wir sollten in der Tat Äquidistanz schaffen, wenn man sie, gemäß der eigenen Definition des Rechnungshofs, so realisiert haben will. Im Augenblick ist es ganz eindeutig so, dass die Exekutive bevorzugt wird. Damit steht der Rechnungshof der Exekutive näher als dem Parlament. Das ist meiner Ansicht nach nicht richtig. Das ist zu kritisieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Bei § 96 Landeshaushaltsordnung, um den es bei dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD geht, wird es vielleicht noch deutlicher. Dort wird vorgesehen, dass die betreffende Stelle, aber sonst niemand zu unterrichten ist.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das heißt, die Exekutive erhält die Information. Denn in aller Regel – Ausnahmen mag es geben – ist die betreffende Stelle eine Geld ausgebende, d. h. eine ausführende und damit der Exekutive zuzurechnende Stelle. In ganz seltenen Fällen könnte es sein, dass das nicht zutrifft.

Demzufolge wäre der Vorschlag richtig, wenn in den §§ 88 und 99 Landeshaushaltsordnung Folgendes stehen würde. Gegenwärtig steht in § 88 Landeshaushaltsordnung: Berichtet er dem Landtag, so unterrichtet er gleichzeitig die Landesregierung. – Das müsste um die Formulierung ergänzt werden: Berichtet er der Landesregierung, so unterrichtet er gleichzeitig den Landtag. – Dann wäre Äquidistanz hergestellt.

Wie die Unterrichtung im Landtag vollzogen wird, ist, das sage ich ganz klar und deutlich, keine Angelegenheit der Landeshaushaltsordnung. Vielmehr wäre das eine Angelegenheit unserer internen Regelung. Möglicherweise könnte dies über eine Ergänzung der Geschäftsordnung erfolgen, in der geregelt wird, wie man mit diesen Unter-

richtungen umgeht. Naheliegender wäre, dass sich der Unterausschuss, den wir dafür haben, zunächst einmal mit den Unterrichtungen befasst. Darüber kann man durchaus reden. Das würde ich aber nicht in die Landeshaushaltsordnung hineinschreiben.

Wenn es denn so wäre, dass die Äquidistanz, die der Rechnungshof selbst fordert, nicht herstellbar ist, dann wäre es doch, das sage ich mit Nachdruck, eher das Parlament, also die erste Gewalt, das den Vorzug vor der Regierung bekommen sollte. Wenn der Rechnungshof nicht gleich weit von beiden entfernt sein kann, sollte er eher dem Parlament als der Regierung näherstehen.

Wenn man schon vergleichen will, kann man feststellen, dass die Aufgaben des Parlaments und des Rechnungshofs eher vergleichbar sind, als es die des Rechnungshofs und der Regierung sind. Das Parlament und der Rechnungshof haben die Aufgaben der Kontrolle und der Überwachung.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist richtig!)

Sie haben auch das Recht, der Regierung zu sagen, wie sie agieren soll. Ich sehe jetzt einmal von den Einzelplänen 01 und 11 ab. Aber auch dort ist der Finanzminister eine durchaus nicht unerhebliche Instanz. Ansonsten vollzieht aber nur die Regierung Geldausgaben und geht finanzielle Verpflichtungen ein. Sie ist also diejenige, die sich mit einer Kontrolle, einer Nachprüfung und der entsprechenden Berichterstattung konfrontiert sehen muss. Wir, die Mitglieder des Parlaments, haben durchaus ein Interesse daran, hierüber unterrichtet zu werden.

Ich richte mich jetzt insbesondere an die Kolleginnen und Kollegen der SPD. Ich will das noch einmal unterstreichen. Ihr Gesetzentwurf spricht das Problem richtig an. Meiner Meinung nach zeigt er aber keine optimale Lösung auf. Ich habe es bereits ausgeführt: Die Änderungen in den §§ 88 und 99 Landeshaushaltsordnung sind meiner Meinung nach wichtiger, als es die Regelungen hinsichtlich der Prüfung nach § 96 Landeshaushaltsordnung sind.

Was diese Regelungen angeht, wäre es unserer Ansicht nach sinnvoller, Abs. 2 zu verlängern. Bisher lautet § 96 Abs. 2 Landeshaushaltsordnung:

Prüfungsergebnisse von grundsätzlicher oder erheblicher finanzieller Bedeutung teilt der Rechnungshof auch dem Minister der Finanzen mit.

Da, würde ich sagen, sollte die Formulierung lauten, dass der Rechnungshof die Prüfungsergebnisse dem Landtag und dem Minister der Finanzen mitteilt. Das wäre der letzte Schritt zur Erreichung der Äquidistanz. Dabei geht es um die „Prüfungsergebnisse von grundsätzlicher oder erheblicher finanzieller Bedeutung“, also um die wichtigen Dinge.

Ich sage dazu: Ich möchte nicht unbedingt Informationen über Prüfungsergebnisse haben, die weder von grundsätzlicher noch von erheblicher finanzieller Bedeutung sind. Denn man kann auch leicht mit Informationen zugeschüttet werden. Das ist in der Tat eine Angelegenheit, die zunächst einmal zwischen den Betroffenen und den Betroffenen abgemacht werden müsste.

Mit den Vorschlägen, die ich zu skizzieren versucht habe, kann die Äquidistanz tatsächlich verwirklicht werden. Herr Kollege Milde, vielleicht kommen wir während der Beratung im Ausschuss und der entsprechenden Debatte tatsächlich ein Stückchen weiter. Eine direkte Verpflichtung, den Haushaltsausschuss oder ein Gremium des

Landtags, dann auch noch im Auftrag einer Fraktion, zu unterrichten, würde ich nicht unbedingt in der Landeshaushaltsordnung stehen haben wollen, so sehr ich das im Augenblick als Mitglied einer Oppositionsfraktion vielleicht schön finden könnte.

Allerdings sollte man schon eines beachten, wenn man sich hinsichtlich der Unterrichtung des Landtags insgesamt näherkommen sollte. Dann muss die Frage geklärt werden, wie es um die Willensbildung innerhalb des Landtags steht. Da kann man einerseits sagen: Die Mehrheit entscheidet immer. – Man kann aber auch die Frage stellen, ob es da möglicherweise um ein Minderheitenrecht geht. Das kennen wir von anderen Thematiken auch. – Herr Kollege Wintermeyer, Sie haben mich eben so freundlich angeschaut.

(Axel Wintermeyer (CDU): Ich habe freundlich den Kopf geschüttelt!)

Eines ist doch immerhin noch denkbar. Ich würde das nicht empfehlen. Aber es ist denkbar, dass, sobald die jeweilige Opposition erfährt, dass sich ein Bericht des Rechnungshofs in den Händen der Landesregierung befindet, sie mittels Einsetzung eines Untersuchungsausschusses auf die Akte zugreift. Das kann man dann nämlich. Das ist nicht empfehlenswert. Das ist auch ein Prozedere, das –

(Axel Wintermeyer (CDU): Es dauert dann aber, bis sie den Inhalt zur Kenntnis bekommen! – Gegenruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD): Ja, das stimmt, das dauert!)

– Es dauert, bis wir dann die Akteneinsicht erhalten. Unter Umständen wird sich im Streit einmal klären, wie das aussieht. Aber ich will jetzt gar nicht in die falsche Richtung gelangen. Ich will dazu nur noch Folgendes sagen.

Erstens weiß niemand auf alle Zeiten, wer sich in der Opposition und wer sich in der Regierung befindet.

Zweitens kann es für das Verhältnis dieser drei Institutionen insgesamt, nämlich Rechnungshof, Landtag und Landesregierung, durchaus sinnvoll sein, dass man ein vernünftiges Miteinander-Umgehen findet.

Wenn wir den Finanzminister im Haushaltsausschuss reden hören, wird relativ häufig deutlich, dass auch er gelegentlich aufgrund seiner sich aus seiner Pflicht ergebenden Sichtweise manchen Argumenten der Opposition im Einzelfall näher steht als den Fachinteressen des einen oder anderen Ressorts. Denn natürlich muss man auch kritisch hinterfragen, was von der einen oder anderen Stelle gewünscht wird.

Herr Weimar, ich hoffe, ich habe Sie nicht in Schwierigkeiten gebracht. Ausnahmsweise war das einmal nicht meine Absicht. An anderer Stelle ist das schon so.

Hinsichtlich der Mittelverwaltung und der Ausgaben gibt es logischerweise entsprechende Interessen des Finanzministers. Dabei sollte er einen kritischen Blickwinkel durchaus nicht außer Acht lassen. Das ist auch im Interesse des Rechnungshofs. Das ist sicherlich auch im Interesse der Mitglieder der Opposition.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Das sollte auch, und zwar vielleicht ein bisschen mehr, als es derzeit geschieht, das Interesse der Mitglieder der Regierungsfraktion oder der Regierungsfaktionen sein.

(Norbert Schmitt (SPD): Eigentlich schon!)

Aber wir wissen, wie die Lebenswirklichkeit aussieht. Insoweit, denke ich, könnte man auf dieser Basis zusammenfinden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Im Haushaltsausschuss werden wir sicherlich Gelegenheit haben, darüber zu reden.

Ich möchte noch ein kleines Aperçu machen. Ich habe noch knapp eine Minute Redezeit.

Herr Finanzminister, wenn wir über eine Änderung der Landeshaushaltsordnung reden, dann sollte man vielleicht auch zu der einen oder anderen Vorschrift die Frage stellen, ob sie praktikabel ist. Speziell meine ich § 30 Abs. 1 Landeshaushaltsordnung. Dort ist eine Frist für die Landesregierung vorgesehen, innerhalb derer sie den Entwurf des Landeshaushalts dem Parlament vorlegen muss. In dieser Legislaturperiode konnte diese Frist kein einziges Mal eingehalten werden. Ich habe das jetzt ganz freundlich gesagt.

Da die Vorschrift so ist, dass sie nicht funktioniert, wäre es, wenn man eine Änderung der Landeshaushaltsordnung anpackt, vielleicht sinnvoll, eine für alle Beteiligten praktikable Vorschrift zu finden, die lauten könnte, dass man sagt, dass man von der ersten Sitzungswoche im September abrückt und einfach September sagt. Vielleicht könnte man einen solchen Konsens herstellen.

Ich bin gerne entgegenkommend. Denn den Zustand, dass man eine Gesetzesvorschrift hat, die nicht eingehalten wird, kann auch aus unserer Sicht niemand wollen.

(Beifall der Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dieses Thema haben wir aber bereits an anderer Stelle diskutiert. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, danke sehr. – Als nächster Redner erhält Herr von Hunnius das Wort.

#### **Roland von Hunnius (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion, der uns zur ersten Lesung vorgelegt wurde, ist in der Tat erstaunlich, und zwar hinsichtlich verschiedener Aspekte. Zum einen soll eine Auskunftspflicht der geprüften Stelle, nicht der Landesregierung, sondern der geprüften Stelle, installiert werden. Die geprüfte Stelle kann eine Landesbehörde sein. Es kann z. B. aber auch ein Unternehmen sein, das dem Land gehört und das staatliche Tätigkeiten ausübt.

Die geprüfte Stelle soll auf Anforderung einer Fraktion über den Prüfungsvorgang Auskunft geben. Wir meinen, das ist schon erstaunlich. Denn das widerspricht der Vorstellung, dass die Landesregierung gegenüber dem Parlament die Gesamtverantwortung trägt.

(Beifall der Abg. Nicola Beer und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Das kann so nicht funktionieren. Es kann nicht sein, dass sich irgendeine Fraktion irgendeine Stelle herausucht

und dazu einmal anfragt. Mit einer Frist von 14 Tagen geht dann der Bericht per E-Mail ein.

Das wirft auch die Frage auf, ob die SPD-Fraktion den Rechnungshof, von dem wir normalerweise derartige Berichte bekommen, als nicht glaubwürdig erachtet.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): So ist es!)

Denn ansonsten würde sie diese Pflicht doch nicht vorsehen wollen.

Vier Fraktionen könnten anfragen. Jede Fraktion soll für sich die Anfrage stellen können. Es müsste dann zumindest festgelegt werden, dass die Antwort allen Fraktionen zur Verfügung gestellt wird. Es kann nicht sein, dass eine Fraktion solche Berichte zum Gegenstand ihrer politischen Erwägungen macht, während die anderen Fraktionen davon ausgespart bleiben.

(Beifall bei der FDP)

Am kritischsten finden wir aber ein Wort, das in Ihrem Gesetzentwurf verschämt in Klammern zu lesen ist. In „B. Lösung“ heißt es: „(vorläufiges) Prüfungsergebnis“. Sie wollen es in der Tat also so haben, dass die Prüfungsergebnisse bereits dann auf Anforderung einer einzelnen Fraktion mitgeteilt werden, wenn sie noch vorläufigen Charakter haben, von den Betroffenen also noch nicht kommentiert wurden.

Dazu könnte man sagen: Je eher, umso besser, wir wollen das alles möglichst schnell haben. – Aber wozu würde das denn führen? Das würde doch dazu führen, dass uns die Prüfungsergebnisse des Rechnungshofs zur Verfügung gestellt werden, ohne dass der Praxischeck erfolgt ist.

(Beifall bei der FDP)

Die geprüfte Stelle hat dann keine Chance, dazu Stellung zu nehmen. Bei aller Würdigung der Arbeit des Rechnungshofs ist es doch so, dass auch er sich natürlich in Einzelheiten einmal irren kann. Möglicherweise sieht er die Zusammenhänge anders als die Landesregierung. Er kann sie auch anders sehen, als es vielleicht zutreffend ist. Der Rechnungshof erteilt auch Aufträge an Subunternehmen, die sich vielleicht ihrerseits irren könnten.

Aber es wäre doch im Interesse aller, zu wissen, was die Landesregierung zu diesem Vorwurf sagt. Vielleicht ist er gar nicht berechtigt. Vielleicht verhält es sich ganz anders, als es dargestellt worden ist. Erst dann können Sie daraus Konsequenzen ziehen. Die Alternative wäre, dass wir nicht ausschließen, sondern sogar willentlich in Kauf nehmen, dass wir Fehlern und Irrtümern aufsitzen – daran kann keinem gelegen sein –,

(Beifall bei der FDP)

dass wir aus Informationen, die vielleicht nicht komplett zutreffen, weil der Kommentar der Landesregierung fehlt, dann die falschen Konsequenzen ziehen. Hier muss man in der Tat fragen: Was ist der Nutzen eines solchen Antrages? – Das, was Kollege Kaufmann vorgeschlagen hat, hat sehr viel Charme. Damit könnten wir uns anfreunden. Aber durch eine Fraktion vorläufige Berichte abzufordern, ist vielleicht nicht besonders sinnvoll.

Ich weiß nicht genau, was der Anlass war. Davon ist ein bisschen sophistisch gesprochen worden. Das können wir im Ausschuss vielleicht näher beleuchten. Was immer der Anlass war – er bezieht sich auf den Einzelplan 05, wie es scheint –, dem Anlass wird man mit diesem Antrag nicht gerecht. Einer Gefahr wollen wir in jedem Fall vorbeugen. Wir wollen der Gefahr vorbeugen, dass die Berichte des

Rechnungshofes instrumentalisiert werden, und zwar von einer Fraktion, egal, welche es im Sinne ganz bestimmter Zielsetzungen ist.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb möchte ich für die FDP-Fraktion betonen: Wir haben mit dem Rechnungshof beste Erfahrungen gemacht. Wir haben mit der Tatsache beste Erfahrungen gemacht, dass wir Berichte und Kommentare bekommen haben und uns ein Bild machen konnten. In vielen Fällen hat der Rechnungshof gesagt: Der Kommentar der Landesregierung trifft gar nicht zu; das sehen wir trotzdem ganz anders. – Okay, dann wissen wir das. Dann verstärkt es den Eindruck, der damit erzielt worden ist. Aber in manchen Fällen konnte der Kommentar der Landesregierung dazu beitragen, den Sachverhalt weiter zu erhellen. Der Rechnungshof darf nicht zum Spielball der Politik werden.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb liegt uns sehr daran, dass wir es bei der bisherigen Praxis belassen und dass alle Gesetzentwürfe, die Rechte und Pflichten des Rechnungshofes und den Umgang mit seinen Berichten betreffen, möglichst einvernehmlich im gesamten Parlament behandelt werden. Das ist eigentlich neben solchen Differenzen, über die man reden kann, der Vorwurf an die SPD-Fraktion, dass sie einfach mit zwei Sätzen einen Entwurf macht: Jetzt gehen wir damit ins Plenum und sehen, was damit passiert.

Ich meine, es wäre ein besserer Stil, sich über die Fragen gemeinsam zu unterhalten und nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen, die von allen vier Fraktionen getragen werden. Alle Fraktionen haben ein gemeinsames Interesse daran, dass der Rechnungshof seine Arbeit vernünftig durchführen kann und dass wir Ergebnisse bekommen, die wir vernünftig auswerten können.

Jede Fraktion ist oder kann Opposition in diesem Parlament werden. Das weiß auch die CDU-Fraktion. Insofern sind die Interessen gar nicht auseinanderlaufend. Lasst uns also bei der Praxis bleiben, derartige Fragen im Einvernehmen zu klären und zu besprechen. Vielleicht können wir das im Ausschuss entsprechend nachholen. Dann können wir auch über den Anlass diskutieren und schauen, welche Lösungsmöglichkeit es gibt. Das, was von der SPD-Fraktion als Gesetzentwurf vorgelegt worden ist, ist nach gegenwärtigem Kenntnisstand – so will ich das einschränken – aus Sicht der FDP-Fraktion weder erforderlich, noch ist es sinnvoll.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Frank Williges (CDU))

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr von Hunnius. – Herr Schmitt hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Schmitt, Sie haben drei Minuten Redezeit.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu der – das muss ich sagen – sehr sachlichen Debatte zwei Vorwürfe klären. Erster Vorwurf: Stil. Der Gesetzentwurf von unserer Seite kam sicherlich nicht überraschend. Die Frage wurde im Rechtsausschuss – das ist dargestellt worden – sehr intensiv erörtert. Herr Milde, anders, als es dargestellt worden ist, gab es aus dem Mi-

nisterium zu dem Rechnungshofbericht eine Stellungnahme. Aber die Mehrheit hatte verweigert, beides – sowohl den Rechnungshofbericht als auch die Stellungnahme des Ministeriums – dem Parlament zuzuleiten. Das muss man als Hintergrund wissen.

Herr Milde, ich glaube, wir können vielleicht das aufklären, was Herr von Hunnius eben dargestellt hat. Ich vermute, dass wir uns in der Ausschussberatung annähern können, weil als Streitpunkt – wenn ich Sie richtig verstanden habe – noch verbleiben wird: Muss, wenn ein solcher Bericht weitergeleitet wird, am Ende das Ministerium als zuständige Stelle die Möglichkeit haben, seine Auffassung dazu dem Parlament mitzuteilen? Wenn es daran hängt, wäre ich gerne bereit, anders, als es in unserem Gesetzentwurf steht, an dieser Stelle zu einer Verständigung zu kommen.

Herr von Hunnius, ich will Ihnen nur an einer Stelle eine Erwiderung geben. Natürlich ist es nicht so, dass Rechnungshofberichte jenseits der Praxis sind. Alle Rechnungshofberichte, auch kleinste Prüfberichte, werden natürlich mit der zuständigen Stelle besprochen. Es wird das Ergebnis mitgeteilt, und es gibt die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen, bevor der Rechnungshof seinen Prüfbericht veröffentlicht.

Deswegen möchte ich diesen Hinweis oder Vorwurf an den Rechnungshof „jenseits der Praxis“ hier nicht stehen lassen. Dieses ist eingearbeitet. Was nicht eingearbeitet ist – darüber können wir uns im Ausschuss unterhalten –, ist die offizielle Stellungnahme des Ministeriums. Wenn Sie sie dabei haben wollen, aber wir ansonsten dazu kommen, dass das Parlament auch von Prüfergebnissen unterrichtet wird, die bisher nicht weitergeleitet wurden, dann hätte uns die Debatte ein Stück weitergebracht. Insoweit hoffe ich auf gute und sachliche Beratung des Gesetzentwurfs im Haushaltsausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir sind damit am Ende der Aussprache zur ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Landeshaushaltsordnung.

Der Gesetzentwurf soll dem Haushaltsausschuss zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen werden. – Kein Widerspruch, dann so beschlossen.

Ich darf noch **Tagesordnungspunkt 4** aufrufen:

#### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Hessisches Gesetz zur Neuausrichtung des öffentlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens – Drucks. 16/7234 –**

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs darf ich Herrn Dr. Rhiel das Wort erteilen.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte Ihnen kurz den Entwurf der Hessischen Landesregierung für ein Gesetz zur Neuordnung des öffentlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens vorstellen. Im Zentrum des Entwurfs steht die Ablösung des seit 1992 geltenden Hessischen Vermessungsgesetzes



durch das Hessische Vermessungs- und Geoinformationsgesetz.

Sie sehen schon an der Überschrift und der Bezeichnung, es handelt sich um eine Weiterentwicklung dieser Dienstleistung des Landes. In den letzten Jahren haben sich die Anforderungen an ein modernes öffentliches Vermessungswesen in seiner fundamentalen Rolle erheblich erweitert. Beispiele sind aus dem Bereich der infrastrukturellen Landesentwicklung, aus dem Bereich der Umwelt und des Naturschutzes, aus der Geoinformationswissenschaft, aus der Immobilienwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, schließlich merken wir, dass das öffentliche Vermessungswesen mehr und mehr zum Kern einer staatlichen Gewährleistungsaufgabe mit vielen neuen und weiterentwickelten Teilbereichen geworden ist. Dieser Entwicklung trägt das bisherige Fachgesetz nicht mehr in ausreichendem Maße Rechnung.

Die Daten und Dienstleistungen des öffentlichen Vermessungswesens stellen für diese Informationsinfrastruktur – Stichworte: Eigentumssicherung an Grund und Boden, effizientes Bodenmanagement, verkehrsinfrastrukturelle Entwicklungsmaßnahmen und nicht zuletzt der wirkungsvolle Natur- und Umweltschutz – unverzichtbare Basisbestandteile dar. Sie sind gleichsam der Kern einer ressortübergreifenden Geodateninfrastruktur.

Deshalb gilt es, zunächst das Geoinformationswesen als solches per Gesetz zur staatlichen Aufgabe zu erheben und dann beide Aufgabengebiete, wie sie in der Überschrift bezeichnet werden, in einen logischen normativen Kontext zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, des Weiteren richtet sich Hessen damit schon heute auf die Zielsetzung einer europäischen Geodateninfrastruktur aus, die inzwischen durch eine Europäische Richtlinie für alle EU-Länder verbindlich geworden ist.

Meine Damen und Herren, die Daten des öffentlichen Vermessungswesens können – darum geht es bei der Weiterentwicklung – ihr Wertschöpfungspotenzial nur dann entfalten, wenn sie zu möglichst nutzer- und anwendungsgerechten Konditionen zugänglich gemacht werden. Hier gilt es, dass der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation der gesetzliche Auftrag dafür erteilt wird, dass ihre Daten und Dienstleistungen künftig z. B. auch über Onlinedienste bereitzustellen sind. Dieses muss im Gesetz normiert werden.

Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien im öffentlichen Vermessungswesen soll forciert werden. Auch dazu bedarf es im Gesetz einer normativ erweiterten Grundlage. Von der Entwicklung dieses Bereiches gehen starke innovative Impulse auch für andere Vorhaben der Landesregierung aus, insbesondere für die E-Government-Projekte.

Einen weiteren Punkt will ich erwähnen, der auch die Notwendigkeit zur Veränderung des Gesetzes begründet hat. Die satellitengestützten Vermessungsverfahren haben sich seit längerem durchgesetzt. Sie übertreffen sogar die bisherigen herkömmlichen Messmethoden an Genauigkeit und Effizienz. Deshalb ist es überfällig, dass auch diese Datenerhebung und -verwendung im Gesetz legalisiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem neuen Gesetz können wir auch den Zwang der Eigentümer zur kostenpflichtigen Abmarkung der Grundstücks-

grenzen als entbehrlich darstellen. In Zukunft kann jeder Eigentümer selbst entscheiden, ob er das haben will oder nicht.

Ein Weiteres. In Zukunft sind die Eigentümer nur noch verpflichtet, neu errichtete Gebäude auf eigene Kosten für die Liegenschaftskataster vermessen oder einmessen zu lassen, deren Gebäude nach Größe, Wert und Lebensdauer wesentlich sind. Wesentlich sind z. B. nicht mehr Carports, Gartenhütten oder Ähnliches. Die Vermessung für solche Einrichtungen, die bisher pflichtgemäß eingemessen werden mussten, fällt in Zukunft weg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen in diesem Gesetzentwurf auch das nachvollziehen, was Zug um Zug bereits Praxis ist, nämlich eine kontinuierliche Verlagerung der Auftragsvermessungen auf öffentlich bestellte Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure. Dieser Prozess firmiert unter der Bezeichnung Auftragsprivatisierung, ÖBVI, also die öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure. Diese Kompetenz, die sie erhalten, muss allerdings auch im Gesetz abgesichert sein, sodass geregelt ist, dass Gebäudevermessungen von ihnen von Amts wegen durchgeführt werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Das hessische Vermessungs- und Geoinformationsgesetz, wie wir als Hessische Landesregierung es Ihnen im Entwurf vorlegen, weist eine zukunftsfähige Konzeption auf. Es hat auch wesentliche Vorteile und Schrittmacherfunktionen für ähnliche Gesetze der anderen Bundesländer. Es ist schlank, es ist in seiner Diktion eindeutig, es überwindet alte Strukturen, und es ist die Grundlage für ein leistungsfähiges und effizientes öffentliches Vermessungs- und Geoinformationswesen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Dr. Rhiel. – Die Aussprache ist eröffnet. Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben als Erster das Wort für die SPD-Fraktion. Redezeit: fünf Minuten.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt ein bisschen in der Schwierigkeit, weil ich dem Kollegen Milde vorhin zugesagt habe, ich mache das heute ganz entspannt und in Ruhe, weil ich nicht glaube, dass man die großen ideologischen Kampflinien an diesem Gesetz abzeichnen kann. Dem Kollegen Frankenberger musste ich zusagen, dass ich das engagiert und emotional mache, damit am Ende eines Plenartages noch ein bisschen die nötige Stimmung aufkommt.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): So ein Scharfmacher! – Axel Wintermeyer (CDU): Wir werden Sie an Ihren Worten messen!)

Herr Rhiel mit einem Teil seiner Bemerkungen würde mich auch dazu provozieren, ein paar polemischere Bemerkungen zu machen. Wenn er seinen ideologischen Überbau weggelassen hätte, wären wir viel entspannter.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, im Kern hat er natürlich recht: Das öffentliche Vermessungswesen hat eine hohe Anerkennung und Vertrauensstellung. Was in der Gesetzesbegründung zur Geoinformation steht, ist im Kern in seinen Herausforderungen und Anforderun-

gen auch richtig beschrieben. Insofern gibt es aus unserer Sicht keine grundsätzliche Kritik an dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf. Herr Milde und Herr Rhiel, deswegen werden wir uns, wie immer, konstruktiv in die weitere Gesetzesberatung einbringen.

Allerdings gibt es bei uns schon eine Reihe von Fragen, die Ihnen offensichtlich auch während der Regierungsanhörung schon von Fachvertretern vorgetragen wurden – Sie haben das zum Teil schon selbst angesprochen – und die aus unserer Sicht zumindest noch der Klärung bedürfen. Da gehen wir Ihren Weg bis jetzt noch nicht mit.

Das eine ist in der Tat die Abmarkierungspflicht; ich habe das gerade mit dem Kollegen Bender kurz besprochen. Das ist eine Form von Deregulierung, die unter Umständen am Ende mehr Probleme produziert, als Sie durch die Beibehaltung der Abmarkierungspflicht in einem solchen Gesetz hätten, weil durch eine solche Deregulierung Rechtsunsicherheiten eher zunehmen können. Das ist Ihnen auch von einigen gesagt worden.

Dasselbe gilt für den Begriff „Liegenschaften, die bedeutsam sind“. Was ist bedeutsam für eine Vermessung, für eine solche Liegenschaftskarte, für die Frage der Planung? Sie schreiben – offensichtlich ist das die Idee –, dass beispielsweise Gebäude oder gebäudeähnliche Einrichtungen, die nicht größer als 50 m<sup>2</sup> sind, zukünftig nicht mehr in solche Kartenbestände aufzunehmen sind. Ob das eine kluge Idee ist, würden wir gern hinterfragen. Im Moment sind wir da eher skeptisch.

Genauso skeptisch sehen wir die Regelung, die Sie jetzt unter dem Stichwort der Auftragsprivatisierung vorgesehen haben. Sie versuchen in Prinzip durch zwei Formulierungen, die Möglichkeiten der kommunalen Vermessungsämter deutlich einzuschränken, indem Sie die Eigenesellschaften ganz dezidiert nicht mehr im Gesetz aufnehmen, nur die Eigenbetriebe. Das halten wir ebenfalls für falsch, weil die kommunalen Vermessungsämter genauso wirtschaftlich arbeiten wie andere. Dort, wo wir die Kompetenz vor Ort haben – gerade in den Städten wird sie besonders intensiv abgerufen –, ist es in der Tat klug, dann auch die Kompetenz in der kommunalen Verwaltung zu lassen.

Völlig anders zu beurteilen ist die Frage von kommunalen, aber auch von privaten Aufträgen dort, wo es keine kommunalen Vermessungsämter gibt. Dort sind gerade die Erfahrungen mit öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren außerordentlich gut und werden durchgängig gestärkt.

(Beifall des Abg. Bernhard Bender (SPD))

Deswegen gibt es da einen gewissen Interessengegensatz. Aber gerade die Städte mit kommunalen Vermessungsämtern sollten auch weiter die Möglichkeit haben. Im Übrigen glaube ich nicht, dass wir überhaupt in der Lage sind, den kommunalen Gebietskörperschaften über ein solches Gesetz vorzuschreiben, wenn sie Aufgaben nicht oder in anderer Rechtsform wahrnehmen, dass das nicht mehr möglich sein soll. Über diesen Punkt werden wir sicherlich auch im Rahmen der Anhörung noch diskutieren. Der Städtetag hat dies bereits kritisch angemerkt.

Unabhängig davon will ich die Kostenregelung, die auch Gegenstand von Erörterungen war, die Frage einer möglicherweise überbeurteilten und nicht ganz ausgereiften Technik sowie das Spannungsverhältnis zwischen Kommunen mit Vermessungsämtern und Kommunen ohne Vermessungsämter oder auch öffentlich bestellten Ver-

messungsingenieuren zum jetzigen Zeitpunkt nicht weiter vertiefen, weil ich glaube, die Interessenkonflikte sind klar.

Wir werden, wie eben schon gesagt, dieses Gesetzgebungsverfahren genauso konstruktiv und kritisch begleiten wie alle anderen. Ich glaube, dass es eine Reihe von nicht ganz kleinen Gesetzeslücken gibt, über die wir noch im Detail zu diskutieren haben. Jenseits aller Emotionslosigkeit dieser Debatte zum späten Zeitpunkt: Das mag vielleicht für den einen oder anderen ein sehr technokratischer Vorgang sein. Aber ich will daran erinnern, dass gerade das öffentliche Vermessungswesen eine wesentliche Grundlage für unsere Form des Wirtschaftens gibt, was Rechtssicherheit und Planungssicherheit angeht. Deswegen ist das, was wir heute beraten, nicht irgendein Kikikram, sondern ein wichtiges Gesetz. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Ein richtiges und gutes Gesetz, genau!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Herr Kaufmann, Sie haben als Nächster das Wort.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Sie können es ganz kurz machen!)

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann gleich an den Schlusssatz des Vorredners, des Kollegen Schäfer-Gümbel, anknüpfen. Herr Kollege Milde, ich will einen kurzen Blick in die Historie werfen. Die Bedeutung des Vermessungswesens, gerade wenn man es unter technokratischen Aspekten betrachtet, wird nicht selten unterschätzt. Dabei ist das Vermessungswesen nachweislich schon 5.000 Jahre vor unserer Zeitrechnung den Sumerern im Vorderen Orient bekannt gewesen. Sie verfügten bereits über ein hoch entwickeltes Vermessungswesen, und nur dadurch war es ihnen möglich, ihre Be- und Entwässerungssysteme zu errichten, aber auch eine geregelte Bodennutzung sicherzustellen, mit den damit zusammenhängenden Eigentumsfragen. Weil der Kollege das anspricht: Das ist gewissermaßen der Spannungsbogen, der bis in die heutige Zeit schlägt. Immer noch ist die Abgrenzung des Eigentums an Grund und Boden eine ganz wichtige Kernaufgabe des Vermessungswesens unserer Tage.

Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Bereitstellung von räumlichen Basisdaten, z. B. in Form der topografischen Karten, die wir alle noch kennen und die die Älteren vielleicht besonders schätzen. Die Entwicklung der Informationstechnik in den letzten zwei Jahrzehnten hat inzwischen natürlich neue Möglichkeiten für die Bereitstellung räumlicher Informationen geschaffen, die durch die Verknüpfung mit zusätzlichen Fachinformationen über den räumlichen Zusammenhang eine Vielzahl von Möglichkeiten bietet. Das Spektrum reicht dabei von Routenplanern und Freizeitaktivitäten über Netzplanung von Versorgungsunternehmen bis hin zur Umweltplanung – ein Punkt, der aus grüner Sicht nicht unerwähnt bleiben darf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inzwischen stellen Geobasisdaten einen wichtigen Teil der Infrastruktur dar. Sehr geehrter Herr Minister, deshalb ist es ein bisschen verwunderlich, dass die Landesre-

gierung diese Entwicklung nicht schon viel früher aufgegriffen hat und das Geoinformationswesen nicht schon lange gesetzlich geregelt hat. Denn dieses wichtige Thema wurde bereits im Jahr 2000 – das ist immerhin sieben Jahre her – in unserem Nachbarland jenseits des Rheins, wo die Rüben und die Reben blühen, in ein entsprechendes Landesgesetz aufgenommen. Herr Minister Rhiel und auch sein Vorgänger, Herr Posch, haben diese Entwicklung in Hessen doch eher verschlafen, und das Wort „Hessen vorn“ stimmt hier leider nicht. Deswegen begrüßen wir GRÜNE es ausdrücklich, dass die Bereitstellung von Geobasisdaten im vorliegenden Gesetzentwurf als Teil der staatlichen Infrastruktur und damit auch als Aufgabe des öffentlichen Vermessungswesens festgelegt wird.

Dass sich auf der Basis einer solchen Infrastruktur auch ein wirtschaftlicher Nutzen erzielen lässt, zeigen z. B. die Erfolge der Navigationssysteme sehr deutlich, die ohne Geodaten gar nicht realisierbar wären. Wichtig ist dafür aber eine mindestens deutschlandweite einheitliche Verwendbarkeit der Geodaten. Das Beispiel der Navigationssysteme zeigt dies auch: Wer durch den Rhein-Main-Balungsraum von Aschaffenburg nach Mainz fahren will, der hat kein Interesse daran, besonders darauf gestoßen zu werden, wo die Grenzen der Bundesländer Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz verlaufen. Deshalb ist es richtig und wichtig, eine länderübergreifende Zusammenarbeit als Aufgabe festzulegen.

Damit das öffentliche Geoinformationswesen aber auch tatsächlich funktionsfähig wird, ist es wichtig, dass alle öffentlichen Stellen auf der Basis der Geobasisdaten zusammenarbeiten. Hier greift der Gesetzentwurf unserer Auffassung nach etwas zu kurz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es reicht nicht, die Landesverwaltung auf dieser Basis zum Arbeiten zu bringen; hier müssen auch die Kommunen einbezogen werden. Dies setzt im Gegenzug voraus, dass die Geobasisdaten durch das Land zur Verfügung gestellt werden. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass ein einheitliches Informationskonzept entsteht und teure und ineffiziente Doppelaufnahmen vermieden werden. An diesem Punkt, als Beispiel genannt, sehen wir erkennbaren Nachbesserungsbedarf des Gesetzentwurfs.

Meine Damen und Herren, auch für die Bevölkerung und die Wirtschaft muss ein einfacher und kostengünstiger Zugang zu den Geobasisdaten gewährt sein. Denn nur so lässt sich verhindern, dass die Landesvermessung am Ende Datenfriedhöfe anlegt, die nicht genutzt werden. Deshalb müssen wir darüber diskutieren, ob die nun endlich vorgesehene Flexibilisierung wirklich ausreicht.

Neben diesen Regelungen über die Geoinformationen müssen wir uns auch intensiv über die Frage der öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure auseinandersetzen; das ist beim Vorredner angeklungen. Hier muss die hohe Qualität der Vermessungsleistung und des Liegenschaftskatasters sichergestellt bleiben. Ich denke, das sollte für alle ein Grundsatz sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir GRÜNEN begrüßen es, dass die Landesregierung endlich die rechtlichen Grundlagen für ein modernes Vermessungs- und Geoinformationswesen in Hessen schafft, und hoffen, dass es uns gemeinsam gelingt, die von mir angesprochenen problematischen Elemente noch zu bereinigen und zu einer guten Lösung zu kommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Kaufmann. – Herr Milde, Sie haben als Nächster das Wort.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kaufmann, wir – und nicht Sie – wollten um zehn vor sechs mit diesem Punkt fertig sein.

(Beifall bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Er ist fertig!)

Aber es ist in Ordnung. Ich kann mich den Worten meiner Vorredner weitestgehend anschließen. Der Minister hat die Inhalte des Gesetzes dargestellt. Die beiden Vorredner, Herr Schäfer-Gümbel und Herr Kaufmann, haben auf einige Diskussionspunkte hingewiesen, die wir im weiteren Verlauf der Beratung des Gesetzes sicherlich ernst nehmen werden. Ich möchte dazu sagen, dass es im Vorfeld – soweit ich von den Verbänden informiert worden bin – schon hinreichend Gespräche gegeben hat, bei denen auch schon Änderungen eingebracht wurden. Ich habe auch verstanden, dass das Gesetz in dieser Form kein Dogma ist. Es gibt Gesprächsbereitschaft darüber, dass dieses – wie ich hervorheben möchte – sehr bedeutende Gesetz so ausgerichtet wird, dass wir die Geodateninformationen, die wir in Hessen haben wollen, auch bekommen, dass sie kostengünstig zur Verfügung gestellt werden und dass wir hierbei das Prinzip „Wenn es Private können, sollen es auch Private machen“ berücksichtigen.

Es gibt eine Diskussion zwischen privaten und öffentlich bestellten Vermessern und den Behörden darüber, was noch vermessen werden muss. Diese Frage muss von uns beantwortet werden. Ich tendiere auch dazu, dass wir am Ende ein möglichst umfangreiches Dateninformationssystem haben, dass also viel vermessen wird und Private dazu herangezogen werden. Insgesamt ist das Gesetz zwingend notwendig, richtig und gut. Wir werden in der weiteren Debatte möglicherweise das eine oder andere noch diskutieren können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Milde. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Posch zu Wort gemeldet.

**Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann mich weitgehend dem anschließen, was die Herren Vorredner bereits gesagt haben. Herr Schäfer-Gümbel, es ist sicherlich richtig, dass uns häufig gar nicht bewusst ist, welchen Stellenwert und welche Bedeutung die Vermessung hat. Das wird heute häufig als Verwaltungsarbeit abgetan. Aber welche substanzielle Bedeutung das hat – da haben Sie sicher Recht –, ist uns nicht immer ganz bewusst.

Herr Kaufmann, dass Herr Kollege Rhiel und ich etwas verschlafen hätten, kann ich – ich glaube, auch im Namen von Herrn Rhiel – zurückweisen.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Kann man nicht sagen!)

Denn die hessische Katasterverwaltung war in der Vergangenheit immer innovativ. Nicht für jede Innovation ist immer sofort ein Gesetz notwendig.

(Beifall bei der FDP)

Manches kann man auch tun, ohne bereits die gesetzlichen Voraussetzungen zu haben.

Wenn die Geobasisdaten und die dazugehörige Datenbank jetzt geregelt und verbindlich eingeführt werden und damit allen Landesbehörden als Basisdaten zur Verfügung stehen, ist das mit Sicherheit ein unglaublicher Fortschritt, weil wir in den unterschiedlichsten Bereichen – Herr Minister Rhiel hat darauf hingewiesen – über diese Datenbasis verfügen und der Zugriff auf sie auch dazu führen wird, Infrastrukturmaßnahmen unter Berücksichtigung aller fachlichen Belange schneller einer Planung zuzuführen.

Sie haben darüber hinaus auch darauf hingewiesen, dass die Geobasisdaten nutzerorientiert für Dritte bereitgestellt werden. Auch dies begrüßt die FDP-Fraktion. Allerdings liegt hier, glaube ich, ein zentrales Problem. Denn die Frage, wie die Kostenregelung erfolgen soll, wird einer nachfolgenden Regelung überlassen. Da ist von einer Experimentierklausel die Rede. Es ist also die Frage, welche Geldbemessungsgrundsätze nach dem Verwaltungskostenrecht hier möglich sind. Hierzu werden die privaten Anwender, die das nutzen wollen, mit Sicherheit das eine oder andere in der Anhörung sagen, wenngleich das nicht Gegenstand des Gesetzes selbst ist. Es geht aber um die Frage, zu welchen Bedingungen auch Private diese Geobasisdaten nutzen können. Dies ist von besonderer Bedeutung. Insofern glaube ich, dass es richtig ist, unabhängig von der Regierungsanhörung in einer Anhörung zu erfahren, wie die potenziellen Anwender – insbesondere im privaten Bereich – dies sehen.

(Beifall bei der FDP)

Zur Frage des Verhältnisses ÖBVI/Katasterverwaltung, einem permanenten Spannungsfeld. Ich glaube, dass wir in Hessen immer einen vernünftigen Ausgleich dieser unterschiedlichen Interessenlagen gefunden haben und dass wir in der Vergangenheit – ich freue mich, dass selbst Herr Schäfer-Gümbel dies eben konzediert hat – der Aufgabe der ÖBVI einen besonderen Stellenwert eingeräumt haben. Denn wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, dass nur das staatlich gemacht werden muss, was unabweisbar ist. Dort, wo Private gleiche Leistungen erbringen können – das gilt auch für das Vermessungswesen –, haben wir das in der Vergangenheit befürwortet und durchgeführt.

Wir warten auf die Beratungen im Ausschuss unter Einschluss der Ergebnisse der Anhörung. Insgesamt aber kann ich feststellen, dass die FDP-Fraktion die Tendenz dieses Gesetzes inhaltlich voll mitträgt und alles Weitere vom Verfahrensgang, insbesondere der Anhörung, abhängig macht. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Posch. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist vorgeschlagen, den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Hessisches Gesetz zur Neuausrichtung des öffentlichen Vermessungs- und Geoinformationswesens, Drucks. 16/7234, zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr zu überweisen. – Kein Widerspruch, so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist vorgesehen, dass wir jetzt die Beschlussempfehlungen ohne Aussprache aufrufen und entsprechend abstimmen.

Nach meiner Vorlage beginnt das mit **Tagesordnungspunkt 51:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – Drucks. 16/7203 zu Drucks. 16/6169 –**

Berichterstatteerin ist Frau Abg. Hofmann. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der CDU und FDP. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – SPD. Damit angenommen.

**Tagesordnungspunkt 52:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Religionsfreiheit und Tierschutz sind kein Gegensatz – Drucks. 16/7211 zu Drucks. 16/6557 –**

Berichterstatte ist Herr Kollege Wiegel.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Getrennt nach Nr. 1 und 2!)

– Getrennt nach Nr. 1 und 2.

Wer Nr. 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit angenommen.

Nr. 2. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, FDP und SPD. Wer ist dagegen? – Die GRÜNEN. Damit insgesamt angenommen.

**Tagesordnungspunkt 53:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend unnötiges Leiden von Tieren verhindern – Drucks. 16/7212 zu Drucks. 16/6694 –**

Berichterstatte ist ebenfalls Herr Kollege Wiegel. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Mit den Stimmen der CDU angenommen.

**Tagesordnungspunkt 54:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Klimaschutz ohne Kompromisse verantwortungsbewusst gestalten – Drucks. 16/7213 zu Drucks. 16/6957 –**

Berichterstatte ist Herr Kollege Williges. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – Die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Somit angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 55:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Klimaschutz in Hessen endlich wirksam voranbringen – Drucks. 16/7214 zu Drucks. 16/6996 –**

Berichtersteller ist ebenfalls Herr Kollege Williges.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1, 2 und 3 getrennt abstimmen!)

– Alle drei getrennt abstimmen.

Wer Nr. 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit angenommen.

Nr. 2. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP und SPD. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Somit angenommen.

Nr. 3. Wer möchte zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – SPD. Somit ist die Beschlussempfehlung insgesamt angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 56:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Konzepte für die Schule von morgen statt Fortsetzung des Schulkampfs von gestern – Drucks. 16/7215 zu Drucks. 16/7067 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Dr. Reuter. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – SPD. Somit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 57:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend Schulvielfalt statt Zwangseinheitsschule – Drucks. 16/7216 zu Drucks. 16/7114 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Dr. Lübcke. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1, 2 und 3 getrennt abstimmen!)

– Alle drei getrennt abstimmen? Das machen wir.

Nr. 1. Wer möchte zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Annahmen.

Nr. 2. Wer stimmt zu? – Zustimmung durch CDU und FDP. Wer lehnt ab? – SPD. Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Nr. 3. Wer möchte zustimmen? – CDU. Wer ist dagegen? – SPD. Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Somit ist die Beschlussempfehlung insgesamt angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 58:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend sechsstreifiger Ausbau der BAB 45 bis 2020 – Drucks. 16/7218 zu Drucks. 16/6809 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Reif. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Beschlussempfehlung ist somit angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 59:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend Voraussetzung für den sechsstreifigen Ausbau der BAB 45 schaffen – Drucks. 16/7219 zu Drucks. 16/7120 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Pfaff. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – SPD und FDP. Die Beschlussempfehlung ist somit angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 60:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend ÖPNV-Angebot und kommunale Selbstverwaltung stärken – im Interesse von Fahrgästen, Mittelstand und Beschäftigung – Drucks. 16/7220 zu Drucks. 16/7073 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Abg. Henzler. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte dieser Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die SPD. Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 61:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Fahrgäste sind die Gewinner der Ausschreibungen von Bus- und Bahnverkehren in Hessen – ÖPNV auf der richtigen Spur ins 21. Jahrhundert – Drucks. 16/7221 zu Drucks. 16/7118 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Henzler. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Die CDU. Wer ist dagegen? – Die SPD. Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 62:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Reformen für neue Arbeitsplätze und nachhaltiges Wachstum in Hessen – Drucks. 16/7222 zu Drucks. 16/7079 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Riege. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die FDP. Die Beschlussempfehlung ist angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 63:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend starke Standortpolitik für Deutschland – Drucks. 16/7223 zu Drucks. 16/7119 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Riege. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – Die CDU. Wer ist dagegen? – SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Die Beschlussempfehlung ist mehrheitlich angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 69:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Sprachtest im Herkunftsland – Drucks. 16/7266 zu Drucks. 16/6321 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Ravensburg. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – Das sind CDU, SPD und FDP. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Somit angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 70:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD betreffend drohende Schließung von hessischen Standorten der Bundespolizei, dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Landesregierung setzt sich für den Erhalt der hessischen Standorte der Bundespolizei ein und dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Reform der Bundespolizei – Drucks. 16/7267 zu Drucks. 16/6693, zu Drucks. 16/6958 und zu Drucks. 16/7123 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Hofmeyer. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das ist das gesamte Haus. Somit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 71:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger – Drucks. 16/7268 zu Drucks. 16/6960 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Frömmrich. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 72:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Senkung des Mehrwertsteuersatzes von Arzneimitteln auf 7 % – Drucks. 16/7270 zu Drucks. 16/6073 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Bocklet. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist diese Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 73:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Landesprogramm Elternkompetenz & Kindeswohl – Drucks. 16/7271 zu Drucks. 16/6770 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Eckhardt. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – Das ist die Fraktion der CDU. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – FDP. Mit den Stimmen der CDU-Fraktion ist diese Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 74:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion der CDU betreffend verlässliches Netzwerk für Eltern und Kinder schaffen – Drucks. 16/7272 zu Drucks. 16/7116 –**

Berichterstellerin ist Frau Kollegin Eckhardt. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist diese Beschlussempfehlung mehrheitlich angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 75:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend echte Wahlfreiheit für Familien herstellen – Rechtsanspruch auf Betreuung für alle Kinder endlich einführen – Drucks. 16/7273 zu Drucks. 16/6947 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Reißer. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte der Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

#### **Tagesordnungspunkt 76:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Hessen braucht eine familienpolitische Offensive – Drucks. 16/7274 zu Drucks. 16/6956 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Reißer.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Nummern 1 bis 4 getrennt abstimmen!)

– Alle vier Nummern getrennt? – Das machen wir: noch ein bisschen Gymnastik, sehr gut. – Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Zu Nr. 1. Wer möchte zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Somit angenommen.

Nr. 2. Zustimmung? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD. Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Angenommen.

Nr. 3. Zustimmung? – CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP. Wer ist dagegen? – Die SPD. Damit angenommen.

Nr. 4. Wer möchte zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Somit ist diese Beschlussempfehlung in Gänze angenommen.

**Tagesordnungspunkt 77:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Eltern nicht gegeneinander ausspielen – Wahlfreiheit unter gleichwertigen Wegen der Kindererziehung – Drucks. 16/7275 zu Drucks. 16/7077 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Reißer.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch hier getrennte Abstimmung über die Nummern 1 bis 3!)

– Getrennte Abstimmung der einzelnen Nummern. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte der Nr. 1 zustimmen? Bitte das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Angenommen.

Nr. 2. Wer möchte zustimmen? – CDU. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer enthält sich? – FDP. Angenommen.

Nr. 3. Wer möchte zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Angenommen.

Nr. 4.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es gibt hier nur drei Nummern!)

– Die haben wir gar nicht mehr? Wir waren gerade so gut drauf. – Damit ist diese Beschlussempfehlung komplett angenommen.

Letzter Tagesordnungspunkt in meiner Liste heute ist **Tagesordnungspunkt 78:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Wahlfreiheit realisieren – überholte Konzepte der Lebenswirklichkeit von Familien anpassen – Drucks. 16/7276 zu Drucks. 16/7122 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Reißer. – Wir verzichten auf Berichterstattung.

Wer möchte dieser Beschlussempfehlung zustimmen? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Somit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Damit sind wir durch diese Reihe der Beschlussempfehlungen durch. Ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 18.08 Uhr)